Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4.50 zł, mit Zustellgeld 4.80 zł. Bei Postbezug monatl. 4.89 zł, vierteljährlich 14.66 zł. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zł. Danzig 3 G. Deutschland 2.50 RM. — **Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr.** Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung 2c.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — **Fernruf Nr. 594 und 595.**

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr, die einspaltige Reklamezeile 125 gr. Danzig 10 bzw. 80 Dz. Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Pf., übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. **Postscheckkonten: Posen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.**

Nr. 114 — **Bromberg, Freitag den 19. Mai 1933** — **57. Jahrg.**

Das Weltecho der Hitler-Rede.

Der Friedenskanzler.

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß der Rede des Reichskanzlers Adolf Hitler in der Mittwoch-Sitzung des Reichstages eine Bedeutung zukam wie nie zuvor, dann waren es die Worte des Ansagers des Rundfunks. Nicht nur die deutschen und österreichischen Sender übertrugen die Rede, auch die englischen, nordamerikanischen und die meisten südamerikanischen hatten sie übernommen. Die Welt hörte auf Deutschland, auf seinen berufenen Sprecher, den Reichskanzler, der in diesem Augenblick in Wahrheit der Dolmetscher der Gefühle und Empfindungen des ganzen deutschen Volkes war.

Wer in den letzten Tagen Gelegenheit hatte, die ausländische Presse genau zu verfolgen, wird sich manchmal an den Kopf gefaßt haben, wenn er sah, wie dort Deutschlands aufrichtiges Wollen in das gerade Gegenteil verkehrt wurde. Eine große englische Zeitung scheute sich nicht, über die ganze Breite ihrer Titelseite in Riesenbuchstaben die Frage aufzuwerfen: Frieden oder Krieg!, und darunter die Behauptung zu setzen: „Deutschland rasselt mit dem Säbel!" Für die Leser dieser Zeitung und unzähliger anderer Organe der Weltpresse, die in das gleiche Horn stießen, wird die Rede Adolf Hitlers eine große Enttäuschung gewesen sein. Sie war nicht nur im Tonfall außerordentlich zurückhaltend bei aller selbstverständlichen Betonung und selbstverständlichen Unterstreichung an den Stellen, wo er von Deutschlands unverjährbaren Rechten sprach. Sie zeichnete sich auch rein sachlich durch Mäßigung und Friedwilligkeit aus, die in nichts jene angebliche „Kriegslüsternheit" erkennen ließ, von der das entwaffnete Deutschland beseelt sein soll. Aber es war außerordentlich eindrucksvoll, als der Kanzler auf den Versailler Vertrag zu sprechen kam. Dadurch, daß er ihn als geschichtliches Fundament seiner Rede benutzte, konnte er die Bausteine der Tatsachen wirkungsvoll aneinanderfügen. **Und gerade dadurch erhielt die Welt eine Übersicht über die entsetzlichen politischen und wirtschaftlichen Folgen, die sich aus dem einseitigen Diktat von Versailles ergeben haben.**

Vor dem Forum der Weltöffentlichkeit hat dann Adolf Hitler noch einmal Sinn und Ziel der nationalen Erhebung im Reich gekennzeichnet, um auch der letzten Mißdeutung die Spitze abzubrechen. Auch in der Abrüstungs-Offensive befolgt der Kanzler die gleiche Mäßigung und Zurückhaltung, die er vorher in der Defensive gezeigt hatte. Es ist eine alte psychologische Erfahrung, daß berechtigte Anklagen und Vorwürfe dann den tiefsten Eindruck erzielen, wenn sie nicht polternd und aufgeregt, sondern mit Ruhe und Würde vorgebracht werden. Die Argumente und ihre Aneinanderreihung sind materiell und moralisch unantastbar. Ohne auf einzelne Phasen der bisherigen Abrüstungskonferenz einzugehen, hat der Kanzler die größte Bereitwilligkeit Deutschlands kundgetan, trotz der bei ihm bereits vollzogenen Abrüstung noch ein Weiteres zu tun, um dadurch die Abrüstung der anderen zu ermöglichen. Bei dem Verzicht auf alle Angriffswaffen stellte er zur Bedingung, daß auch die übrigen Militärmächte das Gleiche tun würden. Um den anderen den Schritt zu erleichtern, hat der Kanzler sogar seine Zustimmung zu einer Übergangszeit ausgesprochen. Bedarf es, um nur noch eine Einzelheit zu nennen, noch eines weiteren Beweises unserer friedfertigen Gesinnung? Wenn Deutschland sogar die angefeindeten und verdächtigen Wehrverbände einer internationalen Kontrolle unterstellen will, um dadurch den Nachweis zu erbringen, daß nichts von dem wahr ist, was man von ihrer Tarnung als Teile des Reichsheeres behauptet.

Nachdem der Kanzler neben diesen und anderen Angeboten Deutschlands wahre Einstellung zur Abrüstung und zum Frieden gekennzeichnet hatte, konnte er dazu übergehen, auch seinerseits die Forderungen anzumelden, auf die Deutschland unverrückbaren Anspruch erhebt. Deutschland denkt nicht an Angriff, sondern nur an Sicherheit. Deutschland will die Wunden des Krieges und des Versailler Vertrages endgültig heilen. Deshalb begrüßt es die Initiative des Präsidenten Roosevelt und die Einschaltung der USA als Friedensgaranten in Europa, begrüßt auch die Bestrebungen Mussolinis, in einem besonderen Pakt den Frieden Europas zu sichern. Deutschland wird sich uneigennützig an allen diesen Bestrebungen beteiligen. Nicht mit kriegerischen Mitteln, sondern nur auf dem Wege der Verträge soll und muß das große Werk in Angriff genommen werden. „Friedlich und vertraglich", das ist die deutsche Parole, an die sich die Deutsche Regierung hält, die aber fortan auch von der Gegenseite geachtet werden soll.

Weil dem so ist, konnte der Kanzler aus vollster Überzeugung und unter der Zustimmung nicht nur des Reichstages, sondern des ganzen deutschen Volkes den Grenzstrich ziehen gegenüber den bisherigen Methoden der Sanktionen, der Ultimaten, der Majorisierung. Nicht die Deutschen sind die Saboteure des Friedens, und wenn man sie mit Gewalt vom Konferenztisch in Genf entfernen will, dann werden sie ihre Mitarbeit niemandem mehr aufdrängen, aber auch den **Völkerbund verlassen.**

Daß der Kanzler zum Schluß seiner Rede das Heer der deutschen Männer und Frauen, die seit dem Abschluß des sogenannten Friedens ihrem Leben freiwillig ein Ende gemacht haben, im Geiste aufmarschieren ließ, um den ganzen Widersinn und das unsägliche Unglück zu kennzeichnen, das seit 1919 über Deutschland hereingebrochen ist, war ein Gedanke von tiefster Einprägsamkeit. Mäßigkeit und Würde, Friedenswillen und Selbstbewußtsein paarten sich im glücklichen Gemisch in dieser Rede, für die das deutsche Volk dem Kanzler dankbar sein muß. Daß der Reichstag sich hinter den Kanzler stellte, war nicht nur eine Selbstverständlichkeit. Der Verlauf der Sitzung zeigte der Welt, daß es in den Fragen, in denen es sich um die höchsten und letzten Güter der deutschen Nation handelt, nur eine geschlossene Einheit gibt zwischen Führer und Volk.

R. K.

Die Rede des Reichskanzlers Hitler im Wortlaut auf dem 2. Blatt.

Die polnische Presse.

Den Kenner unserer Verhältnisse, der die Taktik der polnischen Presse aller Schattierungen und ihre Haltung seit Jahren verfolgt, braucht es nicht wunderzunehmen, wenn die große historische Rede des Reichskanzlers in einem Teil der heute früh vorliegenden polnischen Presse auf einen verhärteten und steinigen Boden fällt. Die Rede ist zu überzeugend, zu durchschlagend. Da sie nun keine Möglichkeit zu sachlichen Entgegnungen oder zu irgend einem Angriff bietet, so versucht es ein Teil der polnischen Presse mit Verdrehungen und Ironisierungen. Der Krakauer **„Ilustrowany Kurjer Codzienny"** setzt an die Spitze seines geistlosen Kommentars die Überschrift „Hitler schlägt den Ton Stresemanns an". In einem anderen Begleittext zur Rede des Reichskanzlers schreibt das Krakauer Blatt unter der Überschrift **„Der pazifistische Feind von Versailles oder Herr Hitler in der neuen Rolle"** u. a. folgendes:

Die Rede des Herrn Adolf Hitler ist wirklich eine erstklassige Sensation. Hitler versucht es heute mit dem Zungenschlag Stresemann. Dieser die öffentliche Meinung Europas beruhigende Ton ist uns seit langem bekannt. Er versucht Europa davon zu überzeugen, daß Deutschland nichts anderes wünscht, als nur den Frieden. Die Analyse des Versailler Vertrages, der nach der deutschen Auffassung die Wurzel aller politischen und wirtschaftlichen Konflikte sein soll, ist für uns keine Neuheit. Neu dagegen war aus dem Munde Hitlers die Feststellung, daß seine Regierung alle lebenswichtigen Rechte anderer Völker achte, was im Widerspruch zu dem offiziellen Hitlerprogramm steht, in dem Deutschland als ein „höher geartetes" Volk und die anderen als niedere Völker bezeichnet werden. (?)

Von besonderer Wichtigkeit ist die Tatsache, daß Hitler diesmal unaufhörlich von Frankreich und Polen als von Nachbarvölkern gesprochen hat, mit denen Deutschland gute Beziehungen unterhalten müsse. Wir müssen den Polen gewidmeten Teil hervorheben, wonach die Nicht-Berücksichtigung der natürlichen Interessen die Ursache der allgemeinen Unzufriedenheit sei.

Das Blatt fährt dann fort: „Die auf die Abrüstung bezugnehmenden Ausführungen sieht Herr Hitler wahrscheinlich als Versuch an, eine Brücke über den Abgrund zu bauen, in welchen schon in den nächsten Stunden die Abrüstungskonferenz stürzen kann. Augenscheinlich haben die Warnungsrufe aus England und den Vereinigten Staaten Erfolg gehabt — wenn auch nicht in ausreichendem Maße. Die Vorschläge Hitlers in den Fragen der Abrüstung enthalten manche konkreten Gedanken. Was die angebliche Bedrohung Deutschlands durch die stark gerüsteten Nachbarländer anbelangt, so müssen wir die Einschränkung machen, daß es nicht von der Waffe selbst, sondern davon abhängt, in welcher Hand sie sich befindet. **Die Pistole am Gürtel des Polizisten, der für die öffentliche Ordnung Sorge trägt, besitzt selbstverständlich einen anderen Charakter als die Pistole in der Hand eines Menschen, der der ganzen Welt gegenüber Ansprüche hat.** (Wie glücklich war der kleine Mann, der diesen Satz schrieb, als er mit diesem kühnen Schluß seinen Minderwertigkeitskomplex streicheln konnte. Vermutlich handelt es sich um keinen Polen! D. R.)

Der regierungsfreundliche **„Dzień Bydgoski"** gibt die Rede des Reichskanzlers nach einer Meldung der PAT zwar kommentarlos wieder, setzt aber die ebenso bezeichnende wie törichte Überschrift darüber: „Der Reichstag billigt die Politik der Abenteurer."

*

Die englische Presse.

London, 18. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Die große Londoner Morgenpresse erkennt die Bedeutung der deutschen Regierungserklärung für die Erhaltung des Friedens in Europa an und beurteilt die Aussichten der Abrüstungs-Verhandlungen in Genf wieder etwas optimistischer. Nachdem ein großer Teil der englischen Blätter noch in der vorigen Woche gehässige Angriffe auf Deutschland und die Deutsche Regierung richten zu müssen glaubte, kann festgestellt werden, daß die Rede des Reichskanzleres eine versöhnlichere Haltung bewirkt hat. Allerdings kommt die ziemlich vorbehaltlose Zustimmung, die die Hitler-Rede am Mittwoch in der Bevölkerung fand, in der Presse nicht voll zum Ausdruck. Die Blätter rufen zum Teil nach praktischen Beweisen für die Ankündigungen Hitlers. Das werde sich im weiteren Verlaufe der Abrüstungsverhandlungen herausstellen.

Die **„Times"** heben hervor, daß man zum ersten Male eine Vorstellung von Hitler in seiner Eigenschaft als Staatsmann erhalten habe. Die Billigung der Regierungs-Erklärung durch alle Parteien sei nicht etwa der Ausdruck einer Unterwerfung unter das Hitler-Regime gewesen, **vielmehr habe Hitler tatsächlich im Rahmen eines geeinigten Deutschland gesprochen. Der Anspruch Hitlers nach Gleichberechtigung sei unwiderleglich.** Man könne natürlich nicht erwarten, daß die Nachbarländer Deutschland gegenüber ihre Rüstungsüberlegenheit sofort aufgeben und Hitler habe das auch anerkannt. Der Prozeß der Gleichmachung müsse schrittweise vor sich gehen. Die „Times" fahren dann fort, daß die Deutsche Regierung zum mindesten bereit zu sein scheine, in einer vernünftigeren Art als bisher über die Abschaffung der langdienenden Reichswehr zu verhandeln. **Da die Genfer Konferenz wegen dieses Punktes in Schwierigkeiten geraten sei, bestehe jetzt Hoffnung auf eine erfolgreiche Wiederaufnahme der Verhandlungen.** Alles in allem genommen sollte die Rede des Kanzlers in Genf eine ruhigere Atmosphäre schaffen.

Der konservative **„Daily Telegraph"** schreibt, **stärkere Beweise für den Friedenswillen des Kanzlers habe man nicht erwarten können.** Allerdings werde eine einzige Rede das Mißtrauen gegenüber Deutschland noch nicht beseitigen können. Unzweifelhaft sei aber die Lage jetzt weniger gespannt.

Die **„Morningpost"** meint, daß die gemeinsame Front England-Amerika einen wohltuenden Einfluß ausgeübt habe.

Die Rede Hitlers wirkt nach Ansicht der **„Daily Mail"** durchaus versöhnlich. Da aber die Zurückhaltung der anderen Nationen in der Abrüstungsfrage nicht durch mündliche Vereinbarungen allein beseitigt werden könne, müsse den Worten auch eine weise und vorsichtige Politik folgen.

„Daily Expreß" ist der Auffassung, daß die Rede Hitlers bei den ausländischen Hörern beruhigender gewirkt habe als alle seine früheren Äußerungen. Das Blatt befürchtet, daß Frankreich auf seine Art mit Enthüllungen über deutsche Rüstungen antworten werde.

Bemerkenswert ist der Umschwung in der englischen Linkspresse, die sich bisher nicht genug tun konnte in Angriffen gegen den Nationalsozialismus. Die linksstehende **„News Chronicle"** erklärt, daß der Geist der Rede auch nicht den geringsten Anlaß zum Tadel gebe. Die meisten englischen Liberalen stimmten mit der Kritik Hitlers am Versailler Vertrag überein.

Der sozialistische **„Daily Herald"** sagt, daß die Erklärung Hitlers eine geeignete Grundlage für die Fortsetzung der Verhandlungen in Genf abgebe. **Wer insgeheim gehofft habe, daß der Kanzler den anderen die Möglichkeit geben werde, die Verantwortung für einen Zusammenbruch der Konferenz auf Deutschland zu wälzen, werde enttäuscht sein. Die deutschen Forderungen könne man nicht einfach beiseite schieben. Sie seien weder überspannt noch zerstörend, noch unverständlich.** Wenn Hitler in den nächsten Tagen und Wochen den Beweis für seine Worte bringe, dann werde er mehr für den Frieden getan haben, als er vielleicht selbst zugeben wolle.

*

Die französische Presse.

Paris, 18. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Die Rede des Reichskanzlers hat in Frankreich einen ganz besonders starken Eindruck hinterlassen. Die gesamte Presse ist der übereinstimmenden Ansicht, daß der Reichskanzler den Beweis wirklicher staatsmännischer Fähigkeiten abgelegt habe. Man ist vielleicht enttäuscht darüber, in seiner Rede keine Angriffsfläche zu finden, die es den Blättern ermöglicht hätte, in der gewohnten Weise die Hetze fortzusetzen, die seit der Übernahme der Regierung durch Hitler betrieben worden ist. **Vielleicht hat auch der vorzügliche Eindruck, den die Erklärungen des Reichskanzlers in Amerika, England und Italien gemacht haben, zu einer Mäßigung veranlaßt.** In Ermangelung irgendeines Angriffspunktes versucht die Pariser Presse hier und da die Ausführungen des Kanzlers als „leere Phrasen" hinzustellen und sich mit der Erklärung aus der Affäre zu ziehen, daß man Deutschland nur nach seinen Handlungen beurteilen könne.

Diese Taktik erfüllt das **„Echo de Paris"**. Das Blatt sagt u. a.: Wenn Hitler sich den Ausführungen Roosevelts angeschlossen habe, so müsse man feststellen, daß Roosevelt sich gegen die Anerkennung **der Rüstungsgleichheit aus-**

gesprochen habe. In der fünfjährigen Übergangszeit werde man Deutschland diese Gleichberechtigung demnach nicht zuerkennen. Während dieser Zeit werde man die wahre Gesinnung des Reiches studieren, um dann die Möglichkeit zu prüfen, wie weit man eine qualitative und quantitative Abrüstung des französischen Heeres ohne Gefahr für den Frieden durchführen könne.

Das „Journal" sieht in der Rede des Reichskanzlers eine machtvolle Anklage gegen den Versailler Vertrag. Dieser Vertrag, so betont das Blatt, sei auch von Amerika abgelehnt worden, was man gerade jetzt unterstreichen müsse. Man habe dem Reichskanzler im übrigen nie einen persönlichen Wert abgesprochen.

Der **„Petit Parisien"** stellt fest, daß Hitler den „kriegerischen Ausführungen seines Ministers Papen" nicht gefolgt sei. Er habe jedoch mit einer gewissen Aufdringlichkeit die Gleichberechtigungsforderung aufrecht erhalten. Seine ganze Rede ziele auf Revision des Versailler Vertrages ab.

Das **„Petit Journal"** fragt, warum sich Hitler nicht der französischen Auffassung über Schiedsgerichtsbarkeit, Sicherheit und Abrüstung anschließe, wenn er, wie er behauptet, von ganzem Herzen den Frieden wünsche. Hitler habe jedenfalls einen ausgezeichneten Standpunkt gewählt. Es dürfe niemanden überraschen, wenn man sich in den Vereinigten Staaten zufrieden erklärt.

Die der Regierung nahestehende **„Ere Nouvelle"** stellt die Behauptung auf, der Reichskanzler habe wieder einmal den Willen Deutschlands kundgegeben, sich den Pflichten der Verträge zu entziehen (?) und alle übernommenen Verpflichtungen zurückzuweisen. Der Ton seiner Ausführungen erinnere lebhaft an die frommen Reden des „blutigen Kaisers".

Für den sozialistischen **„Populaire"** besteht die erste Pflicht der Französischen Regierung darin, Hitler in seiner „eigenen Falle zu fangen". Ob er ehrlich sei oder nicht, spiele im Augenblick keine Rolle (!). Frankreich wünsche den Frieden durch eine allgemeine Abrüstung (?) und die Sicherheit, durch eine gegenseitige Kontrolle und internationale Zusammenarbeit. Diese Grundsätze müßten in Genf in die Tatsache umgesetzt werden und man werde sehen, ob das neue Deutschland seine Unterschrift dafür gebe oder nicht.

*

Moskau zur Kanzler-Erklärung.

Moskau, 18. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Die gesamte sowjetrussische Presse veröffentlicht heute ausführlich die außenpolitische Rede des Reichskanzlers Hitler. In russischen politischen Kreisen wird die Rede als ein großes politisches Ereignis bewertet. Sie habe klar gezeigt, **daß Deutschland unter keinen Umständen auf den Grundsatz der Gleichberechtigung verzichten werde.** Deutschland habe durch die Friedenserklärung des Reichskanzlers bewiesen, daß es nicht aufrüsten wolle, es verlange aber die Abrüstung der übrigen Länder, damit der Gefahr eines Angriffes gegen Deutschland begegnet werde. Die Rede des Reichskanzlers werde in den kommenden politischen Verhandlungen über die Abrüstungsfrage eine große Rolle spielen, weil sie die **Grundlage für eine Verständigung zwischen Deutschland und den anderen Mächten darstelle.**

Der einmütige Beschluß des Reichstages sei eine gewaltige Kundgebung gegen die Vertreter des Versailler Systems gewesen.

Lloyd George als Anwalt Deutschlands.

Wie wir bereits gestern kurz mitgeteilt haben, griff der frühere englische Premierminister Lloyd George am Dienstag vor der liberalen Frauenkonferenz in Scarborough die deutschfeindliche Rede des englischen Kriegsministers Lord Hailsham im Oberhause aufs schärfste an, wies auf die vollkommene Abrüstung Deutschlands hin und erklärte, daß die anderen Staaten die im Versailler Vertrag gegebenen Abrüstungsversprechen nicht erfüllt haben.

Lloyd George sprach zunächst von der **Berechtigung der deutschen Gleichberechtigungs-Forderungen**, die bis zum vergangenen Jahre völlig töricht behandelt wurden. Wenn die deutsche Frage falsch angefaßt werde, hätte die Behandlung internationaler Fragen keinen Zweck. Es wäre ein schlimmer und nicht wieder gutzumachender Irrtum, wenn man die Judenfrage in Deutschland mit der

abscheulichen Behandlung Deutschlands durch die Alliierten in der Abrüstungsfrage

durcheinander bringen wolle. Deutschland sei zwei Jahre nach Versailles vollkommen abgerüstet gewesen, aber die anderen Staaten, die Deutschland zur Abrüstung zwangen, haben nicht nur ihre Abrüstungsverpflichtungen nicht ausgeführt, sondern sogar ihre Rüstungen erhöht. „Polen und die Tschechoslowakei haben Hunderte von neuen Geschützen und Frankreich Tausende. Sie könnten jeden zum Schutze des deutschen Vaterlandes erbauten Schützengraben zu Staub machen.

Die Tanks von Frankreich, Polen und der Tschechoslowakei könnten jede Verteidigung Deutschlands niederreißen.

Ihre Flugzeuge könnten die deutschen Städte in Asche legen, während es Deutschland nicht gestattet sei, einen einzigen Tank oder ein Flugzeug oder ein schweres Geschütz zum Schutze seiner Frauen und Kinder zu haben.

„Darf man erstaunt sein, wenn die Deutschen nach einer Wartezeit von 14 Jahren ärgerlich geworden sind, und vielleicht ihr Gleichgewicht verloren haben? Es sei gefährlich, ein Nachbarvolk durch die Auferlegung eines offensichtlichen Unrechts herauszufordern. Jetzt sage man plötzlich, die deutsche Forderung sei berechtigt gewesen, aber man könne sie bei den gegenwärtigen Verhältnissen Deutschlands nicht erwägen. Erst treibe man Deutschland durch Ungerechtigkeiten zur Verzweiflung und dann kommt man mit einer solchen Entschuldigung, um sich der Wiedergutmachung des Unrechts zu entziehen."

Das alles sei, so erklärte Lloyd George, nicht das englische „ehrliche Spiel". Lord Hailshams Rede von Sanktionen gegen Deutschland sei äußerst töricht gewesen, **Sanktionen bedeuteten Krieg.** Er habe diese Rede gehalten, ohne den Ministerpräsidenten oder den Außenminister um Erlaubnis zu fragen. Es sei unzulässig, so etwas getan zu haben.

„Wenn man Sanktionen gegen einen Vertragsbrecher ergreifen will, wer wird dann Sanktionen gegen Frankreich, Polen, die Tschechoslowakei, Italien, Amerika und uns selbst ergreifen, die wir versprachen, abzurüsten, aber alle, mit Ausnahme Englands (?), aufrüsteten."

Lloyd George sagte dann weiter, **man müsse nicht nur den 600 000 Juden in Deutschland, sondern auch den 60 Millionen Deutschen in Deutschland fair plai gewähren.** Schließlich erhob er scharfen Tadel gegen die Sozialisten und Liberalen, die in letzter Zeit die Flamme schürten, die sich dem Pulvermagazin Europas nähere. **Pazifismus sei sehr oft nicht Friedensliebe, sondern könne den Krieg herausfordern.** Die jetzige Lage erinnere an 1914, als niemand, der an höchster Stelle war, den Krieg gewollt habe (!). Aber er hoffe, daß die jetzige Krise nicht wiederum zu einem Konflikt führe, den auch jetzt niemand in der Welt wünsche.

*

„Das wahre Gesicht Frankreichs."

Unter dieser Überschrift berichtet der Pariser Korrespondent der römischen **„Gazzetta del Popolo"** über die Besorgnis erregenden Rüstungen Frankreichs, die man beinahe als Mobilisierung ansprechen könne. Die Bilanzen der französischen Maschinenindustrie ließen unschwer erkennen, daß diese für die Militärmagazine arbeiteten; denn trotz der Krise seien die Verdienste in ständigem Steigen. Das Blatt weist auf **Truppenverladungen nach der deutschen Grenze** hin, wo die Truppen in den neuen, während der letzten fünf Jahre errichteten Befestigungswerken untergebracht seien. Die Rheingrenze hätte in der letzten Zeit Truppenverstärkungen, Befestigungswerke und Maschinengewehrnester erhalten.

Auch im Innern Frankreichs seien Kriegsvorbereitungen zu beobachten. In vielen Städten habe man Luftschutzübungen vorgenommen. Obgleich keine Propaganda für den Verkauf von Gasmasken gemacht werde, würden Kurse über Hilfeleistung an Gasvergiftungen abgehalten. Es wird besonders auf die beabsichtigte Vereinheitlichung der bestehenden Zivilluftfahrtlinien hingewiesen, die auch nur aus militärischem Interesse angestrebt werde. Vor allem in der Nähe der Rhein- und Alpengrenze würden in aller Eile Notlandungsplätze angelegt. Ferner würden Eisenbahnlinien ausgebaut, vor allem die mit der Grenze parallel laufenden verbessert und befestigt. Schon seit Monaten würden außerdem auf der Pariser Ostbahn **allnächtlich Kriegsmaterial und Munition verladen.** Man spreche von Bekanntmachungen über die Mobilisierung, die an alle Autobesitzer bereits erteilt worden seien.

Das Blatt ist der Ansicht, daß alle diese Maßnahmen lediglich zur Vorsicht getroffen würden. Die offiziellen Reden der französischen Minister für den Frieden und die Verständigung der Völker müßten geradezu lächerlich wirken.

Drosselung der Danziger Warenausfuhr.

Seit einigen Tagen sieht sich die Danziger Wirtschaft von neuen polnischen Maßnahmen bedroht, die geeignet sind, den in der letzten Zeit etwas in Gang gekommenen Danzig-polnischen Handel erneut lahmzulegen. Die Polnische Regierung hat verfügt, daß vom 15. Mai ab **sämtliche Danziger Warensendungen an der Danzig-polnischen Grenze festgehalten und zurückgewiesen werden sollen, wenn sie nicht mit einem Ausweis des polnischen „Zollinspektorats" in Danzig versehen sind.**

Wie die „Danziger Neuesten Nachrichten" ausführen, hat diese Anordnung zur praktischen Folge, daß **ernste Störungen im Warenverkehr** eintreten, ist es doch beispielsweise vorgekommen, daß selbst ein Danziger Lastauto, das von einer polnischen Molkerei Milch nach Danzig holen wollte, nicht mehr durchgelassen worden ist. Die im Versailler Vertrag vorgesehene Danzig-polnische Wirtschaft und Zollunion wird auf diese Weise völlig illusorisch, und **Danzig, das nicht mehr seine Erzeugnisse nach Polen absetzen kann, ist damit zwangsläufig vor die Notwendigkeit gestellt, sich andere Absatzmöglichkeiten zu suchen, wenn seine Wirtschaft nicht völlig zugrunde gehen soll.**

Das Danziger Blatt vertritt die Ansicht, daß es durch diese Maßnahmen den Danziger Firmen unmöglich gemacht werde, ihren Geschäftsverkehr mit polnischen Firmen aufrechtzuerhalten. Das Blatt schreibt dann u. a. weiter:

„Einigen Firmen ist aufgegeben worden, 800 Złoty für die Kontrolle zu bezahlen; anderen ist erklärt worden, sie müssen 40 Złoty täglich für einen Kontrollbeamten entrichten. **Außerdem erhebt das polnische Zollinspektorat für jede Fakturenabstempelung eine Jebühr von 15 Złoty, einerlei, auf welchen Betrag die Rechnung lautet.** Diese Maßnahmen belasten die Danziger Wirtschaft natürlich ganz außerordentlich, zumal sie jederzeit erhöht werden können. Die Summen, die Polen auf diese Weise aus der Danziger Wirtschaft herausziehen kann, gehen in die Millionen. Eine derartige indirekte Steuer zugunsten Polens ist für die Danziger Wirtschaft untragbar. Die Danziger Regierung will sich darüber schlüssig werden, welche Abwehrmaßnahmen möglich und ratsam sind.

Englisches Kriegsschiff
kommt erst im Juni nach Danzig.

Zur Lage in Danzig erklärte der britische Außenminister Sir John Simon auf eine sozialistische Anfrage im Unterhause, er habe vor kurzem Gelegenheit gehabt, die Angelegenheit mit dem Völkerbundkommissar Rosting zu besprechen. Über die allerletzten Ereignisse sei er jedoch, abgesehen von den Pressemeldungen, nicht informiert, so daß er zweckmäßigerweise zur Zeit noch keine Erklärung abgeben könnte.

Der Arbeiterabgeordnete Wedgewood fragte, **ob Simon der Absendung eines englischen Kriegsschiffes nach Danzig** (Gelächter und Zwischenrufe: Kriegshetzer!) **und die Annahme eines Mandats über Danzig durch England erwägen wolle.** Simon erwiderte, daß unter der Danziger Verfassung ein Mandat nicht in Frage komme. Wie er höre, sei ein Höflichkeitsbesuch eines englischen Kriegsschiffes zu einem Zeitpunkte im Juni vorgesehen. Der Besuch liege jedoch im Rahmen der normalen Sommerübungsfahrten (Gelächter). Er sehe keine Ursache dafür, jetzt ein englisches Kriegsschiff nach Danzig zu schicken.

Auf eine Frage Wedgewoods, ob es nicht besser sei, den Besuch des Schiffes vorzuverlegen, damit es zur revolutionären Wahl am 28. Mai in Danzig sein könne, erwiderte Simon, **daß bei seiner Zusammenkunft mit dem Völkerbundkommissar vor einer Woche dieser alarmierende Gerüchte über die Möglichkeit von Unruhen während der Danziger Wahlen mißbilligt habe."**

Der Fall Grützmacher.

Der „Dzień Pomorski", ein Regierungsblatt, meldet:

Vor dem Bezirksgericht in Thorn hatte sich der bereits seit einigen Wochen verhaftete Kaufmann Max Grützmacher wegen Äußerungen zu verantworten, durch die das Ansehen des Polnischen Staates herabgesetzt wurde. Nach der Anklageschrift hat der angeklagte Kaufmann am 6. April ein Telephongespräch mit Berlin bestellt und sich dabei der deutschen Sprache bedient. Die Postbeamtin, mit der Grützmacher verhandelte, fragte ihn, welche Nummer er habe, worauf er, Grützmacher, in heftigen Worten geschimpft hätte. Laut Anklageschrift soll Grützmacher gesagt haben: Schicken Sie mir eine deutsche Dame, verfluchte Pollakin, machen Sie, daß Sie nach Kongreßpolen gehen, hier ist deutsch — Pommerellen. Die Postbeamtin, die als Zeugin vernommen wurde, bestätigte die Behauptung der Anklageschrift, desgleichen der Aufsichtsbeamte Nowak, der Bruchteile (!) dieses Gespräches gehört hat und dem die Beamtin den Vorfall meldete.

Der Staatsanwalt beantragte 1½ Jahre Gefängnis für den Angeklagten und forderte dessen sofortige Verhaftung, da Fluchtverdacht vorliege. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einem Jahr Gefängnis und erließ Haftbefehl. Der Kaufmann Grützmacher wurde aus dem Gerichtssaal sofort ins Gefängnis abgeführt.

Soweit der „Dzień Pomorski", dessen Bericht wir bis auf das Verhandlungsergebnis anzuzweifeln gezwungen sind. Nach dem Krakauer „Kurjer" hat die angebliche telephonische Beschimpfung ganz anders gelautet. Nach unseren Informationen hat Herr Grützmacher dem Telephonfräulein nur Vorhaltungen darüber gemacht, daß sie sich bei der Anmeldung eines Telephongesprächs nach Deutschland nicht der deutschen Sprache bedienen wollte, trotzdem sie diese Sprache — dafür gibt die Verhandlung den besten Beweis — beherrschte.

Reform der Wahlen zum Völkerbundrat.

Genf, 17. Mai. (PAT) Am Dienstag hielt das Komitee, das zur Prüfung des neuen Wahlsystems zum Völkerbundrate ins Leben gerufen worden ist, eine Sitzung ab. Es lag ein Antrag Portugals zur Erörterung vor, das die Zahl der Ratsmitglieder auf 15 erhöht wissen will, um andern Staaten die Möglichkeit zu geben, die bis dahin dieser Möglichkeit beraubt sind, im Rate einen Sitz zu erhalten. Dieser Vorschlag stieß auf den Widerspruch einer Reihe von Staaten, u. a. Deutschlands, Englands und Italiens. Der französische Delegierte machte den Vorschlag, im Rate provisorisch neue Sitze einzuräumen, weil Japan ausgeschieden sei und sich dadurch die Zahl der Ratsmitglieder auf 13 gesenkt habe. Der Vertreter Englands, Lord Robert Cecil, griff diesen Gedanken auf und brachte einen entsprechenden Antrag ein, der von vielen Mitgliedern des Komitees, mit Ausnahme von Deutschland und Italien, unterstützt wurde.

Politischer Mord?
Der Privatsekretär Roman Dmowskis wurde erschossen!

Die nationaldemokratische Presse („Gazeta Warszawska" Nr. 147 A) und „Słowo Pomorskie" Nr. 113 A. B.) bringt übereinstimmend aus Brzozow in Galizien eine Meldung über einen angeblichen politischen Mord. Wir entnehmen den Berichten beider Zeitungen folgendes:

Am Sonntag, 14. Mai, fanden im Kreise Brzozow (Wojewodschaft Lemberg) eine Reihe von politischen Versammlungen statt. In Brzozow selbst fand eine Versammlung der Regierungspartei statt, an der die Sejmabgeordneten Galica und Matuszka teilnahmen. Zu gleicher Zeit wurden in Dydna und Grabownice bei Brzozow zwei Versammlungen der Nationaldemokraten abgehalten, in welchen der Abg. Rymar und die beiden Sekretäre der Nationaldemokratischen Partei Chudzik und Major Owoc sprachen. Nach den Wahlversammlungen waren diese drei bei dem Propst Dutkiewicz in Brzozow zu Gast. Als sie am Abend um 10.30 Uhr das Pfarrhaus in Brzozow verließen, fielen plötzlich zahlreiche Schüsse. Auf die Hilferufe hin eilten Bewohner die umliegenden Häuser herbei und fanden Chudzik als Leiche vor. In unmittelbarer Nähe lag Major Owoc mit schweren Verletzungen. Die ärztliche Feststellung ergab, daß Major Owoc 21 Schußwunden durch Schrotkörner erhalten hatte.

Die nationaldemokratische Presse bezeichnet diese Untaten als einen politischen Mord. Die Täter sind bis jetzt noch nicht ermittelt worden. Wie „Słowo Pomorskie" hinzufügt, war Chudzik der Privatsekretär Roman Dmowskis.

*

Der tragisch ums Leben gekommene Referendar Jan Chudzik war einer der hervorragenderen Führer der jungpolnischen Nationalisten. Als Student war er Mitglied der allpolnischen Jugendorganisation und des Obwiepol. Zwei Jahre lang war er als Sekretär Roman Dmowskis in Chluchow bei Posen tätig. Nach Erlangung des Magistergrades auf der Warschauer Universität kehrte er in seine Heimat zurück und war als Applikant beim Notar Gwóźdź beschäftigt. Gleichzeitig betätigte er sich intensiv als nationaler Bauernpolitiker und erfreute sich unter der dortigen Bauernschaft eines großen Ansehens und Einflusses.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 18. Mai 1933.

Krakau — 2,82, Zawichost + 1,06, Warschau + 1,22, Plock + 0,82, Thorn + 0,72, Fordon + 0,59, Culm + 0,62, Graudenz + 0,81, Kurzebrak + 0,92, Pieckel + 0,19, Dirschau + 0,08, Einlage + 2,22, Schiewenhorst + 2,48.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 18. Mai.

Allmähliche Erwärmung.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet teils wolkiges, teils heiteres Wetter mit leicht ansteigenden Temperaturen an.

Die Zahl der Staatsbeamten in Polen.

Die Ausgaben für die Besoldung der Staatsbeamten (mit Ausnahme der staatlichen Betriebe und Monopole) ohne die sogenannten Zuschlagsleistungen (Vergütung eines Teils der Schulgelder, Umzugskosten, Reisespesen, ärztlichen Hilfe usw.) waren im Haushalt für 1931/32 mit 1 111 355 149 Złoty, 1932/33 mit 957 746 755 Złoty vorgesehen und sind für 1933/34 in einer Gesamthöhe von 904 057 420 Złoty angesetzt. Bei diesen Gehältern der Verwaltungsbeamten, des Militärs, der Polizei, der Richter, Staatsanwälte, Lehrer usw. sowie der niederen Angestellten wurden im Laufe der letzten drei Jahre Abstriche in Höhe von 207 Millionen jährlich vorgenommen.

Der Verband der Staatsbeamten in der Republik Polen berechnet nun, daß, wenn man zu dieser Gehaltsherabsetzung noch hinzurechnet die Kürzungen bei den Eisenbahnern, Postbeamten, Angestellten der Monopole und anderer staatlicher Betriebe, man zu einer Quote von etwa 300 Millionen Złoty gelangt. Auf der anderen Seite zählte man im Jahre 1932/33 150 550 Beamte und 118 775 niedere Angestellte, zusammen also 269 325 Personen, die im Staatsdienste stehen. Im Jahre 1933/34 waren es 151 524 Beamte und 96 365 niedere Angestellte, zusammen also 247 889. Die Zahl der Beamten hat sich also im letzten Jahr um etwa 1000 erhöht, während die Zahl der niederen Angestellten um 22 400 zurückgegangen ist. So ist die Zahl der Staatsbeamten im Ressort für Kultus und Unterricht von 83 337 in 1932/33 auf 84 428 in 1933/34 gestiegen, von 58 982 auf 59 304, bei der Polizei von 29 805 auf 29 875 und bei der Finanzverwaltung von 21 546 auf 21 941, während bei der Justiz ein Rückgang von 20 063 auf 19 831 festzustellen ist.

Rechnet man zu diesen Ziffern noch die Zahl der Staatsbeamten bei der Eisenbahn, Post, Monopol, Staatsforsten und dergleichen hinzu, so erhält man eine Gesamtziffer von rund 540 000 Menschen, die im Staatsdienste tätig sind. Zusammen mit den Familienmitgliedern ergibt dies die beachtliche Ziffer von etwa 1 400 000 Menschen, deren Schicksal, wie der Verband der Staatsbeamten feststellt, vom Staate abhängt.

---

§ **Scharfschießen veranstaltet** am 23. d. M. das 62. Infanterieregiment auf dem Schießplatz in Jagdschütz. Die Zugangswege sind durch Militärposten gesichert.

§ **Herabsetzung des Brotpreises.** Die Verwaltungsabteilung des Magistrats macht auf die Verfügung des Stadtpräsidenten vom 17. Mai d. J. aufmerksam, wodurch der Preis für ein Kilogramm Brot aus 65prozentigem Roggenmehl auf 34 Groschen festgesetzt wird. Danach kostet also ein 3-Pfund-Brot von jetzt ab 51 Groschen.

§ **Vor einer Senkung der Postgebühren?** Eine Warschauer Agentur berichtet, daß das Postministerium sein Einverständnis mit einer Herabsetzung einiger Gebühren des Posttarifs vom 1. Juni ab erteilt habe. Vor allem soll die Neuerung die Einteilung der Briefsendungen in Gewichtsklassen betreffen. Bisher machte die Gebühr für einen Brief im Inlandsverkehr bis 24 Gramm 30 Groschen aus, von 25 Gramm bis 250 Gramm betrug die Gebühr 60 Groschen. Künftighin soll noch eine Gebühr von 45 Groschen für Briefe von 25 bis 100 Gramm geschaffen werden. Ferner wird vom 1. Juni die Gebühr für die Zustellung von Postsendungen um 10 Groschen verringert werden. Auch die Einschreibegebühren sollen um 10 Groschen gesenkt werden. Eine Senkung der Gebühren für die Beförderung von Postpaketen in Höhe von 25—30 Prozent wird dagegen nicht eintreten, da sich das Ministerium nur mit einer 20prozentigen Herabsetzung einverstanden erklärt hat.

§ **Brieftelegramme nach der Schweiz.** Das von der Schweiz bisher in Verkehr mit einigen Staaten angewandte System der Brieftelegramme wurde letztens auch auf Polen ausgedehnt. Der Unterschied zwischen einem normalen Telegramm und einem Brieftelegramm besteht darin, daß dieses letzte nicht sofort nach seinem Eintreffen, sondern mit der jeweiligen Post dem Empfänger eingehändigt wird. Die Kosten eines Brieftelegramms machen im Verkehr mit Polen 3,25 schw. Franken für 25 Wörter aus, was angesichts des bestehenden Tarifs von 0,26 Goldfranken für ein Wort eines normalen Telegramms eine etwa 50prozentige Ersparnis bedeutet.

§ **„Du verfluchter Deutscher."** Ein Fall, der die Auswüchse der Deutschenverhetzung kraß beleuchtet, ereignete sich am vergangenen Sonntag zwischen 7 und 7.30 Uhr abends. Um die genannte Zeit befand sich ein Mitglied des R. C. „Frithjof" auf dem Wege zu seiner Wohnung, die am Kornmarkt liegt. Als er an den Wichertschen Festsälen vorbeigegangen war, stürzte plötzlich aus einem Hause ein Mann heraus und versetzte dem Ruderer mit den Worten „Ty przeklęty szwabie!" („Du verfluchter Deutscher!") einen Schlag gegen den Kopf. Der Deutsche brach zusammen und war etwa eine Viertelstunde besinnungslos. In der elterlichen Wohnung machten sich Mängel im Erinnerungsvermögen bemerkbar und die Untersuchung durch einen Arzt ergab, daß der junge Mann einen leichten Nervenschock erlitten hat.

§ **Ein Verkehrsunfall** ereignete sich am Mittwoch nachmittag auf der Wilhelmstraße (Jagiellońska). Als ein Fleischer sich mit seinem Gespann zum Schlachthof begab, riß plötzlich ein Strang und das Pferd ging durch. Dabei sprang das Tier plötzlich zur Seite und lief auf einen Feuermelder auf, der umgerissen wurde. Während die Insassen des Wagens mit dem Schrecken davongekommen waren, mußte das Tier, das sich ein Bein gebrochen hatte, getötet werden.

§ **Einen Unfall** erlitt auf dem Reitplatz des 16. Ulanen-Regiments ein Major. Während eines Sprunges stürzte das Pferd, so daß der Offizier zu Boden geworfen wurde und durch die Hufe des Pferdes am Kopf nicht unerheblich verletzt wurde. Man schaffte den Major mit dem Militärkrankenwagen in das Diakonissenhaus, wo unverzüglich eine Operation vorgenommen werden mußte.

§ **Ein Geisteskranker als Brandstifter.** In der letzten Zeit haben sich im Kreise Bromberg verschiedene Brände ereignet, die auf Brandstiftung zurückzuführen waren. Die Ermittelungen ergaben, daß gewöhnlich solche Wirtschaften in Flammen aufgingen, bei deren Besitzer vorher ein Mann um ein Nachtlager nachgesucht hatte und dem dieses verweigert worden war. Die übereinstimmende Beschreibung des betreffenden Mannes durch die Geschädigten führte die Polizei auf die Spur eines Geisteskranken, der noch immer gesucht wird. Es handelt sich um einen etwa 40 Jahre alten Mann von mittlerer Größe, mit rötlichem Haar und starkem Bartwuchs. Er ist mit einer abgetragenen Jacke, die aus einem Militärröck gearbeitet wurde, einer alten Hose und verschlissenen Schuhen bekleidet.

Der Frühling.

Wenn die Welt, so wildbewegt,
Ängstlich schaut nach ihren Rettern:
Über aller Nebel Wogen
Wölbt Er kühn den Friedensbogen
Und wie nach verzognen Wettern
Rauscht die Erde wieder mild,
Alle Knospen Blüten treiben,
Und der Frühling ist sein Haus.
Und der Frühling geht nie aus.

Joseph Freiherr von Eichendorff.

□ **Crone** (Koronowo), 15, Mai. Eingebrochen wurde in den Keller der Besitzerwitwe Mühlbrandt in Hammer (Borzenkowo) bei Maxtal. Sie entwendeten etwa 20 Liter Fruchtweine.

j **Dobrzyca,** Kreis Krotoschin, 16. Mai. Die Ortsgruppe Eichdorf der Westpolnischen Landwirtschaftlichen Gesellschaft versammelte sich am vergangenen Freitag bei Schönborn zu einer Sitzung, in der der Leiter der Landwirtschaftlichen Winterschule in Birnbaum, Diplom-Landwirt Zern, einen Vortrag hielt. Er berührte darin aktuelle Fragen über intensive und extensive Arbeit in der Landwirtschaft, die Verwendung von Kunstdüngemitteln bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage, das behelfsmäßige Edelmistverfahren, die Bekämpfung des Unkrauts und der Schädlinge, die zweckmäßige Fütterung, durch die trotz großer Ersparnisse ausreichende Erfolge erzielt werden. Der landwirtschaftlichen Buchführung widmete der Vortragende sein besonderes Augenmerk. Dem Vortrage schloß sich dann eine sehr lebhafte Aussprache an.

ex **Exin** (Kcynia), 16. Mai. Beim Fischfang tödlich verunglückt ist der 36jährige Arbeiter Kaminski aus Podolin. Damit die Fische an die Oberfläche kommen sollten, brachte er eine Zündschnur an, die er zu früh entzündete. Es kam zu einer Explosion, wobei K. schwere Verletzungen erlitt. Er konnte sich ungefähr 10 Meter von der Unfallstelle fortschleppen, worauf er tot zusammenbrach. Der Sohn erlitt schwere Verletzungen, so daß er ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

Der heutige Wochenmarkt war des Regenwetters wegen sehr schwach beschickt. Butter kostete das Pfund 1,30—1,50, Eier die Mandel 0,70—0,80. Der Schweinemarkt hatte auch weniger Auftrieb. Für Ferkel wurden 30—33 Złoty das Paar gezahlt. Bacon-Schweine brachten 39 Złoty für den Zentner.

Gnesen (Gniezno), 16. Mai. Der Magistratsbeamte Czesław Nowak aus Rogowo versuchte in einem hiesigen Hotel Selbstmord zu verüben. Er bestellte sich ein Zimmer und bat den Kellner, ihn morgens um 5 Uhr zu wecken. Da trotz Klopfens am Morgen sich niemand meldete, wurde die Tür mit Gewalt geöffnet. Man fand Nowak besinnungslos vor. Der hinzugerufene Arzt stellte Vergiftung fest. In bedenklichem Zustande wurde er nach Rogowo in das Elternhaus gebracht. Die Ursache zu dem verzweifelten Schritt soll in dem Verlust seiner Stellung zu suchen sein.

Gnesen (Gniezno), 18. Mai. Schnelle Aufklärung hat der auf den Dentisten Kozlowski versuchten Überfall gefunden. Ein 19jähriger Kaufmannssohn meldete sich als der Übeltäter und gab an, die Tat unternommen zu haben, um zu Geld zu kommen, da er 50 Złoty Schulden habe. Er bat Kozlowski um Verzeihung und von einer Anzeige abzusehen.

Ludwig Hoffmann-Zydowo hat den Verlust seines Fahrrades aus dem Restaurant Karpinski, Warschauerstraße, zu beklagen. — Dem Besitzer Thomas Marchwiak-Chlebienie entwendeten bisher unbekannte Diebe 1 Zentrifuge, zwei Decken und 50 Kilo Mehl im Gesamtwerte von 110 Zł. — Vor einigen Tagen wurde bei dem Fleischermeister Oginski, Pferdemarkt, eingebrochen und machten die Diebe eine reiche Beute an Fleischwaren. Der Polizeibehörde ist es nunmehr gelungen, die Diebe hinter Schloß und Riegel zu bringen.

z. **Inowrocław,** 16. Mai. Einen Selbstmordversuch verübte eine Einwohnerin aus Kornowo, die hierher gekommen war, um ihren Verlobten zu besuchen. Sie nahm ein Quantum Essigsäure zu sich, da man ihr Vorhaben bemerkte, wurde sie ins Krankenhaus geschafft, wo sie gerettet werden konnte.

Eine furchtbare Liebestragödie spielte sich am letzten Montag gegen 11 Uhr vormittags in Lachmierowice bei Kruschwitz ab. Seit längerer Zeit unterhielt ein 19jähriges Mädchen aus Racice mit dem 28jährigen Forstgehilfen Hubert Gromowski aus Lachmirowice ein Liebesverhältnis, das in letzter Zeit in die Brüche zu gehen schien. Am kritischen Tage verließ das Mädchen um 9 Uhr früh die Wohnung ihrer Eltern und begab sich in die Wohnung des G. Man ging zusammen zum Walde, wo beide in einen heftigen Wortwechsel gerieten. Plötzlich zog das Mädchen einen Browning und gab auf seinen Geliebten einen Schuß ab, der, in die Brust getroffen, tot zusammenbrach. Darauf richtete sie die Waffe gegen sich selbst und verwundete sich ebenfalls durch einen Schuß in die Brust schwer. Die Leiche des Erschossenen wurde von der Gerichtsbehörde beschlagnahmt.

z **Inowrocław,** 17. Mai. Ein überaus raffinierter Einbruchsdiebstahl wurde bei dem hiesigen Drogeriebesitzer Lorek in der vergangenen Nacht verübt.

Der Dieb, der mit den Verhältnissen gut vertraut ist, drang durch die Kellerräume in den Laden und stellte dort mit großer Sorgfalt ein Sortiment jeglicher Drogenwaren zusammen, die für den Anfang genügen, ein Geschäft aufzumachen, außerdem nahm der Dieb noch die Schreibmaschine mit. Am nächsten Morgen gegen ½9 Uhr wurde Herr L. von einem Bekannten aus Złotniki Kuj. angerufen, der ihm mitteilte, daß bei ihm ein Konrad Zielinski einen Sack mit Drogenwaren im Werte von 500 Złoty untergestellt hätte, die er angeblich kaufen wollte, ihm die Sache jedoch verdächtig erschien. Herr L. erinnerte sich sofort, daß dieser brave Dieb kein anderer als sein früherer Lehrling ist. Die Ware wurde sichergestellt, es fehlen nun noch die Schreibmaschine und nochmals für 500 Złoty Ware, ebenso ist auch der Dieb noch nicht gefaßt.

Drei maskierte Banditen drangen in der Nacht zum Dienstag in die Wohnung des Landwirts Władysław Witczak in Rzepowo ein, durchsuchten die ganze Wohnung und raubten Bargeld in Höhe von 2627 Złoty und Herrengarderobe, Wäsche, Schuhe usw. im Werte von 1000 Złoty.

Eine Pferdemusterung findet am 29. Mai d. J., 7½ Uhr früh, auf dem hiesigen Targowisko für die Stadt Inowrocław statt, für den Kreis Inowrocław ebendaselbst am 30. und 31. d. M.

ss. **Mogilno,** 17. Mai. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde der Antrag des hiesigen Schulleiters Grylewicz, mit den Schulkindern der siebenten Klasse zwecks Erziehung zur Selbständigkeit, am Verlauf der Sitzung teilnehmen zu können,, angenommen. Es wurde beschlossen, eine Anleihe aus dem Arbeitsfonds in Warschau in Höhe von 27 300 Złoty mit 2 Prozent jährlicher Verzinsung zwecks Planierung und Ausbau der Stadtanlagen aufzunehmen und die Verlängerung des kurzfristigen Kredits von 30 000 Złoty aus der Kommunalkreditbank in Posen auf ein Jahr zu beantragen. Einstimmig wurde der Preis für Leuchtgas von 35 auf 30 Groschen, und der für Betriebsgas von 30 auf 27 Groschen herabgesetzt, und zwar vom 1. d. M. ab. Beschlossen wurde ferner, für 1934 acht Jahrmärkte, und zwar: am 16. Januar, 8. Mai, 7. August und 23. Oktober Vieh- und Pferdemärkte, und am 20. März, 19. Juni, 18. September und 18. Dezember allgemeine Jahrmärkte, zu beantragen. Weil das Wappen hiesiger Stadt im Laufe von Jahrhunderten gewechselt worden ist, und es heute drei Schwerter statt drei Kreuze enthält, wurde beschlossen, das alte historische Wappen (auf blauem Untergrunde drei Kreuze), von nun an wieder zu benutzen.

es **Mrotschen** (Mrocza), 16. Mai. Bei dem Getreidehändler Zodrow wurden in der Nacht vom Speicher 14½ Zentner Weizen gestohlen. Die Spur führte zu einem Wirt aus Kongreßpolen hin, der am frühen Morgen per Auto nach Bromberg übersiedelte. Die Polizei verständigte die Bromberger Polizei und kurz vor der Stadt konnte der Weizen dem Diebe abgenommen werden.

Posen (Poznań), 17. Mai. Seine Goldene Hochzeit feierte der Lokomotivführer i. R. Böning mit seiner Ehefrau Wilhelmine geb. Pogrzeba in verhältnismäßig großer geistiger und körperlicher Frische.

Am fr. Berliner Tor wurde Sofie Psiosz von einem Kraftwagen überfahren und am linken Arm und an der Hüfte schwer verletzt. In der fr. Kaiser-Wilhelm-Straße wurde Ignatz Jeziorowski von einem Radfahrer überfahren und verletzt.

Bei einer wüsten Prügelei unter den Gästen des Jachowskischen Lokals in der Wasserstraße hagelte es von Gläsern, und Stuhlbeine traten in Tätigkeit. Als aber ein Revolverschuß fiel, durch den der Fleischer Josef Marchalek schwer verletzt wurde, wurde es plötzlich ganz still. Marchalek wurde dem Stadtkrankenhause zugeführt.

Der Eisenbahnarbeiter Josko aus der Langenstraße 10 stürzte auf dem glatten Fahrdamm mit seinem Fahrrade und zog sich einen doppelten Bruch der rechten Hand zu.

Wegen Fälschung eines Postsparkassen-Scheckbuchs wurde die obdachlose Tänzerin Barbara Grejner festgenommen. Ihr Schicksal teilte der Arbeiter Viktor Czarny wegen Kümmelblättchenspiels.

Am Montag wurden hier verschiedene Funktionäre der polnischen Studentenschaft und mehrere Redakteure aus unbekannter Ursache in Untersuchungshaft genommen und dem Gerichtsgefängnis in der Mühlenstraße zugeführt.

Beim Spielen mit einem Revolver verletzte sich der bei der Firma „Odlew Metalu", fr. Große Berliner Straße 83, beschäftigte Anton Wiśniewski aus Bolesławice bei Posen durch einen Schuß in die Brust schwer, so daß er dem Stadtkrankenhause zugeführt werden mußte.

* **Schrimm** (Srem), 18. Mai. In der Pfarrkirche wurde ein zweifacher Kirchendiebstahl verübt. Einbrecher drangen in die Sakristei, wo sie eine Sammelbüchse stahlen. Von dort aus wollten sie in das Innere der Kirche vordringen, was ihnen jedoch nicht gelang. Darauf wurde in der Nacht zum Dienstag ein zweiter Einbruch verübt. Wieder gelangten die Täter in die Sakristei und stahlen einen schweren silbernen Kelch und andere wertvolle Gegenstände. In der Kirche selbst erbrachen sie einige Opferkästen, in denen sie jedoch kein Geld vorfanden.

* **Schulitz,** 18. Mai. In der Nacht zum Mittwoch hatte sich ein Dieb in die katholische Kirche in Schulitz nach der Mai-Andacht eingeschlichen und dort einschließen lassen. Um von dem Kirchendiener nicht bemerkt zu werden, hatte sich der Täter auf dem Chor versteckt, dann von dem Glockenseil ein Stück abgeschnitten und mit Hilfe dieses Seiles sich in das Schiff hinabgelassen. Dort erbrach er zwei Opferkästen, in denen sich jedoch nur einige wenige Münzen befanden. Von dem Täter fehlt jede Spur.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: J. V. Arno Ströse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströse; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann T. z o. p., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten einschließlich „Der Hausfreund" Nr. 114.

Privatklinik Dr. Król
Bydgoszcz, Plac Wolności 11 :: Telefon 1910
a) Innere und Nerven-Abteilung
b) Chirurgisch-gynäkologische und Geburtshilfliche Abteilung
Röntgen-Institut. Elektrotherapie (**Diathermie** — Höhensonne — Sollux usw.) Medizinische Bäder etc. 8893

Ländliche Ferienkinderkolonie
im Johannesheim
des Evangelischen Vereins für Landmission
für Knaben: vom 16. Juni bis 7. Juli
für Mädchen: vom 10. Juli bis 1. August
Großer Park. Gute Pflege. Mütterl. Aufsicht. Hortnerin im Hause.
Preis für 3 Wochen 45.— Złoty
bei Geschwistern 40.— Złoty.
Anmeldungen an die Heimleitung **Diakon Herrmann,** Olekszyn, p. Łagiewniki kość., pow. Gniezno. 4144



3172

Sommersprossen verschwinden ohne wiederzukehren nach 3 Tagen durch die Epoche machende Erfindung des Stifts **„Radex".** Beseitigt momentan veraltete Sommersprossen, gelbe und Leber-Flecken, Pickeln, Mitesser und Flechten, sowie Runzeln, gibt grauer Haut ein wunderbar jugendliches, rosiges Aussehen. Den Stift **„Radex"** haben wir nach jahrelangem Ausprobieren fertig gestellt. Preis 2.85 zł, 2 St: 5.50 zł. **Puder „Radex"** für Sommersprossen 2.25 zł. Wir empfehlen die für diese Kur unumgänglich nötige, kräftig bleichende Seife **„Radex"** 1.20 zł. Versand per Nachnahme auf Kosten des Käufers. Laborat. i gabinet kosmetyczny **P. Szochor, Warszawa,** ulica Dr. Zamenhofa 12, oddz. 8. Sämtl. kosmetischen Ratschläge unentgeltl. n. g. Einsend. v. 30 gr. Briefporto f. d. Antw.

Briefpapier
mit
Monogrammaufdruck
ist stets ein **willkommenes Geschenk.** Wir bieten Ihnen eine große Auswahl.
A. Dittmann, T. z o. p. Bydgoszcz, Marsz. Focha 6 Telefon 61.

Maschine-Schreiben
Marsz. Focha 10, Wg. 8. 4172

Hausschneiderin 2045 perf., empfiehlt sich und fährt aufs Land. Ausk. **Michejeff, Pomorska 54.**

Tischlerarbeiten Reparaturen
spottbillig beim deutschen Tischler 2036 **Otto Rudweleit,** Ks. Skorupki 14 W. 1

Sommersprossen beseitigt unt. Garantie **„Axela"-Creme;** die Dose jetzt nur **2.- zł.** **J. Gadebusch.** 3842 **Poznań,** Nowa 7. K.

Kanthölzer, Balken und Bretter
3421
zu Neubauten
sow. auch komplett fertige Bauten
wie **Wohnhäuser, Ställe** und **Scheunen** liefert billigst u. schnell
Fa. W. Sonnenberg
Dampfsägewerk und Baugeschäft
Nowawieś wielka powiat Bydgoszcz.

Kurgäste
aufs Land nehme auch in diesem Jahre auf. Volle, gute Pension 4,00 Zł. tägl. Herrliche Naturgegd., viel Wald und See, Bahnstat. ca. 3 Min. vom Orte. 4158 **Pensionat Rompkowski, Ocypel,** p. Starogard.

Sommerfrischler
finden **angenehmen Aufenthalt** in wald- u. wasserreicher Gegend. Pensionspreis 3.— Zł. täglich. Gefl. Angebote an **Willy Hagt Margonin,** 4167 powiat Chodzież.

Heirat

Reelles Heiratsgesuch. Junger **Müller und Landwirt,** nicht üb. 30 J., m. ca. 8000 Zł. nachweisl. Verm., kann sof. in Wassermühle mit kl. Landwirtsch. **einheirat.** Besitz. ist 21 Jahre alt. Mühle kann sof. a. eig. Rechn. übern. werden. Gefl. Zuschr. u. **G. 4205** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Aelterer Dame wird
Einheiratung
geboten in g. Bäckerei- und Konditorei. Offert. unt. **N. 4231** an die Geschäftsstelle dies. Zeitg.

Geldmarkt

Suche a. Stadtgrundst. mit 7½ Morgen Land zur ersten Hypothek
2000 Złoty.
Offerten unter **H. 4208** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Offene Stellen

Suche v. sof. einen led.
Schweizer
für 20 bis 24 Milchkühe u. ebensoviel Jungvieh. **W. Kreklau Katarzyniec,** p. Runowo Krainskie, pow. Wyrzysk.

Für mein Kolonial- und Eisenwaren-Geschäft **suche** ich von sofort einen evangelischen 4201
Lehrling
mit guter Schulbildung. Angebote erbeten an
Franz Draheim Więcbork (Pom.)

Suche zum 1. Juli d. J. jüngere, evang.
Hauslehrerin
mit poln. Unterrichtserlaubnis für 6jährig. Jung. Zeugn., Gehaltsanspr. u. Bild erbitte u. **N. 4159** a. d. Gschst. d. Z.

Suche zum Schulanfang 15. August gebild., evangel., jüngere
Hauslehrerin
mit Lehrerlaubnis für einen Jungen (4. Schuljahr). Poln. Sprache Bedingung. Zwei jüngere Kinder sind mit zu übernehmen. Bewerbung mit Zeugnisabschriften, Gehaltsansprüchen u. Lichtbild zu richten an 4228
Frau Erika Mitschke, Gałązki, p. Koźmin.

Für einige Monate wird zu sof. für frauenlosen, klein. Gutshaushalt **tüchtige, ältere**
Wirtin
oder einfach. **Hausdame gesucht.** Offerten mit Zeugnisabschrift. und Gehaltsansprüch. unter **B. 4194** a. d. Geschäftsstelle d. Zeitg. erbeten.

Kleine
Besitzer-Tochter
(Stütze), auf mittlere Landwirtschaft bei Familienanschluß **gesucht.** Keine Außenarbeit, 4 Kühe melken. Offert. mit Gehaltsforderg. an **Buchhdlg. Masłowski, Solec Kujawski.** 4225

Besseres, junges, evgl., fleißiges, ehrliches
Alleinmädchen
von sofort **gesucht,** das gut kochen kann und kinderlieb sein muß. Zeugnisabschr. u. Bild zu richten an Frau **Ch. Wiese,** Bydgoszcz, 20. stycznia 2, W. 4. 4233

Suche für mein. Gutsbeamtenhaushalt zum 1. 6. 33 ein ordentl., fleiß.
Hausmädchen
nicht über 23 Jahre. Bewerbungen u. **E. 4200** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Besser., evgl. **Mädchen** kann sich als 4222
Wirtschafts-lehrling
ohne gegenseitige Vergüt. zu sofort melden. **Fr. Goertz, Gorzechówko** (Hochheim) bei Jabłonowo.

Suche z. neuen Schuljahr (1. September)
evgl. Hauslehrer
mit poln. Lehrerlaubnis zum Unterricht. für 4 Kinder (1., 2., 4. und 5. Schuljahr). Offerten mit Zeugn., Lebenslauf, Bild und Gehaltsanspr. unter **L. 4220** an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Tüchtiger, älterer
Fleischergeselle
perfekt im Schlachten u. Wurstmachen, wird ab Mitte Juni **verlangt.** Off. mit Zeugniss. und Gehaltsansprüch. unter **C. 4196** a. d. Geschäftsstelle d. Zeitg. erbeten.

Einen Bäckergesellen stellt ein **M. Zacharias,** Jagiellońska 27. 2038

Speicherverwalter
der deutschen und polnischen Sprache mächtig, für unseren Getreidespeicherbetrieb in Chełmno, Antritt zum 15. 6. 33, **gesucht.** Meldungen schriftlich oder persönlich bei der 4217
Landwirtsch. Haupthandelsgenossenschaft Sp. z o. o., Grudziądz, Marsz. Focha 12.

Stellengesuche

Jg. Kaufmann
Kolonial- und Eisenbr. mit dopp. Buchführg., Stenogr. u. Maschinenschr. vertraut, sow. poln. Sprache in Wort und Schrift, sucht v. sogleich od. später Stellung in **Büro** oder als **Gutssekretär.** Näh. an Frau **Schoen,** Libelta 14 m. 4 2040

Suche Stellung von sofort od. später, als
II. Beamter
od. unter Leitung des Chefs. Bin 22 Jahre alt, evgl., militärfrei, landw. Schule besucht, in ungekündigt. Stellg., firm in poln. Sprache, 2 Jhr. Prax. Off. erbitt. **E. Kauert, Maj.** 4197 **Pianowo** pow. Kościan

Suche von sofort oder später Stellung als
Chauffeur.
Bin in sämtl. Autoreparaturen bewandert. Führe auch Schmiede- und Schlosserarb. aus. Besch. Ansprüche. Gfl. Angebote unt. **O. 4232** an die Gst. dies. Z. erb.

Chauffeur erfahr. in Schlosser- und Schmiedearb., **sucht** Stellung, evt. Kaution. Off. u. **U. 1291** an An.-Exped. **Wallis, Toruń.** 4210

Suche f. meinen Sohn, 18 Jahre alt, eine
Maschinenschlosser-Lehrstelle
mit Beköstig. u. Schlafstelle. Off. unt. **K. 4216** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Suche Lehrlingsstelle in Fahrradschlosserei, in der auch Auto repar. werden, oder ähnlichen Betrieben. Bin 16½ J., kräftig, evangelisch, gut poln. sprechend. Anfr. an **R. Elias, Mrocza** (Fahrräder). 4224

Hauslehrerin
evgl., mit Unterrichtserlaubnis und langjährig. Zeugniss., **sucht** zum neuen Schuljahr oder später
Stelle. Off. u. T. 4166 a. d. Gst. d. Z. erb.

Staatlich geprüfte
Kindergärtnerin
m. Unterrichtserlaubn. (beid. Sprach. in Wort u. Schrift mächt.), **sucht Stellung,** auch
als Sekretärin.
Frdl. Angeb. u. S. 2006 a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Deutsch-evangelisches
Wirtschafts-fräulein
36 J. alt, a. gut. Hause, erf. in ff. u. einf. Küche u. allen häusl. Arbeit.,
sucht Stellung.
Gefl. Offert. unt. **D. 4198** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Wirtin
tüchtig u. zuverläss., l. Prax., **sucht Stellung** a. gr. Gut, auch frauenlos. Haush. Langj. Zeugn. vorh. Off. unt. **W. 4180** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Suche Anfangsstelle als
Wirtin
vom 1. 7. 33., da ich meine Lehrzeit beendet habe. Off. u. **N. 4153** a. d. G. d. Z.

Wirtin mit guten Zeugnissen **sucht Stellung** z. 1. 6. od. spät. i. Land- od. Stadthaush., auch i. frauenlosem. Ang. u. **W. 3** an **Filiale Schmidt, Danzig,** Holzmarkt 22. 4221

Suche Stellung
als Wirtin, Stütze oder Haustochter. War 5 J. i. Gutshaush. tätig, auch Näh- u. Glanzplättktn. Gefl. Angeb. **u. D. 2035** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Evgl., ehrlich., besseres jung. Mädch. sucht vom 1. Juni 1933 Stellung
als Mädchen
auf Gut, klein. Stadthaushalt od. auf größ. Wirtschaft
als Haustochter.
Gefl. Off. unt. **J. 4122** an die Dt. Rdsch. erbet.

Gebildet., **jg. Mädchen,** evangel., **sucht Stellung**
als Haustochter
in größ. Gutshaushalt ohne gegenseit. Vergüt. zwecks Vervollkommn. in der feineren Küche. Absolv. ein. Kochschule. Nähkenntn. vorhand. Offerten unter **E. 2039** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Zuverlässig., ehrliches
Fräulein
sehr kinderl., mit Nähkenntn., **sucht Stellg.** v. sof. Uebern. a. d. Haush., erf. im Koch. u. Backen. Offerten unter **H. 2046** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Aeltere, selbständige
Wirtin
mit guten Zeugnissen, **sucht** sogleich od. später Stellung. Gefl. Zuschr. unter **M. 4229** an die Geschst. d. Dt. Rdsch. erb.

Aelteres, gebildet. **Fräulein** mit Koch- u. Nähkenntnissen **sucht Stellung** im frauenlos. Haushalt od. zur Unterstütz. d. Hausfrau. Off. u. **J. 2049** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Suche Stellung als
Haustochter.
In allen häusl. Arbeit. firm. Gefl. Off. u. **F. 4204** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Deutsches, ehrl., kräft. **Mädchen** v. Lande, das sich vor keiner Arbeit scheut, **sucht** von sof. od. 1. 6. **Stellung** i. Stadt od. Land; auch etw. Kochkenntn. vorh. Off. u. **Z. 2025** a. d. G. d. Z.

An- u. Verkäufe

Land-Grundstück
bis 50 Mrg. groß, guter Mittelboden, massive Gebäude, am Walde, Chaussee und Eisenbahn, in der Nähe von Bydgoszcz gelegen, als **Sommerfrische zu kaufen gesucht.** Angebote mit Preis erbeten unter Chiffre: **P. 331** an „Agencja Reklamy Prasowej", **ul. Dworcowa 54.** 4188

Priv.-Landwirtschaft
80—120 Morg. Rüben- und Weizenboden, gute Gebäude, tot. u. lebend. Invent., Nähe Chausse Bahn, Stadt, bei Barzahlung **z. kauf. gesucht.** Off. mit Preisangab. unter **G. 2044** a. d. Geschäftsst. d. Ztg. erbeten.

63-Mrg.-Grundstück
priv., Weizenbod., gute Gebäude, mit komplett. Inventar, Preis 18000, **zu verkaufen.** 2041
Warzecha, Bydgoszcz, Hotel Pomorski.

Altbekannte Stammschäferei Bąkowo (Bankau) schweres
Merino - Fleisch - Schaf (merino precose mięsno wełnisty)
Gegründet 1862. — Anerkannt durch die Pom. Izba Rolnicza. Landesausstellung Poznań 1929 große goldene Medaille und große silberne Staatsmedaille.
Sonnabend, den 20. Mai 1933, mittags 1 Uhr
AUKTION
über ca. 50 sprungfähige, ungehörnte, sehr frühreife, bestgeformte und wollreiche, schwere Merino-Fleischschafböcke, mit langer, edler Wolle zu zeitgemäßen Preisen. Zuchtleiter: Herr Schäfereidirektor **von Alkiewicz, Poznań,** ulica Patr. Jackowskiego 31. Bei Anmeldungen Wagen bereit **Warlubie** oder **Grupa.** 735
F. GERLICH, Bąkowo, Kr. Swiecie. Telefon Warlubie 31.



Hausgrundstück
in Bydgoszcz bei 30000 zł Anz. zu kaufen ges. Off. u. **C. 2029** a. d. Gschst. d. Z.



Erstklassige Arbeits- und Wagen-Pferde
stets zum Verkauf. Günstige Preise mit voller Garantie. 4181
D. Lipschütz, Pferdehandlung, **Swiecie n. W.** Tel. 73.

Hausgrundstück, Miete 9500 Preis 60000, fortzugshalb. zu verk. Offerten unter **R. 2005** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Gelegenheitsverkauf!
Kleines Grundstück, massiv. Haus, Stallung, Scheune, knapp 2 Mrg. Land, billig **zu verkauf.,** Nähe Bydgoszcz. Off. unter **F. 2043** an die Geschäftsst. d. Ztg. erb.

Prima Reitpferd
Sultan, ostpr. Fuchswallach, mit Bleße und 4 weiß. Füßen, 1.76 m groß, kompl. geritten, m. klein. Schönheitsfehler, **verkauft** für 400 Złoty **Maj. Grabowa Buchta,** p. Laskowice. 4226

Möbel jeder Art sowie **Kleidungsstücke** kauft **Wollmarkt 8.** 2048

Essex 4213
Limousine
5sitzig, 10/50, 6 Cylind., 29 Jahrgang, 4türig, 3 Fenst., hellblau, zirka 30 000 km gelaufen, absolut zuverlässig, sofort **zu verkauf.** Preis 4000 zł.
Aug. Poschadel
Grudziądz, Grablowa 4

Chevrolet
Truck-Chassis, 4 Zyl., betriebsfert., in gutem Zustande, Zł. 1850, auch mit Karosserie. 4075
Stadie - Automobile, S. z o. o., ul. Gdańska. Tel. 1602.

Lastauto
zu verkaufen 4202
Günther, Podolska 8.

Gelegenheitskauf
1 Dampfpflug, komplett — Fabrikat „Fowler" ist günstig zu verkaufen. 4183
Ernst Wiedemeyer, Gniezno, Telefon 485.

Gebrauchtes
Lastauto
Marke „Ford", 2 Ton., in bestem Zustande, Bereifung fast neu, ist spottbillig für 4000 zł **zu verkaufen.** 4210
Otto Thom
Kowalew, p. Pleszew.

Roßwerk, Schrotmühle, Häckselmaschine, Kultivator, Pflug, Dezimalwaage, Zentrifuge, 5 Winden, Drahtseile, Kartoffeldämpfer und -Quetsche, 16 Arbeitswagen, Kähne, Segel, 5 PS. 220 Volt Gleichstrommotor, Taukloben, Vervielfältigungs-Apparat „Greif", Handsäe- und Hackmaschine verkäuflich. **Eggebrecht, Wieleń n. Notecią.** 4223

Motorrad
„Ariel" 250 cbm, wie neu, für 1400.— zł zu verkaufen. Offert. unt. **A. 4190** an die Geschäftsstelle dies. Zeitg.

Motorrad 4227
B. S. T. 250 ccm und **1 Suhler Hahnlose Flinte** Kal. 16, beides sehr preisw., **verkauft Majętnoszcz Brzuchowo** pow. Tuchola.

Damenfahrrad
zu kauf. ges. Zu erfr. in d. Geschst. d. Zeitg. 2047

Kinderwagen (Naether) auf hoh. Räd., noch gut erhalt., zu verkauf. 2031 **Jagiellońska 32,** Wg. 6.

Schuhwaren
sind am billigsten 2051 **Jezuicka 10.**

Mauserbüchse
neu, Kal. 9,3 Fernrohr mit Kugeln, erstklassig (Minke-Posen), jähriger **schwarzer Teckelhund** preisw. abzug. **Kowars, Bendzitowo-Barcin.** 4230

Zu kaufen gesucht:
4 gebr. Träger
N. P. 26, 8.50 bis 9 m. Offerten unter **B. 2027** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Feines
Dachrohr
hat abzugeben 3955
Ediger, Radzyn.

Prima 4207
Speisekartoffeln
noch abzugeben
Dominium Gądecz
pow. Bydgoszcz
Telefon Fordon 36.

Gelbsenf
kauft und bittet um bemusterte Angebote nebst Preisangabe.
R. Schwanke
Mostrich- u. Essigfabrik **Marianki (Pom.)** pow. Swiecie. 4218

Wohnungen

6-Zimm.-Wohnung
mit Bad und Mädchenzimmer per 1. 7. 1933 zu vermieten. Lage Gdańska, Nähe Aleje Mickiewicza. Angebote unter **B. 4178** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Wohnung, 2 Zim., Küche evtl. auch mit Einricht. a. einwandfrei. Ehepaar z. verm. 4193 **Grunwaldzka 78.**

Wohnung
im Zentrum d. Stadt, 7 Zimmer mit Bad 2c., Fahrstuhl, Zentralhzg., vom 1. 7. zu vermieten. Anfragen unt. **J. 4214** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Möbl. Zimmer

Gut möbl. Zimmer
an berufstätige Dame zu vermieten **Dr. Emila Warmińskiego 1,** Wg. 3.

Möbl. Zimmer bezw. Schlafst. an anst. jung. Mädch. in gut. bürgerlichen Hause zu vergeb. Ausk.: A.-Exp. **Holtzendorff,** Pomorska 5. 2042

Möbliert. Zimmer
mit Küchenbenutz., sep. Eing., an Ehep. z. verm. **Krakowska 5,** Wg. 2. 1987

Möbl. Zimm. zu vermieten **Pomorska 3, W. 4.** 2014

Möbliert. Zimmer
zu verm. **Hetmańska 20,** 2 Tr. rechts. **Fibich.** 1820

Pachtungen

Suche **Wirtschaft**
von 150—400 Morgen, gut. Boden, mit Inventar gegen Kaution **zu pachten.** Off. u. **M. 4149** an d. Geschäftsst. d. Ztg.

Bäder und Kurorte

Radiumbad Oberschlema
das stärkste der Welt
heilt auch Sie
wie Tausende vor Ihnen bei Rheuma, Gicht, Neuralgien, Wechseljahrebeschwerden und Alterserscheinungen.
Auch Haustrinkkuren mit der berühmten Bismarckquelle.

ZOPPOT
billiger und kühler als daheim
Aufenthalt, alles einbegriffen:
7 Tage 45,85 RM oder 53,55 RM oder 69,65 RM.
MER-Reisebüros verkaufen Gutscheine
4072



in herrlicher Gebirgslage der Grafschaft Glatz, 568 m Seehöhe, 100 000 Morgen Hochwald / Kohlensäurereiche Quellen und Sprudel / Heilkräftiges Moorlager
Glänzende Heilerfolge bei: Herz-, Nerven- und Frauenleiden, bei Rheuma, Gicht, Katarrhen, Nieren-, Blasen- u. Stoffwechsel-Erkrankungen
Ganzjährig geöffnet. Prospekt kostenlos durch die Kurverwaltung

BAD-NAUHEIM
HERZ — RHEUMA
Volle Pension von 4 RM. an.
Wesentliche Senkung von Bäderpreisen.
Prospekte: Kurverwaltung Bad Nauheim und in Reisebüros.

2. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 114.

Bromberg, Freitag den 19. Mai 1933.

Reichskanzler Adolf Hitler spricht zur Welt.

Die denkwürdige Reichstagssitzung.

Berlin, 17. Mai. (Eigene Meldung.) Lange vor Beginn seiner dritten (außerordentlichen) Sitzung war der Deutsche Reichstag vollzählig im großen Sitzungssaale der Kroll-Oper versammelt. Nur auf den Bänken der Sozialdemokraten waren einige Lücken festzustellen. Die Tribünen waren überfüllt, ebenso die Diplomatenlogen, in denen neben den Vertretern der auswärtigen Mächte auch der Kronprinz Platz genommen hatte. Das Reichskabinett war vollzählig erschienen. Neben den Ministern sah man Staatssekretär Meißner und den Vorsitzenden der deutschen Delegation für die Abrüstungskonferenz, Botschafter Nadolny.

Um 15¼ Uhr ertönte das Zeichen zum Beginn der Sitzung. **Reichskanzler Adolf Hitler** in SA-Uniform, gefolgt vom Reichsinnenminister Dr. Frick, schritt, während sämtliche Abgeordnete und die Tribünenbesucher sich von den Plätzen erhoben, zu seinem Platz auf der Regierungsbank.

Reichstags-Präsident Göring eröffnete die dritte Sitzung des Reichstags

mit folgender an die Abgeordneten gerichteten Erklärung:

„Sie sind in einer ernsten Stunde zusammengerufen worden. Es gilt eine Schicksalsfrage unserer Nation. **Wohl kaum jemals vorher war der Reichstag zu einer so ernsten Frage, zu einer so ernsten Stunde einberufen worden.** Die Deutsche Reichsregierung wünscht ihre Absichten und ihre Ziele in dieser schwierigen Frage dem ganzen deutschen Volke klar zu legen. Das Wort hat nunmehr unser Führer, des deutschen Volkes Kanzler."

Unter lautloser Stille begab sich dann

Reichskanzler Adolf Hitler

zum Rednerpult. Er führte aus:

„Abgeordnete! Männer und Frauen des Deutschen Reichstages! Namens der Reichsregierung habe ich den Reichstags-Präsidenten Göring gebeten, den Deutschen Reichstag einzuberufen, um vor diesem Forum zu den Fragen Stellung zu nehmen, die heute nicht nur unser Volk, sondern die ganze Welt bewegen. Die Ihnen bekannten Probleme sind von so großer Bedeutung, daß von ihrer glücklichen Lösung nicht nur die politische Befriedung, sondern auch die wirtschaftliche Rettung aller abhängt. Wenn ich dabei für die Deutsche Regierung dem Wunsche Ausdruck gebe, ihre Behandlung der Sphäre jeder Leidenschaftlichkeit zu entziehen, dann geschieht es nicht zum geringsten in der uns alle beherrschenden Erkenntnis, daß die Krise der heutigen Zeit ihren tiefsten Ursprung selbst nur jener Leidenschaft zu verdanken hat, die am Ende des Krieges Klugheit, Einsicht und Gerechtigkeit der Völker verdüsterte.

Denn alle jene die Krisis verursachenden Probleme liegen in den Mängeln des Friedensvertrages begründet, der es nicht vermochte, die wichtigsten und entscheidendsten Fragen für alle Zukunft überlegen, klar und vernünftig zu lösen.

Weder die nationalen noch die wirtschaftlichen oder gar die rechtlichen Angelegenheiten und Forderungen der Völker sind durch diesen Vertrag in einer Weise gelöst worden, daß sie vor der Kritik der Vernunft für alle Zeiten bestehen könnten. Es ist daher verständlich, daß

der Gedanke einer Revision

nicht nur zu den dauernden Begleiterscheinungen und Auswirkungen dieses Vertrages gehört, sondern daß eine Revision sogar von seinen Verfassern als notwendig vorgesehen wurde und daher im Vertrage selbst ihre rechtliche Verankerung fand.

Wenn ich kurz auf die Probleme, die dieser Vertrag hätte lösen sollen, eingehe, dann geschieht es deshalb, weil durch das Versagen auf diesem Gebiete sich zwangsläufig die späteren Situationen ergeben haben, unter denen die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Völker seitdem leiden. Die politisch-nationalen Probleme sind folgende: Durch viele Jahrhunderte entwickelten sich die europäischen Staaten und ihre Grenzziehung nach einfachen Gesetzen, die ausschließlich im Bereich eines staatlichen Denkens lagen. Mit dem siegreichen Durchbruch des Nationalitäten-Prinzips im Laufe des vorigen Jahrhunderts wurden infolge der Nichtberücksichtigung dieser neuen Ideale durch die aus anderen Voraussetzungen entstandenen Staaten die Keime zu zahlreichen Konflikten gelegt. Es konnte nach Beendigung des großen Krieges keine höhere Aufgabe für eine wirkliche Friedens-Konferenz bilden, als in klarer Erkenntnis dieser Tatsache eine Neugliederung der europäischen Staaten vorzunehmen, die diesem Prinzip im höchstmöglichen Umfang gerecht wurde. **Je klarer durch eine solche Regelung die Volksgrenzen sich mit den Staatsgrenzen deckten, um so mehr konnte dadurch eine große Reihe künftiger Konfliktsmöglichkeiten aus der Welt geschafft werden.** Ja, diese territoriale Neugestaltung Europas unter Berücksichtigung der wirklichen Volksgrenzen wäre geschichtlich jene Lösung gewesen, die mit dem Blick auf die Zukunft für Sieger und Besiegte vielleicht

die Blutopfer des Großen Krieges nicht ganz vergeblich

hätte erscheinen lassen, weil durch sie der Welt die Grundlage für einen wirklichen dauernden Frieden gegeben worden wäre. Tatsächlich entschloß man sich aber teils aus Unkenntnis, teils aus Leidenschaft und Haß zu Lösungen, die den Keim neuer Konflikte schon in ihrer Unlogik und Unbilligkeit trugen und in dieser Konferenz **zur Lösung vorlagen.**

Die gegenwärtige wirtschaftliche Situation Europas ist gekennzeichnet durch die Überfüllung des europäischen Westens und durch die Armut des Bodens dieser Gebiete an gewissen Rohstoffen, die gerade in jenen Gebieten mit alter Kultur dem dort gewohnten Lebensstandard unentbehrlich sind. Wollte man eine gewisse Befriedung Europas für menschlich absehbare Zeit herbeiführen, dann müßte man statt der Unfruchtbarkeit der gefährlichen Begriffe wie „Wiedergutmachung" usw. die tiefe Erkenntnis verfolgen und berücksichtigen, daß mangelnde Existenzmöglichkeit immer die Quelle **von Völkerkonflikten gewesen ist.** (Stürmischer Beifall.)

Statt den Gedanken der Vernichtung zu predigen, müßte man überlegen, wie eine Neuordnung der internationalen, politischen und wirtschaftlichen Beziehungen vorgenommen werden könne, die den Existenznotwendigkeiten der einzelnen Völker in höchstmöglichem Umfange gerecht würden. Es ist nicht weise, die wirtschaftlichen Lebensmöglichkeiten einem Volke zu entziehen, ohne Rücksicht darauf, daß die davon abhängige Bevölkerung darauf angewiesen ist, in diesen Gebieten weiterhin zu leben. (Erneute Zustimmung.) Die Meinung, durch die wirtschaftliche Vernichtung eines 65 Millionen-Volkes werde anderen Völkern ein nützlicher Dienst erwiesen, ist eine unsinnige. Sehr bald würden die Völker, die so verfahren wollten, nach den natürlichen Gesetzen von Ursache und Wirkung spüren, daß sie derselben Katastrophe zugeführt werden, die sie dem einen Volke bereiten wollten.

Der Gedanke der Reparationen und ihrer Durchführung wird einmal in der Völkergeschichte ein Schulbeispiel dafür sein, wie sehr die Außerachtlassung der internationalen Wohlfahrt für alle schädlich sein kann.

Tatsächlich konnten die Reparationen nur vom deutschen Export gezahlt werden. In gleichem Ausmaß wie Deutschland wegen der Reparationen als internationales Export-Unternehmen betrachtet wurde, mußte aber der Export der Gläubigerstaaten leiden. Der wirtschaftliche Nutzen der Reparationszahlungen konnte daher in keinem Verhältnis zu dem Schaden stehen, der den einzelnen Volkswirtschaften mit den Reparationen zugefügt wurde. (Sehr richtig.) Der Versuch, eine solche Entwicklung dadurch abzuwenden, daß eine Beschränkung des deutschen Exports durch Kreditgewährungen zur Ermöglichung der Zahlungen ausgeglichen wurde, war wenig umsichtig und im Ergebnis falsch. Denn die Umschuldung der politischen in private Verpflichtungen führte zu einem Zinsendienst, dessen Erfüllung zu denselben Ergebnissen führen mußte. Das Schlimmste aber war, daß die Entwicklung des binnenwirtschaftlichen Lebens gehemmt und vernichtet wurde. Der Kampf auf den Weltabsatzmärkten durch dauernde Preisunterbietungen, führte zu einer Überspitzung der Rationalisierungs-Maßnahmen in der Wirtschaft. Die Millionen unserer Arbeitslosen sind das letzte Ergebnis dieser Entwicklung. Wollte man aber die Reparations-Verpflichtungen auf Sachlieferungen beschränken, dann müßte dies zu einer nicht minder großen Schädigung der Binnenerzeugung der also bedrückten Völker führen. Denn Sachlieferungen in dem in Frage kommenden Umfange sind nicht denkbar, ohne die eigene Produktion der Völker auf das stärkste zu gefährden.

Es ist die Schuld des Versailler Vertrages, eine Zeit eingeleitet zu haben, in der finanzielle Rechenkunst d wirtschaftliche Vernunft umzubringen scheint. (Beifall.)

Deutschland hat diese ihm auferlegten Verpflichtungen trotz der ihnen innewohnenden Unvernunft und der vorauszusehenden Folgen geradezu selbstmörderisch treu erfüllt. Die internationale Wirtschaftskrise ist der unumstößliche Beweis für die Richtigke t dieser Behauptung. Der Gedanke der Wiederherste lung eines allgemeinen internationalen Rechtsempfindens ist durch den Versailler Vertrag nicht minder vernichtet worden. Denn um die gesamten Maßnahmen dieses Ediktes zu motivieren, mußte Deutschland zum Schuldige t gestempelt werden.

Dies ist ein ebenso einfaches wie allerdings unmögliches Verfahren. In Zukunft wird die Schuld an Auseinandersetzungen immer der Besiegte tragen; denn der Sieger hat ja immer die Möglichkeit, diese Feststellung einfach zu treffen. (Lebhafte Zustimmung.)

Dieser Vorgang führte deshalb zu furchtbarer Bedeutung, weil er damit zugleich eine Begründung gab für die Umwandlung eines am Ende dieses Krieges vorhandenen Kräfteverhältnisses in eine dauernde Rechtsnorm. Die Begriffe Sieger und Besiegte wurden damit förmlich zum Fundament einer neuen internationalen Rechts- und Gesellschaftsordnung gemacht. Die Disqualifizierung eines großen Volkes zu einer Nation zweiten Ranges und zweiter Klasse wurde in einem Augenblick proklamiert, in dem ein Bund der Nationen aus der Taufe gehoben werden sollte. (Zustimmung.) Diese Behandlung Deutschlands konnte in der Folge nicht zu einer Befriedung der Welt führen. Die damit für nötig erachtete Abrüstung und Wehrlosmachung der Besiegten, ein in der Geschichte der europäischen Nationen unerhörter Vorgang, war noch weniger geeignet, die allgemeinen Gefahren und Konfliktsstoffe zu vermindern, sondern führten nur in den Zustand jener ewigen Drohungen, Forderungen und Sanktionen, die als fortdauernde Unruhen und Unsicherheit zum Grabe der gesamten Weltwirtsch ıft zu werden drohen. (Beifall.) Wenn im Völkerbund jede Überlegung hinsichtlich des Risikos bei bestimmten Behandlungen ausfällt, wird nur zu leicht die Unvernunft über die Vernunft siegen. Der Völkerbund hat zum mindesten gerade den Schwachen bei solchen Anlässen keine merkliche Hilfe zukommen zu lassen vermocht. (Erneute Zustimmung.) Verträge, die zur Befriedung des Lebens der Völker untereinander abgeschlossen werden, haben nur dann einen inneren Sinn, wenn sie von einer wirklichen und aufrichtigen Gleichberechtigung aller ausgehen. Gerade darin liegt die Hauptursache der seit Jahren die Welt beherrschenden Gärung. Daß aber die heute vorliegenden Probleme eine vernünftige und endgültige Lösung erfahren, liegt im Interesse aller.

Kein neuer europäischer Krieg wäre in der Lage, an Stelle der unbefriedigenden Zustände von heute etwas Besseres zu setzen.

Im Gegenteil: weder politisch noch wirtschaftlich könnte die Anwendung irgend welcher Gewalt in Europa eine günstigere Situation hervorrufen als sie heute besteht. Selbst bei ausschlaggebendem Erfolg einer neuen europäischen Gewaltlösung würde als Endergebnis eine Vergrößerung der Störung des europäischen Gleichgewichts eintreten und damit so oder so der Keim für spätere neue Gegensätze und neue Verwicklungen gelegt werden. (Stürmischer Beifall.) **Neue Kriege, neue Opfer, neue Unsicherheit und eine neue Wirtschaftsnot würden die Folgen sein.**

Der Ausbruch eines solchen Wahnsinns ohne Ende aber müßte den Zusammenbruch der heutigen Gesellschafts- und Staatenordnung herbeiführen. Ein im kommunistischen Chaos versinkendes Europa würde eine Krise von unabsehbarem Ausmaß und nicht abzuschätzender Dauer heraufbeschwören.

Es ist der tiefernste Wunsch der Nationalen Regierung des Deutschen Reiches, eine solche Entwicklung durch ihre aufrichtige und tätige Mitarbeit zu verhindern.

Das ist auch der innere Sinn der in Deutschland vollzogenen Umwälzung. Die drei Gesichtspunkte, die unsere Revolution beherrschen, widersprechen in keiner Weise den Interessen der übrigen Welt:

1. **Verhinderung des drohenden kommunistischen Umsturzes** und Ausbau eines die verschiedenen Interessen der Klassen und Stände einigenden Volksstaates und die Erhaltung des Eigentumsbegriffs als Grundlage unserer Kultur.
2. Lösung des schwersten sozialen Problems durch die **Zurückführung der Millionen-Armee unserer bedauernswerten Arbeitslosen in die Produktion.**
3. **Wiederherstellung einer stabilen und autoritären Staatsführung,** getragen von dem Vertrauen und Willen der Nation, die dieses große Volk endlich wieder der Welt gegenüber als vertragsfähig erscheinen läßt. (Lebhafter Beifall.)

Wenn ich in diesem Augenblick bewußt als deutscher Nationalsozialist spreche, so möchte ich namens der Nationalen Regierung und der gesamten nationalen Erhebung bekunden, daß gerade uns in diesem jungen Deutschland das tiefe Verständnis bes elt für die gleichen Gefühle und Gesinnungen, sowie für die begründeten Lebensansprüche der anderen Völker. (Beifall.) **Die Generation dieses jungen Deutschland, die in ihrem bisherigen Leben nur Not, Elend und Jammer des eigenen Volkes kennen lernte, hat zu sehr unter dem Wahnsinn gelitten, als daß sie beabsichtigen könnte, das Gleiche den anderen zuzufügen.** (Sehr richtig und Beifall.)

Unser Nationalsozialismus ist ein Prinzip, das uns aller Welt gegenüber bei jeder Entscheidung grundsätzlich allgemein verpflichtet. (Bravo-Rufe.)

Indem wir in grenzenloser Liebe und Treue an unserem eigenen Volkstum hängen, respektieren wir die nationalen Rechte auch der anderen Völker aus dieser selben Gesinnung heraus und möchten aus tie innerstem Herzen mit ihnen in Frieden und Freundscha t leben. (Lebhafter Beifall.)

Wir kennen daher auch nicht den Begriff des Germanisierens.

Die geistige Mentalität des vergangenen Jahrhunderts, aus der heraus man glaubte, vielleicht aus Polen und Franzosen Deutsche machen zu können, ist uns genau so fremd, wie wir uns leidenschaftlich gegen jeden umgekehrten Versuch wenden! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) **Wir sehen die europäischen Nationen um uns als gegebene Tatsachen. Franzosen, Polen und andere sind unsere Nachbarvölker, und wir wissen, daß kein geschichtlich denkbarer Vorgang diese Wirklichkeit ändern könnte. Es wäre ein Glück für die ganze Welt gewesen, wenn im Vertrage von Versailles diese Realitäten in bezug auf Deutschland gewürdigt worden wären.** (Erneuter stürmischer Beifall.) **Denn es müßte das Ziel eines wirklich dauerhaften Vertragswerkes sein, nicht Wunden zu reißen, oder vorhandene offen zu halten, sondern Wunden zu schließen und zu heilen.**

Eine überlegte Behandlung der europäischen Probleme hätte damals im Osten ohne weiteres eine Lösung finden können, die den verständlichen Ansprüchen Polens genau so wie den natürlichen Rechten Deutschlands entgegengekommen wäre.

Der Vertrag von Versailles hat diese Lösung nicht gefunden. Dennoch wird keine Deutsche Regierung von sich aus den Bruch einer Vereinbarung durchführen, die nicht beseitigt werden kann, ohne durch eine bessere ersetzt zu werden.

Allein, dieses Bekenntnis zum Rechtscharakter eines solchen Vertrages kann nur ein allgemeines sein. Nicht nur der Sieger hat den Anspruch auf die ihm darin gegebenen Rechte, sondern auch der Besiegte. (Beifall.) **Das Recht aber, eine Revision dieses Vertrages zu fordern, liegt im Vertrage selbst begründet.** Die Deutsche Regierung benutzt dabei als Motiv und Maß für ihr Verlangen nichts anderes, als die vorliegenden Resultate der bisherigen Erfahrungen, sowie die unbestreitbare Erkenntnis der kritischen und logischen Vernunft. Die Erfahrungen, die in den 14 Jahren gemacht worden sind, sind politisch und wirtschaftlich einseitige. Das Elend der Völker wurde nicht behoben, sondern es hat zugenommen.

Die tiefste Wurzel dieses Elends aber liegt in der Zerreißung der Welt in Sieger und Besiegte,

als die beabsichtigte ewige Grundlage aller Verträge und jeder kommenden Ordnung. Die schlimmste Auswirkung findet diese Ordnung in der

erzwungenen Wehrlosigkeit

der einen Nation gegenüber den übersteigerten Leistungen der anderen, und wenn Deutschland seit Jahren unentwegt

...ie Abrüstung aller fordert, so aus folgenden Gründen:

1. ist die Forderung nach einer tatsächlich zum Ausdruck kommenden Gleichberechtigung eine Forderung der Moral, des Rechts und der Vernunft und eine Forderung, die im Friedensvertrage selbst anerkannt worden ist und deren Erfüllung ausdrücklich verbunden wurde mit der Forderung der deutschen Abrüstung als Ausgangspunkt für die Weltabrüstung,
2. weil umgekehrt die Disqualifizierung eines großen Volkes geschichtlich nicht ewig aufrecht erhalten werden kann, sondern einmal ihr Ende finden muß. Denn wie lange glaubt man ein solches Unrecht einer großen Nation zufügen zu können? Was bedeutet der Vorteil eines Augenblicks gegenüber der dauernden Entwicklung der Jahrhunderte?

Das deutsche Volk wird bleiben, genau wie das französische, und — wie uns durch die geschichtliche Entwicklung gelehrt wurde — das polnische. Was sind Erfolge einer vorübergehenden Unterdrückung eines 65 Millionen-Volkes gegenüber der Gewalt dieser unumstößlichen Tatsache? Kein Staat kann mehr Verständnis haben für die neuentstandenen jungen europäischen National-Staaten und ihre Lebensbedürfnisse, als das Deutschland der aus dem gleichen Willen entstandenen nationalen Revolution. (Lebhafte Zustimmung.) **Es will nichts für sich, was es nicht auch bereit ist, anderen zu geben.**

Wenn Deutschland heute die Forderung nach einer tatsächlichen Gleichberechtigung im Sinne der Abrüstung der anderen Nationen erhebt, dann hat es dazu ein moralisches Recht durch seine eigene Erfüllung der Verträge. (Zustimmung.) Denn:

Deutschland hat abgerüstet, und Deutschland hat diese Abrüstung unter schärfster internationaler Kontrolle vollzogen.

Sechs Millionen Gewehre und Karabiner wurden abgeliefert oder zerstört, 130 000 Maschinengewehre, riesige Mengen Maschinengewehrläufe, 91 000 Geschütze, 38 Millionen Granaten und enorme weitere Waffen- und Munitionsbestände hat das deutsche Volk zerstören oder ausliefern müssen. Kasernen und Munitionsfabriken wurden niedergerissen. Das Rheinland wurde entmilitarisiert. Die deutschen Festungen wurden zerstört. Unsere Schiffe wurden ausgeliefert, die Flugzeuge vernichtet, unser Wehrsystem aufgegeben und die Ausbildung von Reserven dadurch verhindert. **Selbst die nötigsten Waffen der Verteidigung blieben uns versagt.**

> **Wenn heute, — so ruft der Kanzler mit erhobener Stimme aus, — versucht wird, gegenüber diesen nicht wegzuleugnenden Tatsachen mit wahrhaft armseligen Ausreden und Ausflüchten aufzutreten** (stürmisches Händeklatschen) **und zu behaupten, Deutschland hätte die Verträge nicht erfüllt oder hätte gar aufgerüstet, dann muß ich hier von dieser Stelle aus einen solchen Versuch als ebenso unwahr wie unfair zurückweisen.** (Erneute Zustimmung.)

Ebenso unrichtig sind die Behauptungen, daß Deutschland etwa personell den Verpflichtungen des Vertrages nicht nachgekommen wäre. Die Angaben, daß die **SA und SS** der Nationalsozialistischen Partei in irgend einer Beziehung zur Reichswehr in dem Sinne stünden, daß es sich hier um militärisch ausgebildete Bestände oder Reserven der Armee handeln würde, ist unwahr! (Beifall.)

Die unverantwortliche Leichtfertigkeit, mit der solche Behauptungen erhoben werden, mag man nur aus einem Beispiel ersehen: Im vergangenen Jahre fand in Brünn der Prozeß gegen Angehörige der Nationalsozialistischen Partei in der Tschechoslowakei statt. Durch vereidete Sachverständige der tschecho-slowakischen Armee wurde damals die Behauptung aufgestellt, die Angeklagten ständen in Beziehung zur Nationalsozialistischen Partei Deutschlands, befänden sich in Abhängigkeit von ihr und seien als Mitglieder eines Volkssportvereines damit gleichzusetzen den Mitgliedern der SA und SS in Deutschland, die eine von der Reichswehr ausgebildete und organisierte Reservearmee darstelle. (Hört, hört!) In derselben Zeit besaß aber die SA und die SS genau so wie die Nationalsozialistische Partei überhaupt nicht nur keine Beziehung zur Reichswehr, sondern wurde im Gegenteil als „sogenannte staatsfeindliche Organisation" verfolgt, verboten und endlich aufgelöst. (Hört, hört!) Ja, darüber hinaus, Mitglieder der Nationalsozialistischen Partei, Angehörige der SA und SS waren nicht nur von allen staatlichen Amtsstellen ausgeschlossen, sondern durften nicht einmal als Arbeiter in Heeresbetrieben aufgenommen werden. (Pfui-Rufe und sehr wahr!) Die Nationalsozialisten in der Tschechoslowakei aber wurden auf Grund dieser falschen Darstellung zu langjährigen Zuchthausstrafen verurteilt! (Erneute Pfui-Rufe.)

Tatsächlich ist die SA und SS der Nationalsozialistischen Partei ohne jede Beihilfe, ohne jede finanzielle Unterstützung des Staates, des Reiches oder gar der Reichswehr, **ohne jede militärische Ausbildung und ohne jede militärische Ausrüstung entstanden,** aus rein parteipolitischen Bedürfnissen und nach parteipolitischen Erwägungen. Der Zweck war und ist ausschließlich die Beseitigung der kommunistischen Gefahr. Und ihre Ausbildung, ohne jede Anlehnung an das Heer, ist nur berechnet für Zwecke der Propaganda und der Aufklärung, der psychologischen Massenwirkung und Niederbrechung des kommunistischen Terrors. Sie ist ebenso eine Institution der Anerziehung eines wahren Gemeinschaftsgeistes zur Überwindung früherer Klassengegensätze und zur Aufhebung der wirtschaftlichen Not. Der Stahlhelm ist entstanden aus der Erinnerung an die große Zeit des gemeinsamen Fronterlebnisses zur Pflege der Tradition, zur Erhaltung der Kameradschaft und endlich ebenfalls zum Schutze des deutschen Volkes gegen die uns seit dem November 1918 bedrohende kommunistische Revolution. Eine Gefahr allerdings, die die Länder nicht ermessen können, die nicht so wie wir Millionen organisierter Kommunisten besessen haben und nicht wie wir in Deutschland unter ihrem Terror litten. Denn der Zweck dieser nationalen Organisationen wird am besten gekennzeichnet durch die tatsächliche Art ihres Kampfes und durch ihre Opfer. Allein die SA und SS hatten zufolge kommunistischer Mordüberfälle und Terrorakte in wenigen Jahren über 350 Tote und gegen 40 000 Verletzte zu beklagen.

> **Wenn heute in Genf versucht wird, diese ausschließlich innenpolitischen Zwecken dienenden Organisationen auf die Wehrstärke anzurechnen, dann könnte man genau so gut die Feuerwehren, die Turnvereine, die Wach- und Schließgesellschaften u. a. als Wehrmacht anrechnen. (Starker Beifall.) Wenn man aber weiter im gleichen Augenblick die ausgebildeten Jahrgänge der übrigen Armeen der Welt im Gegensatz zu diesen militärisch vollkommen unausgebildeten Menschen nicht in Anrechnung bringt, wenn man die bewaffneten Reserven der anderen bewußt übersieht, aber die unbewaffneten Angehörigen politischer Verbände bei uns zu zählen beginnt, dann liegt hier ein Verfahren vor, gegen das ich den schärfsten Protest einlegen muß. (Stürmischer Beifall.) Wenn die Welt das Vertrauen in Recht und Gerechtigkeit zerstören will, dann sind dies dazu geeignete Methoden. (Erneute Zustimmung.)**

Denn folgendes habe ich namens des deutschen Volkes und der Deutschen Regierung zu erklären:

Deutschland hat abgerüstet!

Es hat alle ihm im Friedensvertrag auferlegten Verpflichtungen weit über die Grenzen jeder Billigkeit, ja jeder Vernunft hinaus erfüllt. Seine Armee beträgt 100 000 Mann. Die Stärke und die Art der Polizei sind international geregelt. Die in den Tagen der Revolution aufgestellte Hilfspolizei hat ausschließlich politischen Charakter. Sie mußte in den kritischen Tagen des Umsturzes den von dem neuen Regime zunächst als politisch unsicher vermuteten Teil der anderen Polizei ersetzen. Nach der siegreichen Durchführung der Revolution ist sie bereits im Abbau begriffen und wird noch vor Ausgang des Jahres vollständig aufgelöst sein.

Deutschland hat damit einen vollständig berechtigten moralischen Anspruch darauf, daß die anderen Mächte ihrerseits ihre Verpflichtungen, die sich aus dem Vertrag von Versailles ergeben, erfüllen. Die Deutschland im Dezember zugestandene Gleichberechtigung ist bisher nicht verwirklicht worden. Wenn von seiten Frankreichs immer wieder die These aufgestellt wird, daß neben der Gleichberechtigung Deutschlands die Sicherheit Frankreichs stehen müsse, so darf ich demgegenüber zwei Fragen erheben:

1. **Deutschland hat bisher alle Sicherheitsverpflichtungen übernommen,** die sich aus der Unterzeichnung des Vertrages von Versailles, des Eintritts in den Völkerbund, des Kellogg-Paktes, der Schiedsgerichtsverträge, des Kriegsverhütungspakts und der no force-Erklärung ergeben. Welches sind die konkreten Sicherungen, die außer den internationalen Erklärungen von Deutschland noch übernommen werden können? (Sehr richtig.)
2. **Welche Sicherungen hat demgegenüber Deutschland?** Nach den Angaben beim Völkerbund besitzt Frankreich allein an in Dienst befindlichen Flugzeugen 3046. (Hört, Hört!) Belgien 350, Polen 700, die Tschechoslowakei 670. (Erneutes Hört, Hört!) Dazu kommen unermeßliche Mengen an Reserveflugzeugen, Tausende von Kampfwagen, Tausende von schweren Geschützen, sowie alle technischen Mittel zur Führung des Kriegs mit giftigen Gasen. (Erneutes Hört, Hört!)

Hat nicht Deutschland mehr Berechtigung **demgegenüber, in seiner Wehr- und Waffenlosigkeit Sicherheit zu verlangen, als die durch Koalition untereinander verbundenen Rüstungsstaaten? (Stürmischer Beifall.) Dennoch ist Deutschland jederzeit bereit, weitere Sicherheitsverpflichtungen internationaler Art auf sich zu nehmen, wenn alle Nationen ihrerseits dazu bereit sind und dies Deutschland zugute kommt. Deutschland wäre auch ohne weiteres bereit, seine gesamte militärische Einrichtung aufzulösen und den kleinen Rest der ihm verbliebenen Waffen zu zerstören, wenn die anderen Nationen ebenso restlos das gleiche tun. (Beifall.) Wenn aber diese anderen Staaten nicht gewillt sind, die im Friedensvertrag von Versailles auch sie verpflichtenden Bestimmungen durchzuführen, dann muß Deutschland mindestens auf der Forderung seiner Gleichberechtigung bestehen. (Lebhafter Beifall.)**

Die Deutsche Regierung sieht in dem englischen Plan eine mögliche Grundlage für die Lösung dieser Frage.

Sie muß aber verlangen, daß ihr nicht die Zerstörung einer vorhandenen Wehreinrichtung aufgezwungen wird, ohne die Zubilligung einer zum mindesten qualitativen Gleichberechtigung. Sie muß weiter fordern, daß eine Umwandlung der heute von Deutschland nicht gewollten, sondern uns erst vom Auslande auferlegten Wehreinrichtungen Zug um Zug erfolgt im Maße der tatsächlichen Abrüstung der anderen Staaten. Dabei erklärt sich Deutschland im wesentlichen damit einverstanden,

eine Übergangsperiode von fünf Jahren für die Herstellung seiner nationalen Sicherheit anzunehmen,

in der Erwartung, daß nach dieser Zeit die wirkliche Gleichberechtigung Deutschlands mit den anderen Staaten erfolgt. **Deutschland ist ferner ohne weiteres bereit, auf die Zuteilung von Angriffswaffen dann überhaupt Verzicht zu leisten, wenn innerhalb eines bestimmten Zeitraumes die gerüsteten Nationen ihrerseits ihre Angriffswaffen vernichten und durch eine internationale Konvention ihre Anwendung verboten wird.**

Deutschland hat nur den einen einzigen Wunsch, seine Unabhängigkeit zu wahren und seine Grenzen schützen zu können.

Nach dem Ausspruch des französischen Kriegsministers vom Februar 1932 kann ein großer Teil der **farbigen französischen Streitkräfte** sofort auf dem französischen Festland verwendet werden. Er rechnet sie deshalb auch ausdrücklich zu den Heimattruppen. Es entspricht deswegen nur der Gerechtigkeit, diese Streitkräfte auch bei der Abrüstungs-Konferenz als Bestandteil des französischen Heeres zu berücksichtigen. Während man dies ablehnt, will man bei der deutschen Heeresstärke Verbände und Organisationen berücksichtigen, die nur volkserzieherischen und sportlichen Zwecken dienen und **überhaupt keine militärische Ausbildung genießen und keine militärische Ausrüstung besitzen.** In den anderen Ländern sollen diese Verbände aber überhaupt für den Heeresstand nicht in Frage kommen. Das ist natürlich ein ganz unmögliches Verfahren. Deutschland würde sich auch jederzeit bereit erklären, im Falle der Schaffung einer allgemeinen internationalen Kontrolle der Rüstungen bei gleicher Bereitwilligkeit der anderen Staaten, die betreffenden Verbände, unbekümmert um ihren vollständig unmilitärischen Charakter, einer Kontrolle zu unterwerfen, um damit diesen unmilitärischen Charakter eindeutig vor der Welt zu beweisen. (Beifall.) Dabei wird die Deutsche Regierung kein Waffenverbot als zu schwer ablehnen, wenn es in gleicher Weise auch auf die anderen Staaten Anwendung findet.

Alle diese Forderungen beinhalten nicht eine Aufrüstung, sondern ein Verlangen nach Abrüstung der anderen Staaten.

Ich begrüße dabei noch einmal namens der Deutschen Regierung den weitausschauenden und richtigen Plan des italienischen Staatschefs, die vier europäischen Großmächte: England, Frankreich, Italien und Deutschland einander zu nähern. Der Auffassung Mussolinis, daß durch einen solchen Pakt der vier großen europäischen Mächte die Brücke zu einer dauernden Verständigung geschlagen werden könnte, stimmt die Deutsche Regierung aus innerster Überzeugung zu. Sie will das äußerste Entgegenkommen zeigen, wenn auch die anderen Nationen zu einer Überwindung etwa entstehender Schwierigkeiten geneigt sind.

Der Vorschlag des amerikanischen Präsidenten Roosevelt, von dem ich heute Nacht Kenntnis erhielt, verpflichtet mich zu aufrichtigstem Dank und läßt mich namens der Deutschen Regierung erklären, daß auch sie der Auffassung ist, daß ohne die Lösung der Abrüstungsfrage auf die Dauer kein wirtschaftlicher Wiederaufbau denkbar ist. (Beifall.) Sie ist bereit, sich an diesem Werk der Inordnungbringung der Verhältnisse der Welt uneigennützig zu beteiligen. Sie ist, wie ich schon eingangs betonte, ebenso überzeugt, daß es heute nur eine große Aufgabe geben kann, den Frieden der Welt zu sichern. Allein ich fühle mich doch verpflichtet, festzustellen, daß der Grund für die heutigen Rüstungen Frankreichs oder Polens unter keinen Umständen die Furcht dieser Nationen vor einer deutschen Invasion sein kann. Denn diese Furcht hätte ihre Berechtigung ja nur im Vorhandensein jener modernen Angriffswaffen. Gerade diese modernen Angriffswaffen besitzt aber Deutschland überhaupt nicht. Es hat weder Artillerie, noch Tanks, noch Bombenflugzeuge. Die einzige Nation, die mit Recht eine Invasion fürchten könnte, ist daher die deutsche. (Lebhafter Beifall.) Ihr aber hat man nicht nur die Angriffswaffen versagt, sondern sogar das Recht auf Verteidigungswaffen beschnitten, ja selbst die Anlage von Grenzbefestigungen untersagt.

Deutschland ist jederzeit bereit, auf Angriffswaffen zu verzichten, wenn die anderen Mächte ein Gleiches tun. Deutschland ist bereit, jedem feierlichen Nichtangriffspakt beizutreten; denn Deutschland denkt nicht an einen Angriff, sondern lediglich an seine Sicherheit.

Deutschland würde die Verwirklichung der in dem großherzigen Vorschlage des Präsidenten Roosevelt angedeuteten Möglichkeit begrüßen, die mächtigen Vereinigten Staaten als Friedensgaranten in die europäische Verständigung einzubeziehen. Dieser Vorschlag bedingt eine große **Bereitwilligkeit aller, die an der** Erhaltung des europäischen Friedens mitarbeiten wollen. (Beifall.) Wir aber haben keinen sehnlicheren Wunsch, als dazu beizutragen, daß die Wunden des Krieges und des Versailler Vertrages endgültig geheilt werden. Und Deutschland will keinen anderen Weg dabei gehen, als den, der durch die Verträge selbst als berechtigt anerkannt wird. Die Deutsche Regierung wünscht, auch über alle schwebenden Fragen mit den übrigen Nationen sich friedlich auseinanderzusetzen. Sie weiß, daß jeder militärische Akt im Endergebnis auch bei vollständigem Gelingen, gemessen an den Opfern, in keinem Verhältnis stehen würde zum endgültigen Gewinn.

Die Deutsche Regierung und das Deutsche Volk werden sich aber unter keinen Umständen zu irgend einer Unterschrift nötigen lassen, die eine Verewigung der Disqualifizierung Deutschlands bedeuten würde (Stürmischer Beifall).

Der Versuch, dabei durch Drohungen auf Regierung und Volk einzuwirken, wird keinen Eindruck zu machen vermögen. Deutschland wird seine friedlichen Forderungen niemals aufgeben.

> **Es ist denkbar, daß man Deutschland wider alles Recht und alle Moral mißachtet und unterdrückt; aber es ist undenkbar und ausgeschlossen, daß ein solcher Akt durch eine Unterschrift des deutschen Volkes Rechtsgültigkeit erhalten könnte.**

Die politischen und wirtschaftlichen Folgen, das Chaos, das ein solcher Versuch in Europa herbeiführen müßte, fielen zur Verantwortung derer, die gegen ein Volk, das der Welt nichts zuleide tut, mit solchen Mitteln kämpften. Jeder Versuch einer Vergewaltigung Deutschlands auf dem Wege einer einfachen Majorisierung gegen den klaren Sinn der Verträge könnte nur durch die Absicht diktiert sein, uns von den Konferenzen zu entfernen.

> **Das deutsche Volk besitzt aber heute Charakter genug, in einem solchen Falle seine Mitarbeit den anderen Nationen nicht aufoktroyieren zu wollen, sondern, wenn auch schweren Herzens, die dann einzig möglichen Konsequenzen zu ziehen. (Stürmischer Beifall.) Als dauernd diffamiertes Volk würde es uns auch schwer fallen, noch weiterhin dem Völkerbunde anzugehören. (Stärkster Beifall.)**

Die Deutsche Regierung und das deutsche Volk sehen die Krise der heutigen Zeit. Jahrelang ist von Deutschland aus vor den Methoden gewarnt worden, die zu diesen politischen und wirtschaftlichen Ergebnissen führen mußten. Wenn auf den bisherigen Wegen und mit den bisherigen Mitteln weiter fortgefahren wird, kann das Ende nicht zweifelhaft sein. **Nach scheinbaren politischen Erfolgen einzelner Nationen werden auch sie in der wirtschaftlichen Katastrophe versinken.**

Wenn uns von der übrigen Welt vorgehalten wird, daß man dem früheren Deutschland gewisse Sympathien entgegengebracht hätte, so haben wir die Folgen dieser „Sympathien" in Deutschland und für Deutschland jedenfalls **kennen gelernt.** (Sehr gut!)

Seit dem Friedensvertrage von Versailles hat das deutsche Volk ein politisches und wirtschaftliches Elend erfaßt, von dessen Größe sich die andere Welt keine Vorstellung machen kann:

Millionen zerstörter Existenzen, ganze Berufsstände ruiniert und eine ungeheure Armee von Arbeitslosen — ein trostloser Jammer, dessen ganzen Umfang und dessen ganze Tiefe ich am heutigen Tage der übrigen Welt nur durch eine einzige Zahl zum Verständnis bringen möchte:

Seit dem Tage der Unterzeichnung dieses Vertrages, der als Friedenswerk der Grundstein für eine neue und bessere Zeit für alle Völker sein sollte, haben sich in unserem deutschen Volke — fast nur aus Not und Elend — 224 900 Menschen mit freiem Willen das Leben genommen. Männer und Frauen, Greise und Kinder!

Diese unbestechlichen Zeugen sind Ankläger gegen den Geist und die Erfüllung eines Vertrages, von dessen Wirksamkeit sich einst nicht nur die andere Welt, sondern auch Millionen Menschen in Deutschland Heil und Segen versprochen haben. **Mögen die anderen Nationen aber auch den Willen Deutschlands verstehen, eine Periode der menschlichen Irrungen abzuschließen, um den Weg zu finden zu einer wirklichen Verständigung aller auf dem Boden der gleichen Rechte.** (Stürmischer Beifall.)

*

Das deutsche Volk einig hinter seiner Regierung!

Nachdem der Kanzler geendet hatte, erhoben sich die Mitglieder der nationalsozialistischen Fraktion von ihren Plätzen und brachten fortgesetzt Heil-Rufe auf den Kanzler aus.

Darauf wird folgender Antrag, der von den Fraktionen der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen Volkspartei, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei eingebracht wurde, vom Präsidenten Göring zur Abstimmung gebracht und dann einstimmig angenommen:

„Der Deutsche Reichstag, als die Vertretung des deutschen Volkes, billigt die Erklärung der Reichsregierung und stellt sich in dieser für das Leben der Nation entscheidenden Schicksalsfrage der Gleichberechtigung des deutschen Volkes geschlossen hinter die Reichsregierung.“ (Stürmischer Beifall.)

Auch die Sozialdemokraten stimmten für den Antrag.

Die nationalsozialistische Fraktion stimmte dann das Deutschlandlied an, das von allen Fraktionen und von allen in dem Saal Anwesenden begeistert mitgesungen wurde. Im Anschluß daran erklärte Reichstagspräsident Göring, er habe dem, was soeben im Reichstag vor sich gegangen sei, nichts mehr hinzuzusetzen. „Die Welt“, so rief der Reichstagspräsident aus, **„hat gesehen, daß das deutsche Volk einig ist, wenn es sein Schicksal gilt!“**

Darauf erklärt Reichstagspräsident Göring die Reichstagssitzung für beendet.

Die Nationalsozialisten sangen dann noch das Horst Wessel-Lied, ehe sie den Sitzungssaal verließen.

*

Der Eindruck der Kanzler-Rede im Ausland.

Berlin, 18. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Überall im Ausland hat die Hitler-Rede die stärkste Sensation erregt. Präsident Roosevelt hat sie mit Lautsprecher angehört und sich befriedigend über die maßvollen Ausführungen und die konkreten Vorschläge geäußert. Auch in Genf hat die Rede stärksten Widerhall gefunden. Es wird besonders hervorgehoben, daß Frankreich nunmehr vor der Entscheidung stehe. Auch in England, ja selbst in Polen hat die Kanzler-Rede den stärksten Eindruck gemacht und eine positivere Einstellung zu den außenpolitischen Zielen Deutschlands ausgelöst.

„Ein Doppelmord in Washington.“

Über einen „politischen Doppelmord“ stellt Jacques Bainville in der **„Action Francaise“** folgende nicht uninteressante Betrachtung an:

Die Präsidentschaft Franklin Roosevelts hat mit Hymnen und Lobgesängen begonnen. „Wenn ich es wage, zu prophezeien“ . . ., sagte Joseph De Maistre. Ich wage es, und ich kündige an, daß dieses Regime mit Flüchen enden wird.

Franklin Roosevelt hat dem öffentlichen Vertrauen den letzten Schlag versetzt.

Gegen seinen Willen vielleicht. Das ist noch schlimmer. Es ist noch schlimmer, wenn einer gegen seinen Willen etwas tut. Wenn der Präsident den Dollar erdolcht hat, weil er dem Drängen seiner Wähler nicht widerstehen konnte, welch schreckliche Schwachheit und welch schreckliches Beispiel! Es wird in der ganzen Welt ein Plebiszit für die Inflation sein. Die Welt wird es nicht vergessen. Wie will man es anstellen, daß künftighin auch der naivste Sparer dem Glauben schenkt, was auf einem öffentlichen Wertpapier geschrieben steht? Wie kann man es erreichen, daß irgend jemand eine Anleihe zeichnet?

Das ist es, was so schwerwiegend ist: der Kredit ist tot.

Der schlechte Zahler hat ihn getötet. Wunderbar! Roosevelt und Macdonald haben sich in Washington verständigt, auf der Londoner Konferenz ein Programm vorzulegen, das die Welt durch Kredit heilen sollte. Man lädt 50 Staaten ein, um dies zu proklamieren. Man müßte noch Leute dazu einladen, die an das Rezept glauben. Aber sie würden nicht kommen. Denn von dem halben Hundert Staaten gibt es nur zwei, die ihre Verpflichtungen voll innehalten, nämlich Holland und die Schweiz. Und was wenigstens das erstere und seinen Gulden anlangt, so ist noch Grund zum Zweifel vorhanden, obgleich das Land mutig kämpft.

Der Dollar war schon im Spital. Jetzt ist der Kredit in der Morgue (Die „Morgue“ ist das Leichenschauhaus von Paris. D. R.); **er wurde am hellichten Tage und auf offener Straße ermordet.**

Was hat Amerika Schlimmeres getan, als die anderen Staaten mit ihrer falliten Währung? Es hat seine Währung fallen lassen, ohne sie zu verteidigen. **Und das ist noch nicht alles. Nachdem es sich verpflichtet hatte, in Gold zu zahlen, zieht es sein Versprechen zurück.** Und auch das ist noch nicht alles. Es sucht dies in ketzerischer und abscheulicher Weise zu entschuldigen:

„Es gibt in den Vereinigten Staaten, so sagt die Botschaft des Präsidenten, 30 Milliarden Dollar Staatsanleihe und 70 Milliarden Privatobligationen, die in Gold einzulösen sind, während nur 4 Milliarden des gelben Metalls in der föderierten Republik vorhanden sind. Die ganze Welt besitzt davon nur 11 Milliarden. Es könnte also nur ein Zwanzigstel der Gläubiger in gutem Gelde bezahlt werden.“

Das ist, so fährt der Verfasser des Artikels in der „Action Française“ fort, die Negation des Kredits, der Amortisation und der Zirkulation der Reichtümer. Unter diesen Umständen wird niemand mehr irgend jemandem etwas borgen; denn die Argumentation, die Franklin Roosevelt dem Goldgeld widmet, ist auch anwendbar auf das Papiergeld. Die Schuld Frankreichs beträgt in Renten etwa 300 Milliarden, und was die Privatobligationen anlangt, so werden sie annähernd in demselben Verhältnis zu den Renten stehen, wie die Privatschulden in den Vereinigten Staaten zu den Staatsschulden. Wir kommen auf diese Weise zu 1000 Milliarden. Indessen gibt es bei uns nur ungefähr 80 Milliarden Banknoten, die zu 78 Prozent in Gold garantiert sind. Die Rückzahlung wäre nach der Theorie Roosevelts unmöglich. Frankreich befände sich also im Konkurs und man müßte den Franken bis auf den Wert von zwei Centimes herabsetzen, um jeden Renten-Inhaber oder jeden Inhaber einer Obligation in richtiger Proportion zu bezahlen.

Niemals ist eine gefährlichere und eine das Vertrauen mehr zerstörende Meinung verbreitet worden. Glücklicherweise ist sie falsch.

Aber wenn man den Wert der Liquidität eines Landes in **Ziffern darstellt, so verneint man die Beweglichkeit** und die Schaffung von Reichtümern, und das Leihen von Geld wird vollständig sinnlos. Die Amerikanische Regierung hat, wenn man sich nach der Theorie Roosevelts richtet, eine vollständige Absurdität begangen, wenn sie ihre europäischen Schuldner veranlaßte, eine Anerkenntnis ihrer Schulden zu unterzeichnen, die sich auf etwa 20 Milliarden Gold-Dollar belaufen, d. h. mehr als es in ganz Europa und auf dem ganzen Erdenrund Gold gibt.

Der Monat Mai 1933 wird — so schließt der Verfasser — wahrscheinlich eine neue Aera in der Geschichte der Welt bedeuten. Von heute an werden die Chronisten des neuen Mittelalters sagen: man sperrte die Unglücklichen ein, die den Aufschriften auf gewissen Wertpapieren einen Sinn beilegten.“ —

Polen wehrt sich gegen jüdische Aerzte aus Deutschland.

Die Oberste Ärztekammer in Warschau hat sich an die Senate der Hochschulen in Polen mit der Bitte gewandt, **in den nächsten Jahren keine Diplome ausländischer Ärzte zu nostrifizieren.** Die Oberste Ärztekammer hat ihren Antrag auf Grund einer Bitte der Oberschlesischen Ärztekammer gestellt, die darauf hinwies, **daß die auf deutschen Universitäten studierenden Juden, die polnische Staatsbürger sind, letzthin in großer Zahl nach Polen gekommen sind und hier den Versuch machen, ihre ausländischen Diplome zu nostrifizieren.**

Der Ansturm der jüdischen Ärzte in Polen erschwere nur die materielle Lage des polnischen Ärztestandes, der sich augenblicklich in keiner günstigen Lage befindet. Die Hochschulen in Polen erteilen jährlich 250 bis 500 Ärztediplome (die Nostrifikationen mitinbegriffen). Die Nostrifikationen beliefen sich stets auf mehr als zehn Prozent. Wenn dieses Verhältnis durch den Ansturm der jüdischen Ärzte aus dem Auslande noch verschoben werde, dann sei eine Katastrophe des Ärztestandes in Polen unabwendbar. Die Initiative der Obersten Ärztekammer, die Nostrifikationen der ausländischen Diplome aufzuhalten, müßte — so heißt es in der Begründung — volles Verständnis im polnischen Volke finden.

Es ist klar, daß sich gegen die Initiative des Ärzte-Verbandes die jüdische Presse in Polen mit einem energischen Protest wendet. Sie sieht darin einen **schlechten Dank für die guten Dienste, die sie der polnischen Propaganda gegen Deutschland in den letzten Wochen geleistet hat und noch leistet.** Das führende Organ des Judentums in Polen, der „Nasz Przegląd“, ist der Ansicht, daß „die akademischen Senate einen Beschluß über Nichtannahme von Nostrifikationen lediglich im Einvernehmen mit dem Kultusminister fassen können“. Das Blatt schließt mit den Worten: „Und das ist von besonderer Wichtigkeit.“

Antisemitische Ausschreitungen in Casablanca.

Casablanca, 16. Mai. (PAT) In den letzten Tagen sind in Rabat in Marokko ernste judenfeindliche Ausschreitungen ausgebrochen. Bei den häufigen Zusammenstößen zwischen Arabern und Juden gab es Verletzte. Eine große Menschenmenge drang aus dem arabischen Viertel in das jüdische Stadtviertel ein und plünderte viele Geschäfte. Die Schlägereien setzten sich schließlich auch im europäischen Viertel fort, wo einzelne Läden und ein Café, in das sich die Juden geflüchtet hatten, zerstört wurden. Bei diesen Schlägereien gab es zahlreiche Schwer- und Leichtverletzte. Auch ein Polizist wurde schwer verletzt. Polizeiverstärkungen und Militär konnten in gemeinsamem Vorgehen die Lage beherrschen. Die vollständige Ruhe ist noch nicht wieder hergestellt. Militär und Gendarmerie sind immer noch in Alarmbereitschaft. Es sind 90 Personen verhaftet worden.

*

Ostjüdischer Protest in Kowno.

Riga, 17. Mai. (PAT) Wie aus Kowno berichtet wird, haben die Juden von Kowno zum Zeichen des Protestes gegen die am 10. Mai in Deutschland vollzogene Bücherverbrennung eine große Versammlung veranstaltet, in welcher eine Resolution gefaßt wurde, wonach der 10. Mai als „Tag der Schande des deutschen **Volkes“ angesehen wird.**

Die litauische Presse berichtet ferner, daß in den deutschen Gymnasien Litauens eine Abwanderung der jüdischen Schüler beobachtet wird. In jüdischen Kreisen sei ein Projekt entstanden, in Kowno ein Gymnasium mit englischer oder französischer Unterrichtssprache zu gründen. Die Zahl der jüdischen Schüler in den deutschen Gymnasien in Litauen ist angeblich sehr groß.

*

Hitlers Gegner vor Gericht.

Den „Hamburger Nachr.“ entnehmen wir folgenden Londoner Bericht:

Die hitlerfeindliche Propaganda englischer linksradikaler Kreise nimmt immer pöbelhaftere und unwürdigere Formen an und beginnt allen anständigen Leuten in England auf die Nerven zu fallen. Man beginnt auch in den intellektuellen Kreisen, die bisher den Sozialisten und Kommunisten freundlich gegenüberstanden, mit Schrecken einzusehen, für welche Art Freiheit diese Leute eintreten. Im Polizeigericht, vor dem die drei Männer abgeurteilt werden sollten, die soeben in dem berühmten Wachsfigurenkabinett der Madame Tussaud die Figur Hitlers mit roter Farbe beschmiert und ihr ein Schild mit der Aufschrift „Massenmörder“ umgehängt hatten, kam es zu unerhörten Skandalszenen. Die drei riefen zunächst einzeln, dann im Chor: „Nieder mit Hitler! Nieder mit dem Faszismus!“ Die Frau eines der Angeklagten, die im Zuhörerraum saß, stimmte mit ein. Da weder die Angeklagten noch die Frau der Anweisung des Richters zu schweigen nachkamen, schritt die Polizei ein. Die Angeklagten leisteten tätlichen Widerstand; es kam zum Handgemenge im Gerichtssaal. Zeitweise wälzten sich ein halbes Dutzend Menschen am Boden. Der Richter vertagte die Verhandlung auf sieben Tage und ließ die Angeklagten einstweilen für die Zeit in Haft nehmen.

Der südamerikanische Krieg vor dem Völkerbundrat.

Genf, 16. Mai. (PAT) Gestern begann die 72. außerordentliche Sitzung des Völkerbundrats, die zu einer Stellungnahme zu dem bolivianisch-paraguayanischen Konflikt einberufen wurde. Die gestrige Sitzung des Rates beschränkte sich auf das Verhör beider Parteien. Der Vertreter Paraguays gab die Erklärung ab, daß seine Regierung mit der Kriegserklärung an Bolivien nur den Kriegszustand, der in Wirklichkeit seit langer Zeit besteht, offen vor aller Welt klargelegt habe. Auf Grund der bolivianischen Überfälle sei die Regierung von Paraguay nach wie vor bereit, ein Schiedsgericht anzuerkennen. Paraguay sei gezwungen gewesen, mit der Friedenstaktik Schluß zu machen, da Bolivien durch diesen Umstand die Transportmittel der benachbarten Länder habe ausnutzen können. Der Vertreter Boliviens erklärte hingegen, daß Paraguay den Völkerbundpakt verletzt habe. Die Kriegserklärung an Bolivien sei nur ein Manöver, um Bolivien, das keinen freien Zugang zum Meere habe, den Weg über die Nachbarländer zu sperren.

Ein Dreier-Komitee soll dem Völkerbundrate einen Vorschlag machen, durch welchen ein Verbot der Waffenausfuhr ausgesprochen werden könnte. Es soll ferner eine Studien-Kommission nach Bolivien und Paraguay entsandt werden. —

Inzwischen geht der Krieg weiter.

*

Konferenz der Kleinen Entente.

Genf, 16. Mai. (PAT) Die Außenminister der Kleinen Entente hatten gestern eine dreistündige Konferenz. Es wurden die hauptsächlichsten politischen Probleme in bezug auf die Abrüstung und auf die daraus entstandene Lage erörtert. Die Außenminister beschäftigten sich dann mit der Tagesordnung der Ratssitzung der Kleinen Entente, die am 30. Mai in Prag beginnen soll. Schließlich wurde die Haltung erörtert, die die Kleine Entente bei der Weltwirtschafts-Konferenz in London einzunehmen gedenkt. Für die nächsten Tage sind weitere Beratungen der Außenminister der Kleinen Entente vorgesehen.

Chinesischer Protest in Moskau wegen des Verkaufs der ostchinesischen Eisenbahn.

Wie aus Moskau berichtet wird, hat der dortige chinesische Botschafter Yen erneut beim Außenkommissar Litwinow und bei dessen Stellvertreter Karachan vorgesprochen. Dabei wurde eine **Protestnote der Nanking-Regierung** überreicht, in welcher sich die Chinesische Regierung scharf **gegen den Verkauf der ostchinesischen Eisenbahn** ohne Berücksichtigung der chinesischen Interessen wendet. Die Note hebt erneut hervor, daß die im Vertrag von 1924 festgelegten chinesischen Rechtsansprüche keiner Beschränkung unterliegen, obwohl China durch höhere Gewalt an der Ausübung seiner Rechte auf mandschurischem Gebiete gehindert werde.

Der Versuch, die ostchinesische Eisenbahn an die Mandschurei zu verkaufen, **sehe die Chinesische Regierung als eine moralische Unterstützung des Angreifers an, die den Bestimmungen des Kellogg-Paktes und dem Beschlusse des Völkerbundes über die Nichtanerkennung des neuen Regimes in der Mandschurei widerspreche.**

*

Nichtangriffs-Pakt zwischen China und Sowjet-Rußland?

Moskau, 17. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Aus Schanghai wird berichtet, daß der Außenminister der Nanking-Regierung am 11. d. M. dem sowjetrussischen Botschafter den Vorschlag gemacht habe, in Verhandlungen über einen **Nichtangriffs-Pakt zwischen Sowjetrußland und China** einzutreten. Hierzu wird gleichzeitig berichtet, daß der Nichtangriffs-Pakt elf Artikel umfassen soll. Es sei darin auch der Abschluß eines Schiedsgerichtsverfahrens vorgesehen. Neben den Artikeln, die in jedem Nichtangriffs-Pakt zu finden sind, hat die Regierung in Nanking einen Artikel aufgestellt, der diesem Pakt einen besonderen Charakter verleiht. Dieser Artikel steht im Zusammenhang mit den letzten Vorgängen im Fernen Osten und besagt, daß jede aus dem Angriff eines dritten Staates entstandene Lage de jure und de facto **nicht anerkannt werden dürfe.**

Wirtschaftliche Rundschau.

Rückgang der Produktion.

Kein Grund zum Optimismus. — Die erste aufsteigende Linie.

Wenn am 28. Mai dieses Jahres in Warschau die Wirtschaftskonferenz, der kleine Vorbote der am 12. Juni in London stattfindenden Weltwirtschaftskonferenz, abgehalten werden wird, dann findet sie in dem letzten, jetzt vorliegenden Berichte des polnischen Instituts für Konjunkturforschung so wichtige Richtlinien für ihr Programm vor, daß man, ohne den Ergebnissen vorgreifen zu wollen, heute schon voraussehen kann, welches Endergebnis in Warschau eintreten wird. Der Inhalt der angekündigten 17 Referate dürfte angesichts der realen Grundlage des vorliegenden Berichtes wohl eher als leer und für die breite Öffentlichkeit bestimmt angesehen werden. Bei einer schärferen Einstellung könnte man wohl sagen, daß die 700 Vertreter der Regierungspartei auf der Wirtschaftskonferenz dem polnischen Delegierten in London nicht ein so gutes Bild von der tatsächlichen Wirtschaftslage Polens und seinen Bedürfnissen werden geben können, wie der vorliegende Bericht des Institutes für Konjunkturforschung. Es kommt der wirklichen Lage sehr nahe, wenn es auch seit den denkwürdigen Zeiten Prof. Lipińskis optimistischer gezeichnet worden ist, als dies früher in diesem Institut üblich war.

Wir entnehmen dem Bericht über das erste Vierteljahr 1933 folgende Einzelheiten:

Die Investitionstätigkeit, d. h. die Tätigkeit, die allein zur Konjunkturbesserung führen kann, hat noch nicht begonnen. Die Investitionsausmaße sind auf ein Fünftel des Standes vom Jahre 1928 gesunken und haben demnach einen so tiefen Stand erreicht, daß sie davon Zeugnis ablegen, daß selbst die normalen Neuinvestierungen, d. h. die Ergänzung der verbrauchten Produktionseinrichtungen, nur ganz gering erfolgen. Lediglich im März hat nach der starken Depression der Wintersaison eine leichte, erholende Tendenz im Bereich der Investitionsgüter-Produktion eingesetzt. Der Inlandsabsatz für Eisen, des wichtigsten Rohstoffes für Investierungen, hat zugenommen. Im März dieses Jahres war trotzdem der Absatz wesentlich kleiner, als im März vorigen Jahres. Das Anwachsen der Eisenproduktion ist hauptsächlich auf Interventionsbestellungen der Regierung zurückzuführen. Aber selbst wenn man davon absieht, bleibt eine steigende Tendenz, die auf den Preisrückgang zurückzuführen ist. Auch die Holzproduktion weist eine Erholung auf. In der Mineral- und chemischen Industrie ist entweder der Vorjahresstand geblieben oder erhöht worden. Die Produktion von Handwerkszeug (Metall- und Maschinenindustrie), die Maschineneinfuhr, die Erzeugung von Installationseinrichtungen, wie Rohre usw., sowie die Erzeugung von elektrotechnischen Artikeln weisen zwar keine steigende Tendenz auf, der Produktionsrückgang ist aber gänzlich zum Stillstand gekommen.

Die Investitionen kann man in Bauinvestitionen zur Herstellung von Sachkapital (Eisenbahnen, Hütten, Maschinenfabriken), ferner in Investitionen zur Erzeugung von Gütern des täglichen Bedarfs (Textilmaschinen usw.) und endlich in Warenvorräten erblicken. **Solange nicht der Bau neuer Erzeugungseinrichtungen beginnen wird, solange ist ein Ansteigen des Verbrauches der breiten Massen unmöglich, demzufolge sind auch Investitionen in den Konsumindustrien ausgeschlossen.** Ein Ansteigen von Investitionen kann nur unter entsprechend günstigen Voraussetzungen erfolgen, vor allen Dingen erst nach dem Prozeß der Liquidationen und Angleichungen. Der größte Teil dieser Prozesse ist bereits beendet: **die Produktion ist stark eingeschrumpft, die Vorräte wurden abgebaut, Preise und Produktionskosten wurden herabgesetzt.** Es verblieben noch manche steife Faktoren und manche Erscheinungen, die sich der neuen, durch die Krise geschaffenen Lage noch nicht angepaßt haben. (In erster Linie Steuern und Soziallasten! D. R.) Obwohl die Preise und die Rentabilität der Betriebe stark gesunken sind, blieben die Schuldenlasten in vielen Fällen unverändert oder sind relativ gestiegen. **Der Prozeß der Schuldentilgung geht zwar vorwärts, im allgemeinen ist die Anpassung der Verschuldung zu der veränderten Kaufkraft des Geldes nur teilweise erfolgt.**

Die Investitionen wurden teilweise durch den Preisrückgang gefördert. Die rückläufige Preistendenz für Fertigfabrikate ist im letzten Monat zum Stillstand gekommen, wodurch auch die ungünstige Rentabilität der entsprechenden Produktionszweige aufgehalten worden ist. Die Ergänzung von Vorräten ist dadurch ermöglicht worden. Die Preise für landwirtschaftliche Produkte sind gestiegen, wodurch die Preisdifferenz geringer wurde, die Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe hat sich gebessert. Das Preisverhältnis der Rohstoffe und kartellierten Halbfabrikate zu den „freien Preisen“ ist das gleiche geblieben, wie im Vorjahre, da gleichzeitig mit dem Rückgang der Kartellpreise ein weiterer Preisrückgang für Rohstoffe und weitere Halbfabrikate erfolgt ist.

Die Produktionskosten sind zweifellos zurückgegangen, und die verhältnismäßig geringe Absatzsteigerung macht die Produktion rentabel. Nach wie vor besteht aber ein hoher Zinssatz, besonders für langfristige Kapitalien. Die Kapitalbesitzer halten sich weiterhin von der langfristigen Anlage oder Investitionsanlage ihres Kapitals fern.

Die Kapitalzufuhr für Investitionen kann aus drei Quellen kommen: aus dem Auslandskapital (was wenig in Frage kommt), aus nicht beschäftigten Inlandskapitalien, aus Eigenkapitalien der Betriebe. Selbst wenn die verfügbaren Inlandskapitalien investiert werden würden, dann erheben sich weitere Schwierigkeiten bei dem augenblicklichen Stande des internationalen Waren- und Kapitalaustausches. Die Inanspruchnahme des Inlandskapitals für Investitionen würde die aktive Handelsbilanz in eine passive verwandeln, was bei einem Stillstand der Kapitalzufuhr aus dem Auslande eine Abwanderung des Auslandskapitals und eine Unmöglichkeit der Kreditausweitung durch die Bank Polski zur Folge haben würde. Auf diese Weise würden die Chancen, eine größere Investitionstätigkeit vor der Normalisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, verhältnismäßig beschränkt sein.

Auf dem Geldmarkte ist bis zu einem bestimmten Grade eine Flüssigkeit eingetreten, die der sogenannten Wirtschaftsdepression oder der sogenannten Nachkrisenphase entspricht. Infolge des starken Rückganges der Wirtschaftsumsätze sind die sofort fälligen Einlagen in den Banken stark zurückgegangen, während die befristeten Einlagen, d. h. die sogenannten Sparguthaben, gestiegen sind. **Die befristeten und Spareinlagen sind nur teilweise eine Art von neuer Kapitalisierung. In der Regel sind dies nur Summen, die aus dem Prozeß der Wirtschafts-Liquidationen hervorgehen:** Summen, die aus den Wirtschaftsumsätzen herausgezogen und in den Banken und den Sparkassen eingezahlt wurden. Da aber gleichzeitig eine Schuldentilgung einsetzte und das Bedürfnis nach kurzfristigen Krediten bei dem Rückgang der Produktion der Umsätze und Warenvorräte geringer geworden ist, demzufolge ist auf dem Geldmarkt die relative Flüssigkeit eingetreten.

In der kommenden Saison wird die Bautätigkeit besonders für kleinere Objekte steigen. Es bestehen nämlich kleinere Sparsummen, die eine sichere Anlage suchen, da man bestimmte Einlageformen im Zusammenhang mit dem Dollarsturz nicht als genügend gesichert ansieht. **Im allgemeinen steht zu erwarten, daß die Produktionsausmaße im laufenden Jahre größer als im Vorjahre sein werden.**

Über die Erscheinungen am internationalen Markt läßt sich wenig Konkretes sagen, solange die Pläne der Regierung der Vereinigten Staaten in bezug auf die Inflation nicht feststehen und solange die auf der Weltwirtschaftskonferenz geplanten Änderungen nicht bekannt sind. Fest steht lediglich, daß, solange eine Stabilisierung in England und Amerika nicht Platz greift, solange **kann von** einer Gesundung der Weltwirtschaftsverhältnisse nicht **die Rede** sein. Die letzten valutarischen Verschiebungen in Amerika **haben das** Chaos verstärkt, das seit langem im internationalen Austausch herrscht.

Kein Auslandsmoratorium.

Deutschland zur vollen Schuldenzahlung bereit.

Von besonderer Seite gehen uns folgende Ausführungen aus Berlin zu:

Allzu leichtfertig hat man in letzter Zeit in Deutschland davon gesprochen, daß wir ein Moratorium für die Auslandsschulden erklären würden. Wie aus den Ausführungen des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, der am Sonnabend voriger Woche Newyork verlassen hat, hervorgeht, ist ein Moratorium das letzte, woran man denkt. Dr. Schacht vertritt eindeutig den Standpunkt, daß Privatschulden bezahlt werden müssen. Diese Stellungnahme des Reichsbankpräsidenten gewinnt noch dadurch an Gewicht, weil er es seinerzeit war, der das unbegrenzte Hereinkommen von Krediten nach Deutschland gestoppt hat.

Die Frage der Bezahlung unserer privaten Auslandsschulden ist nicht eine Frage des Wollens, auch keine Frage der Leistungsfähigkeit der Schuldner, sondern allein eine Frage der Aufbringung der für die Bezahlung der Schulden notwendigen Devisen. Wir, die die Entwicklung der Gold- und Devisenbestände der Reichsbank von Monat zu Monat und von Woche zu Woche genau verfolgen können, wissen längst, daß der Devisenvorrat soweit eingeschrumpft ist, daß an eine weitere Aufbringung der Devisen nicht mehr zu denken ist.

Infolge der handelspolitischen Maßnahmen der Regierung aller Länder vermag Deutschland aus seinem Export nicht mehr den Überschuß zu erzielen, der notwendig ist, um die Zahlungen auf Grund des festgelegten Amortisations- und Zinsendienstes zu leisten.

Das bedeutet, daß der deutsche Privatschuldner zwar in der Lage ist, seine Verpflichtungen abzudecken, daß jedoch eine objektive Unmöglichkeit des Devisentransfers besteht. Denn der Schuldner bekommt ja Devisen nur durch die Reichsbank und wenn diese sie ihm nicht zur Verfügung stellt, so liegt ein Unvermögen zur Zahlung vor.

Ein Moratorium wäre allein dann gerechtfertigt, wenn die Privatschuldner infolge ihrer schlechten finanziellen Lage nicht imstande wären, den Schulden- und Amortisationsdienst aufrecht zu erhalten. Das ist in der Mehrzahl aller Fälle nicht zutreffend. Bedauerlicherweise ist es dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht in Amerika nicht gelungen, abschließende Resultate zu erzielen. Das geht schon daraus mit Deutlichkeit hervor, daß Vertreter der Besitzer von deutschen Obligationen aufgefordert worden sind, am 26. Mai nach Berlin zu kommen.

Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat besonders hervorgehoben, daß den Auslandsgläubigern kein Aufschub der Zahlungen vorgeschlagen werden soll.

Ebensowenig sei eine Senkung der Zinsen für Privatschulden beabsichtigt. Das bedeutet, daß die de jure-Stellung der Gläubiger in keiner Weise geschmälert werden soll. Dieses Entgegenkommen Deutschlands, seine Bereitwilligkeit, die Schuldenzahlungen voll zu leisten, wird aber von jenen Kreisen, die nicht der politischen Verhetzung anheimgefallen sind, Anerkennung finden. Während zahlreiche Anleihen, die Amerikaner an andere Staaten und Privatgläubiger gegeben haben, längst notleidend geworden sind und unwiedereinbringliche Milliardenvreluste drohen, besteht für das an Deutschland ausgeliehene Kapital nach wie vor Sicherheit. Das, was Deutschland braucht, ist ein Zahlungsaufschub, weil die technische Übertragung der Zahlungen in ausländische Devisen nicht möglich ist.

Die Leistungen, die Deutschland in den letzten zweieinhalb Jahren aufgebracht hat, sind phantastisch. Vor 2½ Jahren hatte die Reichsbank einen Gold- und Devisenschatz in Höhe von 750 Millionen Dollar, d. h. rund drei Milliarden Mark. Seitdem sind 2½ Milliarden Dollar, d. h. 10,3 Milliarden Mark für Schulden- und Amortisationsdienst zurückgezahlt worden. Der Hauptteil dieser Zahlungen stammte aus Exportüberschüssen, und zwar ca. acht Milliarden. Die restierenden 2,3 Milliarden mußten den Beständen der Reichsbank entnommen werden. Der augenblickliche Gold- und Devisenschatz ist so stark zusammengeschmolzen, daß, wenn noch weitere Entnahmen gemacht werden müssen, die gesamte deutsche Wirtschaft aufs schwerste gefährdet wird. Seit Wochen vermindert sich der Gold- und Devisenschatz um mehrere Millionen bei jedem Ausweis. Wenn es nicht gelingt, zu einer Einigung mit den Gläubigern zu kommen, wird der Reichsregierung kein anderer Weg offenbleiben, als zu einer Zwangsregelung zu greifen. Es sollte größte Anerkennung verdienen, daß man nach wie vor bemüht ist, diesen Schritt unter allen Umständen zu vermeiden. Auf der Gläubiger-Konferenz wird noch einmal der Versuch gemacht, zu einer gütlichen Einigung zu kommen. Entscheidend ist dabei der Gedanke, daß der Weltwirtschaftskonferenz ein Beispiel für den Friedenswillen und die Bereitschaft Deutschlands gegeben werden soll. Es wäre ein übler Auftakt für die Weltwirtschaftskonferenz, wenn die Berliner Verhandlungen scheiterten.

Gibt Frankreich den Goldstandard auf?

Anhaltende Gerüchte. — Offizielle Dementis.

Tagesgespräch in ganz Frankreich ist die Frage, ob Frankreich ebenfalls den Goldstandard aufgeben wird. Man spekuliert ständig gegen den Franken. Französische Renten sind in Rückwirkung auf die Gerüchte von der Aufgabe des Goldstandards erheblich zurückgegangen. In französischen Geschäfts- und Finanzkreisen wird dauernd behauptet, daß Frankreich innerhalb kurzer Zeit dazu gezwungen sein wird, ein Ausfuhrverbot für Gold zu erlassen, um einen Ausgleich für die Vorteile herbeizuführen, die die Vereinigten Staaten durch den Dollarsturz gewonnen haben. Man ist der Ansicht, daß, je schneller das Goldausfuhrverbot erlassen wird, es um so besser für die allgemeine Wirtschaft sei. In Geschäftskreisen fordert man sogar noch mehr als ein Goldausfuhrverbot, und zwar die offizielle Aufgabe des Goldstandards.

Auf der anderen Seite ist jedoch darauf zu verweisen, daß die Öffentlichkeit, die sehr stark durch das Interesse des sparenden Publikums beherrscht wird, gegen jedes Währungsexperiment ist. Ein hoher Finanzbeamter hat soeben erst erklärt, daß, selbst wenn alle anderen Länder den Goldstandard aufgeben würden, Frankreich diesen Weg nicht einschlagen würde. Die Aufgabe des Goldstandards würde gleichbedeutend mit einer Inflation sein, die der französische Bürger unter allen Umständen vermieden wissen will. Das Inflationsexperiment des Jahres 1924 lebt noch zu stark in aller Erinnerung. Die offiziellen Stellen bemühen sich, alle Gerüchte betreffs der Aufgabe des Goldstandards in Frankreich durch energische Dementis zu zerstreuen. Man erklärt, daß es ein Wahnsinn sei, auf den Fall des Franken zu spekulieren.

Die Öffentlichkeit und die Geschäftswelt stehen also in ihren Interessen einander diametral gegenüber. Wenn man aber daran denkt, daß ursprünglich in Amerika derselbe Zustand vorherrschte und danach in überraschend kurzer Zeit die Inflationisten die Oberhand gewonnen haben, scheint das Schicksal des Franken lange nicht so gesichert, wie es die offiziellen Stellen verkünden.

Wirtschaftskonferenz in Warschau.

Polnischen Pressemeldungen zufolge bereitet die Regierungspartei eine große Wirtschaftskonferenz vor. Sie soll am 18. Mai in Warschau zusammentreten und sich mit den brennendsten Wirtschaftsfragen Polens befassen. Die Konferenz dürfte ferner mit der bevorstehenden Weltwirtschaftskonferenz im Zusammenhang stehen und nur ihr selbständiger Vorläufer sein, um der polnischen Delegation für London eine Klarheit der Lage zu verschaffen und die nötigen Richtlinien mitzugeben. Die Wirtschaftskonferenz in Warschau soll 700 Delegierte erfassen. Es sind allein 17 Hauptreferate vorgesehen, die von bekannten Männern der Wirtschaft und von politischen Persönlichkeiten gehalten werden.

Die Konferenz soll die **Klarstellung** folgender Wirtschaftsprobleme bringen:

1. Klarstellung der gegenwärtigen Wirtschaftslage in Polen;
2. Aufstellung von Richtlinien für die Gesetzgebung, die sich auf die Regelung der Wirtschaftsverhältnisse bezieht;
3. Anträge und Anregungen, die eine Wiederbelebung der Wirtschaft herbeiführen werden.

Man knüpft in Kreisen der Regierungspartei große Hoffnungen an diese Konferenz. Sie trägt jedoch einen einseitigen Charakter, weil sie lediglich von einer politischen Gruppe einberufen wird, ohne die Wirtschaftsführer aller anderen politischen Lager zu erfassen. Die dort zutage tretenden Richtlinien für die kommende Wirtschafts-Gesetzgebung dürften sich daher wenig von den bekannten Richtlinien der Regierung unterscheiden.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski“ für den 18. Mai auf 5,9244 Złoty festgesetzt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt 6%, der Lombardsatz 7%.

Der Złoty am 17. Mai. Danzig: Ueberweisung 57,27—57,38, bar 57,20—57.38, Berlin: Ueberweisung 47,00—47,40, Wien: Ueberweisung 78,70, Prag: Ueberweisung 385,00, Zürich: Ueberweisung 58,10, London: Ueberweisung 30,25.

Warschauer Börse vom 17. Mai. Umsätze, Verkauf — Kauf. Belgien 124,30. 124,61 — 123,99. Belgrad —, Budapest —, Bukarest —, Danzig 174,38, 174,81 — 173,95. Helsingfors —, Spanien —. Holland 358,85. 359,75 — 357,95, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen 134,40, 135,05 — 133,75, London *), 30,72 — 29,92, Newyork 7,69, 7,73 — 7,65. Oslo —, Paris 35,11, 35,20 — 35,02, Prag —, Riga —, Sofia —, Stockholm —, Schweiz 172,25, 172,68 — 171,82, Tallin —, Wien —, Italien 46,35, 46,58 — 46,12

*) London Umsätze 30,08—30,07.

Freihandelskurs der Reichsmark 205,00.

Berliner Devisenkurse.

Offiz. Diskontsätze	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark 17. Mai Geld	In Reichsmark 17. Mai Brief	In Reichsmark 16. Mai Geld	In Reichsmark 16. Mai Brief
3 %	1 Amerika	3.626	3.634	3.616	3.624
2 %	1 England	14.125	14.165	14.235	14.275
2.5 %	100 Holland	169.58	169.92	169.58	169.92
[illegible] %	1 Argentinien	0.853	0.857	0.853	0.857
4 %	100 Norwegen	71.83	71.97	72.23	72.37
4 %	100 Dänemark	63.04	63.16	63.44	63.56
3.5 %	100 Island	63.94	64.06	63.94	64.06
3.5 %	100 Schweden	72.78	72.92	73.18	73.32
3.5 %	100 Belgien	58.54	58.66	58.74	58.86
4 %	100 Italien	21.80	21.84	21.86	21.90
[illegible] %	100 Frankreich	16.53	16.57	16.59	16.63
2 %	100 Schweiz	81.12	81.28	—.—	—.—
6.5 %	100 Spanien	35.96	36.04	36.06	36.14
—	1 Brasilien	0.239	0.241	0.239	0.241
5.84 %	1 Japan	0.869	0.871	0.869	0.871
—	1 Kanada	3.147	3.153	3.147	3.153
—	1 Uruguay	1.643	1.652	1.648	1.652
4.5 %	100 Tschechoslowak.	—.—	—.—	—.—	—.—
6.5 %	100 Finnland	6.274	6.286	6.284	6.296
5.5 %	100 Estland	110.39	110.61	110.39	110.61
6 %	100 Lettland	73.18	73.32	73.18	73.32
6.5 %	100 Portugal	12.89	12.91	12.97	12.99
7.5 %	100 Bulgarien	3.047	3.053	3.047	3.053
7.5 %	100 Jugoslawien	5.195	5.205	5.195	5.205
6 %	100 Oesterreich	45.45	45.55	45.45	45.55
6 %	100 Ungarn	—.—	—.—	—.—	—.—
3 %	100 Danzig	82.27	82.43	82.32	82.48
[illegible] %	1 Türkei	2.038	2.042	2.038	2.042
11 %	100 Griechenland	2.458	2.462	2.448	2.452
—	1 Kairo	14.505	14.545	14.615	14.655
7 %	100 Rumänien	2.488	2.492	2.488	2.492
—	Warschau	47.20	47.40	47.30	47.50

Züricher Börse vom 17. Mai. (Amtlich.) Warschau 58,10, Paris 20,38, London 17,44, Newyork 4,45½, Brüssel 72,17½, Italien 26,85, Spanien 44,25, Amsterdam 208,25, Berlin 119,20, Stockholm 89,60, Oslo 88,50, Kopenhagen 77,60, Sofia —,—, Prag 15,42, Belgrad 7,00, Athen 2,95, Konstanttinopel 2,51, Bukarest 3,01, Helsingfors 7,77, Buenos Aires — Japan 1,06.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 7,65 Zł., do. kl. Scheine —,— Zł., 1 Pfd. Sterling 29,92 Zł., 100 Schweizer Franken 171,57 Zł., 100 franz. Franken 34,97 Zł. 100 deutsche Mark 195,00 Zł., 100 Danziger Gulden 173,70 Zł., tschech. Krone —,— Zł., österr. Schilling —,— Zł., holländischer **Gulden 357,45 Zł.**

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 17. Mai. Es notierten: 5proz. Staatliche Konvert.-Anleihe 42,75 G., 4½proz. Dollarbriefe der Posener Landschaft 30 +, 4proz. Konvert.-Pfandbriefe der Posener Landschaft 34—34,50—34,25 +, 4proz. Prämien-Dollaranleihe (Serie 3) 48 G., 4½proz. Roggenbriefe der Posener Landschaft 5,30 G., 3proz. Bauanleihe (Serie 1) 38 G. Tendenz belebt. (G. = Nachfrage, B. = Angebot, + = Geschäft, * = ohne Umsatz.)

Produktenmarkt.

Warschau, 17. Mai. Getreide, Mehl und Futtermittel-Abschlüsse auf der Getreide- und Warenbörse für 100 Kg. Parität Waggon Warschau: Roggen I 19.50—20,50, Einheitsweizen 37.05 bis 38.50, Sammelweizen 37,00—37,50, Einheitshafer 15,00 bis 15,50, Sammelhafer 14.00—14.50, Grützgerste 15,00—15,50, Braugerste 15.50—16.00, Speisefelderbsen 21,00—24,00, Viktoriaerbsen 28,00—32,00, Winterraps 47.00—49,00, Rotklee ohne dicke Flachsseide 90,00—110,00, Rotklee ohne Flachsseide bis 97% gereinigt 110,00 bis 125,00, roher Weißklee 70,00—90,00, roher Weißklee bis 97% gereinigt 100,00—125,00, Luxus-Weizenmehl (45%) 1. Sorte 60,00 bis 65.00, Weizenmehl (65%) 1. Sorte 55,00—60,00, Weizenmehl 2. Sorte (20% nach Luxus-Weizenmehl) 50,00—55,00, Weizenmehl 3. Sorte 25.00—35,00, Roggenmehl I 33.00—35,00, Roggenmehl II 25,00 bis 27,00, Roggenmehl III 25,00—27,00, grobe Weizenkleie 10,00—11.00, mittlere 9.50—10.00, Roggenkleie 9,50—10,50, Leinkuchen 18,50—19,50, Rapskuchen 14.00—14.50, Sonnenblumenkuchen 15,50—16,00, doppelt gereinigte Serradella 10,00—11.00, blaue Lupinen 7,50—8,00, gelbe 10,50—11,50, Peluschken 12,00—12,50, Wicken 12,50—13,00.

Gesamtumsatz 3007 to, davon 2527 to Roggen. Tendenz: ruhig.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 17. Mai. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Złoty:

Transaktionspreise:

Roggen 570 to 18.00

Richtpreise:

Weizen	34.50—35.50	Raps	—.—
Roggen	17.75—18.00	Fabrikkartoffeln pro Kilo %	—.—
Mahlgerste 64—66 kg	13.75—14.25	Senf	46.00—52.00
Mahlgerste 68—69 kg	14.25—15.00	Blauer Mohn	—.—
Braugerste	—.—	Weizen- u. Roggenstroh, lose	1.75—2.00
Hafer	11.75—12.25	Weizen- u. Roggenstroh, gepreßt	2.00—2.25
Roggenmehl (65%)	26.00—27.00	Hafer- und Gerstenstroh, lose	1.75—2.00
Weizenmehl (65%)	53.75—55.75	Hafer- und Gerstenstroh, gepreßt	2.00—2.25
Weizenkleie	9.00—10.00	Heu, lose	4.75—5.25
Weizenkleie (grob)	10.25—11.25	Heu, gepreßt	5.25—5.75
Roggenkleie	9.75—10.50	Netzeheu, lose	5.25—5.75
Wicken	11.50—12.50	Netzeheu, gepreßt	6.25—6.75
Peluschken	11.00—12.00	Sonnenblumenkuchen 46—48%	—.—
Viktoriaerbsen	24.00—26.00		
Rübsen	—.—		
Blaue Lupinen	6.00—7.00		
Gelbe Lupinen	8.00—9.00		
Serradella	—.—		
Speisekartoffeln	—.—		

Gesamttendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 285 to, Weizen 70 to, Hafer 10 to, Roggenkleie 80 to, Gerstenkleie 45 to, Gemenge 10 to.

Nach dem Urteil der Börse war die Tendenz für Roggen, Weizen, Mahlgerste, Hafer, Roggen- und Weizenmehl ruhig.

Berliner Produktenbericht vom 17. Mai. Getreide- und Oelsaaten für 1000 Kg. ab Station in Goldmark: Weizen, märk., 77—76 Kg. 198,00—200,00, Roggen märk., 72—73 Kg. 154,00 bis 156,00, Braugerste —.—, Futter- und Industriegerste 168,00 bis 176,00, Hafer, märk. 136,00—140,00, Mais —.—.

Für 100 Kg.: Weizenmehl 23,50—27,75, Roggenmehl 21,15—23,15, Weizenkleie 8,80—9,00, Roggenkleie 9,00—9,20, Raps —.—, Viktoriaerbsen 20,50—25,50, Kl. Speiseerbsen 19,00—21,00, Futtererbsen 13,00 bis 15,00, Peluschken 12,25—14,00, Ackerbohnen 12,00—14,00, Wicken 12,00—14,00, Lupinen, blaue 9,30—10,10, Lupinen, gelbe 11,90—12,75, Serradella, neue 16,50—18,00, Leinkuchen 10,40, Trockenschnitzel 8,60, Soya-Extraktionsschrot 10,10, Kartoffelflocken 13,00—13,10.

Deutsche Rundschau.

Bromberg, Freitag den 19. Mai 1933.

Nr. 114.

Pommerellen.

18. Mai.

Graudenz (Grudziądz).

Ueber das neue Milchgesetz,

das am 24. Juni d. J. in Kraft tritt, hielt in der diesjährigen Generalversammlung der Zentralmolkereigenossenschaft Graudenz, die am 15. d. M. im „Goldenen Löwen" stattfand, nach Erledigung der Tagesordnung Molkerei-Instrukteur Kalitowski-Graudenz einen Vortrag. Durch das Gesetz wird der Milchhandel in den Städten neu geregelt. Die von den Molkereien oder Landwirten in den Verkehr gebrachte Vollmilch muß wenigstens 3 Prozent Fett enthalten. Weniger als den festgesetzten Fettgehalt enthaltende Milch muß mit dem tatsächlichen Fettgehalt bezeichnet werden. Kaufleute, die den Milchverkauf als Nebenzweig ihres Unternehmens betreiben, dürfen in Zukunft die Milch nur in verschlossenen Flaschen verkaufen. Der Verkauf von Milch in Höfen, Hausfluren und Torwegen ist verboten. Für den Verkauf auf Märkten und Plätzen werden besondere Stellen angewiesen. Der Verkauf von Sahne auf Märkten ist nur aus verschlossenen und mit Hähnen versehenen Gefäßen gestattet. Beim Verkauf von Milch und Rahm mit Lieferung ins Haus. dürfen nur gut verschlossene Gefäße verwendet werden, auf denen die genaue Anschrift des Eigentümers der Milch vorhanden sein muß.

Die zum Verkauf kommenden Milchprodukte (Käse) müssen, falls sie in einer verpackten Form in den Verkehr gebracht werden, die genaue Bezeichnung des Produktes, die Firma des herstellenden oder verpackenden Unternehmens und Angabe des Fettgehalts tragen. Aus Magermilch hergestellte Produkte sind entsprechend zu bezeichnen.

Durch dieses Gesetz wird somit der direkte Milchverkauf durch den Landwirt ziemlich eingeschränkt. Landwirte, die heute noch in ihrer Milchverwertung eigene Wege gehen, werden dazu übergehen müssen, sich genossenschaftlich zusammenzuschließen. Das Gesetz behandelt weiter die Einrichtung der Molkereibetriebe, der Kuhställe, die Art der Milchgewinnung und Behandlung. Bei diesen Vorschriften handelt es sich vor allem um die Beachtung hygienischer Grundsätze. *

× **Standesamtliche Nachrichten.** In der Woche vom 8. bis zum 13. Mai d. J. gelangten auf dem hiesigen Standesamt zur Anmeldung: 13 eheliche Geburten (9 Knaben, 4 Mädchen), einschließlich einer Zwillingsgeburt (Knabe und Mädchen, sowie 3 uneheliche Geburten [1 Knabe, zwei Mädchen]); ferner 4 Eheschließungen und 9 Todesfälle, darunter 1 Kind im Alter bis zu 1 Jahr. *

× **Ein plötzlicher Tod** ereilte den etwa 50jährigen Nachtwächter Riba aus Neudorf (Nowawieś) bei Graudenz. R. hielt Nachtwache bei dem Walzenzuge der Chausseewalze, die zurzeit an der Kreischaussee Graudenz—Lessen bei Mühle Klodtken (Kłódka Młyn) arbeitet. Sonnabend abend bezog er, wie gewöhnlich, seine Wache. Als seine Frau ihm Sonntag mittag das Essen brachte, fand sie ihn tot im Wohnwagen des Walzenzuges liegen. Der schwer lungenkranke Mann hat aller Wahrscheinlichkeit nach sich unwohl gefühlt, ist dann schnell in den Wagen gegangen, und dort hat dann ein jäher Tod seinem Leben ein Ende gemacht. *

× **Im Zusammenhang mit dem großen Kleesamendiebstahl,** der, wie mitgeteilt, nachts im Speicher der Firma Centrala Handlowa Ziemiopłodów verübt worden ist, hat die Polizei bereits drei Täter ermitteln können. Ebenso konnte sie zwei Zentner der in der Behausung der Diebe sorgfältigst verborgenen Beute beschlagnahmen. Über die Art der Ausführung des Kleeraubes wird mitgeteilt, daß die Einbrecher über das Dach eines an dem Speicher befindlichen kleinen Anbaues gegangen sind. Festgestellt ist auch, daß in der Diebstahlsnacht die Speicherfenster offen gestanden haben. Die Diebe dürften danach keineswegs allzu mühselige Arbeit gehabt haben. *

× **„Stille Teilhaber".** In der Zuckerwarenfabrik „Glokona" hierselbst, Herrenstraße (Pańska) war seit einiger Zeit die Beobachtung gemacht worden, daß andauernd der fertige Warenvorrat sich in geheimnisvoller Weise verkleinerte. Die Langfinger — um solche konnte es sich ja nur handeln — waren aber zunächst nicht zu ermitteln. Erst jetzt, nachdem man festgestellt hatte, daß bereits für mehr als 400 Złoty Produkte verschwunden waren, gelang es, zwei Personen als Täter zu entdecken und zu verhaften. Es sind dies zwei in der Firma beschäftigte Personen. *

× **Überfallene Bäckerlehrlinge,** die Brot transportieren, gehören in der jetzigen Zeit der Not und Arbeitslosigkeit gerade nicht zu den Seltenheiten. Am Dienstag früh wurde an der Ecke Börgenstraße (Sienkiewicza) und Trinkestraße (Trynkowa) der Bäckerlehrling Bettin aus der Bäckerei Culmerstraße (Chełmińska) 3 durch drei Individuen angehalten. Sie raubten ihm einen Laib Brot, und als er sich dagegen zur Wehr setzte, mißhandelten sie ihn und schlugen ihm u. a. einen Zahn aus. Am Mittwoch drangen in der Schulstraße (Szkolna) zwei Personen auf den ebenfalls Brot transportierenden Bäckerlehrling Wilhelm Kulerski ein und wollten ihm einige Brote entreißen. In diesem Falle wurden die Täter aber von einer Polizeipatrouille erwischt und damit den Raub verhindert. *

× **Einen Fahrraddiebstahl** meldete Jan Mechliński, wohnhaft Wiesenweg (Droga Łąkowa). Außer dem Rade haben die Täter noch andere Sachen erbeutet und den M. im ganzen um 250 Złoty geschädigt. Im übrigen verzeichnete der Rapport noch die Festnahme von zwei Männern wegen Diebstahls. *

Thorn (Toruń).

‡ **Apotheken-Nachtdienst** von Donnerstag, 18. Mai, bis Donnerstag, 25. Mai (Himmelfahrt), 9 Uhr morgens einschließlich, sowie Tagesdienst am Sonntag, 21. Mai, hat die „Central-Apotheke" (Apteka Centralna), Culmerstraße (ul. Chełmińska) 9, Fernsprecher 169. * *

t **Standesamtliche Nachrichten.** In der Woche vom 7. bis 13. Mai gelangten auf dem hiesigen Standesamt zur Anmeldung und Registrierung: 20 Geburten (7 Knaben und 13 Mädchen), 19 Todesfälle (11 männliche und 8 weibliche Personen), darunter 4 Personen im Alter von über 60 Jahren und 4 Kinder im ersten Lebensjahre. In demselben Zeitraum wurden 4 Eheschließungen vollzogen. * *

* **Der Verband deutscher Katholiken,** Ortsgruppe Thorn, hatte am Sonntag seine Mitglieder zu einer „Muttertagsfeier" eingeladen, auf der Bezirkssekretär Kiender die Festrede hielt. Die Anregung, die braven Mütter einmal im Jahre durch einen besonderen Gedenktag zu ehren, ging vor 25 Jahren von einem amerikanischen Senator aus. Er empfahl, an diesem Tage als äußeres Zeichen der Verehrung eine weiße Blume im Knopfloch zu tragen. Wenngleich sein Vorschlag anfänglich vielseits belächelt wurde, hat der „Muttertag" doch in fast allen Ländern besonders nach dem Kriege Eingang gefunden. Der Redner zeichnete ein Bild einer braven Mutter in ihrer erzieherischen Tätigkeit, ihrer liebevollen Hingabe an ihre Kinder und führte diesen vor Augen, was sie ihrer Mutter zu danken und wie sie sie zu ehren hätten. — Die Festrede wurde umrahmt von stimmungsvollen Gesängen des Kirchenchores und Gedichten, in denen die Mutter gewürdigt wurde. Mit dem Absingen der Papsthymne endete die erhebende Feier. * *

v **Unter dem Ausschluß der Öffentlichkeit** verhandelte kürzlich das Thorner Appellationsgericht gegen Felix Chmielewski aus Gdingen, den das Bezirksgericht in Gdingen im September vorigen Jahres wegen Photographierung militärischer Objekte und Übersendung der Abzüge an den Agenten eines Nachbarstaates zu vier Jahren Gefängnis verurteilt hatte. Dieses erstinstanzliche Urteil wurde von dem Appellationsgericht bestätigt. Infolge der eingelegten Berufung gelangte die Sache an das Höchste Gericht, welches eine nochmalige Verhandlung mit anderer Richterzusammensetzung anordnete. Die unter dem Vorsitz des Richters Kurkowski durchgeführte Verhandlung endete mit der Verurteilung des Angeklagten zu drei Jahren Gefängnis. * *

‡ **Festgenommen** wurden am Dienstag ein Jugendlicher, der sich auf dem Stadtbahnhof herumtrieb. Eine ansteckend kranke Person wurde zwangsweise in Krankenhausbehandlung gegeben. Zur Anzeige gelangten zwei Diebstähle und eine Unterschlagung, ferner je eine Zuwiderhandlung gegen polizeiliche Verwaltungs- bzw. sanitätspolizeiliche Vorschriften. * *

ef **Briesen** (Wąbrzeźno), 17. Mai. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde das diesjährige Budget angenommen. Es wurde beschlossen, sich an die Finanzkammer zu wenden und diese zu einer Verringerung der Bezüge des Regierungsdelegierten für die Stadt zu veranlassen. Zu Meinungsverschiedenheiten kam es im weiteren Verlauf der Sitzung, als ein Stadtverordneter die Streichung der im Budget veranschlagten Straßenreinigungsgebühren forderte, da diese laut Urteil des Appellationsgerichts der Wojewodschaft zu Unrecht eingezogen werden. Bei der Debatte über diesen Antrag verließen die Stadtverordneten der PPS und der NPR demonstrativ den Sitzungssaal, wodurch die Versammlung nicht beschlußfähig war. Die Sitzung mußte deshalb vertagt werden.

d **Gdingen** (Gdynia), 17. Mai. Überfallen wurde auf der Chaussee unweit der Stadt W. Jarzewski, der mit dem Rad zur Arbeit fuhr. Unbekannte Täter verletzten ihn erheblich durch Messerstiche und versuchten ihn zu berauben. Einer der Täter wurde von der Polizei in der Person des J. Daniecki festgenommen.

Ertrunken ist im Hafen der Koch J. Skrzycki vom Dampfer „Toruń". Durch eigene Unvorsichtigkeit fiel er von der Kaimauer ins Meer und ertrank. Die Leiche konnte bis jetzt noch nicht geborgen werden.

tz **Konitz** (Chojnice), 17. Mai. Die Konitzer Polizei verteilte gestern an die Arbeitslosen der Stadt etwa 600 Zentner Kartoffeln, die in der von der Polizei eingerichteten Küche für die Kinder der Arbeitslosen übrig geblieben waren. Während des ganzen Winters wurden in dieser Küche warme Mittagessen verteilt.

Eine Frau aus Konitz wurde gestern im Stadtpark am hellichten Tage von einem Wegelagerer überfallen und mißhandelt. Die Polizei hat eine energische Untersuchung eingeleitet.

Trotz Einsetzens der warmen Witterung sind im Dorfe Brusz im Kreise Konitz noch immer 700 Arbeitslose vorhanden, deren wirtschaftliche Lage äußerst traurig ist. Leider besteht hier keine Aussicht, daß sich die Wirtschaftslage in absehbarer Zeit bessert.

Eine neue Sehenswürdigkeit hat das Koschneiderdörfchen Görsdorf erhalten. Dort mußte die Schulpumpe repariert werden und es wurde ein neues Pumpenrohr angeschafft. Auch dieses Rohr erhielt die bekannte Aufschrift „Bojkotuj niemca". Ob sich die Pumpe an diese Aufforderung streng hält und seitdem ihr Wasser nur gegen Vorzeigung des Personalausweises an Polen abgibt, ist uns nicht bekannt.

Der heutige Wochenmarkt war infolge des regnerischen Wetters schlecht besucht. Butter kostete 1,40—1,50, Eier brachten 0,90—1,00. Für Ferkel zahlte man 30—35 Zł. pro Paar.

g **Stargard** (Starogard), 16. Mai. Der deutsche Frauenverein veranstaltete am vergangenen Sonnabend im Saale des Deutschen Klubs einen Bazar zum Wohle der Armen, der sich eines großen Besuches erfreute. Zur Unterhaltung wurde geboten: Ein Lustspiel (Die armen Dienstboten); ferner wurde ein Märchenspiel (Prinz Drosselbart), aufgeführt von den Schülerinnen und Schülern der deutschen Mittelschule unter Leitung des Frl. Marwedel und Frl. Selge, geboten. Beide Aufführungen ernteten starken Beifall.

Thorn.

Heute früh entschlief nach längerem Leiden mein lieber Mann, unser innigstgeliebter Vater

Richard Templin

im 54. Lebensjahre.

In tiefem Schmerz

Clara Templin
Charlotte, Margot und Joachim Templin.

4211

Toruń, den 17. Mai 1933.

Die Beerdigung findet am Sonntag, dem 21. Mai, 12 Uhr mittags von der Leichenhalle des altst. Friedhofs aus statt.

Beileidsbesuche dankend verbeten.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, d. 21. Mai 1933 (Rogate

* Bedeutet anschließende Abendmahlsfeier.

Altstädt. Kirche. Vorm. 10½ Uhr Gottesdienst, Pfr. Heuer, 11½ Uhr Kindergottesdienst.

St. Georgen-Kirche. Vorm. 9 Uhr Gottesdienst, Pfr. Heuer, 10¼ Uhr Kindergottesdienst, Mittwoch abds. 7½ Uhr Bibelstunde.

Rudak. Vorm. 9 Uhr Gottesdienst, Pfr. Steffani.

Gurske. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, Himmelfahrt nachm. Gottesdienst, Sup. Herrmann.

Podgorz. Nachm. ¼ 4 Uhr Jungmädchenstunde, 5 Uhr Jungmännerstd., Himmelfahrt vorm. 10 Uhr Gottesdienst.

Rogau. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, Pfr. Knorr.

Gramtschen. Nachmitt. 3 Uhr Gottesdienst, Pfr. Knorr.

Rentschkau. Vormittag 10 Uhr Gottesdienst, anschl. Kindergottesdst., Himmelfahrt vorm. 10 Uhr Gottesdienst, anschl. Kindergottesdienst.

Hohenhausen. Nachm. 2 Uhr Gottesdienst.

Luben. Himmelfahrt nachm. ½ 4 Uhr Gottesdst.

Ostrometzko. Himmelfahrt, vorm. 8 Uhr Gottesdst.

Groß Bösendorf. Vorm. 8 Uhr Gottesdst. in Pensau, 10 Uhr Hauptgottesdienst, 11½ Uhr Kindergottesdst., Himmelfahrt, vorm. 10 Uhr Hauptgottesdienst*, 11¾ Uhr Kindergottesdienst.

Neubruch. Vorm. 10 Uhr Lesegottesdienst.

Culmsee. Vorm. 8½ Uhr Kindergottesdienst, 10 Uhr Gottesdienst, Himmelfahrt vorm. 10 Uhr Gottesdst.

Seglein. Himmelfahrt nachm. 2 Uhr Gottesdienst.

Graudenz.

Kirchliche Nachrichten.

Sonntag, d. 21. Mai 1933 (Rogate)

* Bedeutet anschließende Abendmahlsfeier.

Evangel. Gemeinde Graudenz. Vorm. 10 Uhr Pfr. Dieball, 11½ Uhr Kindergottesdst., Montag abds. 8 Uhr Jungmädchenverein, 8 Uhr Jungvolk-Heimabend, Dienstag abds. 8 Uhr Posaunenchor, Mittwoch nachm. 6 Uhr Bibelstunde, abds. 8 Uhr Kirchenchor, 8 Uhr Jungvolk-Heimabend, Himmelfahrt vorm. 10 Uhr Pfr. Gürtler.

Stadtmission Graudenz, Ogrodowa 9—11. Vorm. 9 Uhr Morgenandacht, nachm. 6 Uhr Evangelisation, abends 7 Uhr Jugendbund, 2 Uhr Andacht in Treul, 4 Uhr Andacht in Hilmarsdorf, 4 Uhr Muttertagsfeier in Schönbrück, Dienstag nachm. 4 Uhr Kinderstunde, abends ½ 8 Uhr Gesangstd., Mittwoch abds. ½ 8 Uhr Musikstunde, Donnerstag nachm. 6 Uhr Himmelfahrtsfeier, Sonnabend abends 7 Uhr Posaunenstunde.

Rehden. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, ½ 12 Uhr Kindergottesdienst.

Mockrau. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, Himmelfahrt vorm. 10 Uhr Gottesdst.* anschl. Kindergottesdienst.

Dragaß. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst.

Schwenten. Nachm. 4 Uhr Gottesdienst.

Gruppe. Himmelfahrt vorm 10 Uhr Gottesdienst*

Golub. Vorm. ½ 11 Uhr Gottesdienst.

Polkau. Nachm. 2 Uhr Gottesdienst.

x **Zempelburg** (Sępólno), 17. Mai. Durch ein Schadenfeuer, das am vergangenen Sonnabend in den späten Nachmittagsstunden auf dem Rittergute Komierowo hiesigen Kreises ausbrach, wurde der Dachgiebel des Schweinestalls ein Raub der Flammen. Das lebende Inventar konnte rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden.

Vor dem hiesigen Burggericht hatten sich der Arbeiter Franz Muslak und seine Ehefrau, beide vorbestraft und ohne festen Wohnsitz, wegen Diebstahls von Garderoben, Wäsche, verschiedenen Lebensmitteln, einer Uhr usw. zum Schaden des Gutsarbeiters Bernhard Kleis in Skarpa hiesigen Kreises zu verantworten. Das Gericht verurteilte beide Angeklagte, die geständig waren, zu je 1 Jahr Gefängnis. Dasselbe Gericht verurteilte die jugendlichen Arbeiter Kowalski und Nowak aus Obkas wegen Diebstahls von Honig im Werte von 30 Złoty zum Schaden des Landwirts Wagner und Thews zu einem Monat Gefängnis und Tragung der Gerichtskosten.

P **Vandsburg** (Więcbork), 17. Mai. Infolge des regnerischen Wetters hatte der für Dienstag anberaumte Vieh- und Pferdemarkt einen mäßigen Antrieb von Kühen und Pferden aufzuweisen. Die Anzahl der angetriebenen Tiere betrug insgesamt 40 Stück. Kühe wurden mit 180—250 Złoty verkauft, Pferde standen mit 80—200 Złoty und darüber im Handel. Es herrschte ein schleppender Handel und Verkehr.

Am letzten Sonnabend wurde die Besitzerwitwe Fischer aus Sachsaren, Kreis Wirsitz, an der Ecke Haller-Flatowerstraße vom Wagen ihres scheu gewordenen Gespannes geschleudert und erlitt Verletzungen ernsterer Art.

h **Neumark** (Nowemiasto), 16. Mai. Als der Landwirt Arendt in Neuhoff (Nowy dwór) durch das Bellen der Hunde aus dem Schlaf erwachte, aufstand und hinausging, bemerkte er, daß Spitzbuben in seiner Scheune waren und sogar schon zwei Sack Roggen wegschleppten. Er schlug Alarm und verfolgte die Flüchtigen. Bei der Flucht warfen die Diebe ihre Beute fort, um nur unerkannt zu entkommen. Nach etwa zwei Stunden kamen aber die Banditen wieder. A., der sich auf die Lauer gelegt hatte, gab auf das diebische Gesindel einen Schuß ab, worauf die Diebe das Feuer erwiderten, so daß eine regelrechte Schießerei entstand. Als Nachbarn zu Hilfe eilten, verließen die Spitzbuben unerkannt den Kampfplatz.

Das neue polnische Selbstverwaltungsgesetz.

Im „Dziennik Ustaw" Nr. 35 vom 13. Mai (Poz. 294) wird das **neue „Gesetz über eine teilweise Abänderung des Systems der territorialen Selbstverwaltung"** veröffentlicht. Der Text umfaßt nicht weniger als 28 Seiten des „Dziennik Ustaw". Die „Gazeta Warszawska" unterwirft das neue Gesetz einer sehr scharfen Kritik; unter dem Titel „Chaos in der Selbstverwaltung" schreibt das nationaldemokratische Blatt:

„Das „Gesetz über die teilweise Abänderung des territorialen Selbstverwaltungssystems" ist von einigen ehrgeizigen Beamten des Innenministeriums und einigen Abgeordneten des B. B.-Klubs durchgepeitscht worden. Die Arbeit wurde weder von der Regierung noch von den Leitern der parlamentarischen Regierungsmehrheit gehörig kontrolliert. Das Gesetz hat man am 13. ds. Mts. veröffentlicht; da es 60 Tage nach der Veröffentlichung in Kraft tritt, so wird es am 13. Juni rechtswirksam sein.

Obgleich dies vorgesehen und auch logisch ist, steht dem Gesetze auch nicht eine einzige Verordnung zur Seite, auf die wiederholt im Gesetz verwiesen wird, und ohne die das Gesetz nur ein toter Buchstabe bleibt. Offenbar stieß man im Innenministerium auf beträchtliche Schwierigkeiten, vor denen wir die Urheber des Gesetzes erfolglos gewarnt hatten. Wir wollen hier nur auf einige Punkte hinweisen, was aber genügen wird, um das Chaos zu veranschaulichen, das in der Selbstverwaltung durch das neue Gesetz hervorgerufen werden dürfte.

Das Gesetz ist nur eine teilweise Abänderung des in den einzelnen Teilgebieten gegenwärtig bestehenden Rechts. Die Bemerkung des Sejmreferenten Polakiewicz über den „Umsturz der Säulen der Teilungsmächte" war eine grobe Übertreibung. Diese Säulen wurden durchaus nicht gestürzt, sondern nur untergraben. Die Gesetze in den Teilgebieten, die sich auf das System beziehen, bleiben weiter in Kraft, mit Ausnahme der Wahlreglements und derjenigen Vorschriften, die das neue Gesetz anderweitig regelt. Die Urheber des Gesetzes haben sich nicht die Mühe gegeben, ausdrücklich in dem neuen Gesetz anzugeben, welche Artikel der früheren Gesetze aufgehoben bezw. abgeändert werden. Sie wälzten diese Last auf die Verordnungen des Staatspräsidenten ab, der im Laufe von zwei Jahren nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes die Texte der bisherigen Teilgebiets-Gesetze veröffentlichen soll, die mit dem neuen System in Einklang gebracht worden sind. Solange diese Verordnungen nicht erscheinen, wird die rechtliche Grundlage der Selbstverwaltung unserer Gemeinden, Städte und Kreise so verwickelt sein, daß sich niemand darin zurechtfinden kann. Das Oberste Verwaltungsgericht wird hier ein weites aber wenig dankbares Feld der Tätigkeit haben.

Die **Neuwahlen zu den Gemeinderäten und zu den Stadtvertretungen** sollen im Laufe von zwölf Monaten nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes stattfinden, d. h. spätestens bis zum 13. Juni 1934. **Ausgenommen sind nur die Landgemeinden in Galizien, Großpolen (Posen) und Pommerellen, wo innerhalb 30 Monaten Kollektivgemeinden geschaffen werden sollen.** Die Vorschriften über die Wahlen in dem neuen Gesetz sind so allgemein und so verworren, daß es nicht möglich ist, vor Erscheinen der Wahlordnungen, die der Innenminister erlassen soll, darüber zu reden. Erst aus diesen Wahlordnungen werden wir den wesentlichen Inhalt der verschiedenen Ideen erfahren, die von dem Abg. Duch in das Gesetz hineingebracht worden sind.

In besonderer Lage wird sich Warschau befinden. Es soll mit fünf anderen Großstädten das Recht haben, sich nach einem besonderen Selbstverwaltungs-Statut zu regieren, das ihm vom Staatspräsidenten auf Antrag des Innenministers gegeben wird. Ein solcher Antrag kann sich auf die Initiative des Stadtrats der betreffenden Stadt stützen. Die Gerechtigkeit und das gesunde Urteil sprechen dafür, daß, wenn man von dieser Initiative absehen würde, dies nicht ein Privileg, sondern eine Benachteiligung unserer größten Städte sein würde.

Aber die Urheber des neuen Gesetzes hatten kein Vertrauen zu den gegenwärtigen Vertretungen dieser Städte und beschlossen daher, daß die Initiative bezüglich der besonderen Statuten erst denjenigen Stadtvertretungen zustehen solle, die auf Grund des neuen Gesetzes gewählt worden sind. Die Folge dieses Mißtrauensvotums wird sein, daß Warschau, oder Lemberg, Posen, Lodz, Krakau und Wilna solche Statuten ohne vorherige Anträge der Selbstverwaltungs-Repräsentanten erhalten werden, oder daß sie sich vorübergehend den allgemeinen Vorschriften für die Städte anpassen, die in dem neuen Gesetz enthalten sind, um nach einigen Monaten von neuem ihr Verwaltungssystem zu ändern.

Hinzugefügt muß werden, **daß dies alles in der Zeit einer scharfen Krise geschehen soll, die in vielen Selbstverwaltungen die Form eines buchstäblichen Bankerotts angenommen hat.**"

Die Vorschriften des neuen Selbstverwaltungsgesetzes

für die Wojewodschaften Posen und Pommerellen

Aus den Bestimmungen des Gesetzes, die sich auf die **Wojewodschaften Posen und Pommerellen** beziehen, heben wir das Nachfolgende hervor:

Art. 89. Die in einigen Gemeinden bestehenden Gemeinde-Versammlungen und deren Befugnisse mit den Abänderungen, die sich aus dem vorliegenden Gesetze ergeben, werden den Räten der zuständigen Landgemeinden zugewiesen.

Art. 90. In Kraft bleiben die §§ 29 und 33 Punkt 1 des Gesetzes vom 1. August 1883 über die Zuständigkeit der Verwaltungs-Behörden und der Verwaltungsgerichts-Behörden (Preußische Gesetzsammlung, Seite 237), mit ihren späteren Abänderungen.

Art. 91. 1. **Aufgehoben werden die Wojtschaften** (nicht aber das Amt der Wojte, D. R.), die in den §§ 46 bis 73 der Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 vorgesehen sind, in der Fassung des Gesetzes vom 19. März 1881 (Preuß. Gesetzsammlung S. 179): alle ihre Rechte und Pflichten werden auf die Dorfgemeinden übertragen, die auf Grund des jetzigen Gesetzes geschaffen werden.

2. Die Pflichten der bisherigen Wojte gehen auf die Wojte der neu geschaffenen Gemeinden über, die Rechte und Pflichten der Wojtschafts-Ausschüsse aber auf die Gemeinderäte.

3. Bis zur Inkraftsetzung der Verordnungen des Innenministers, von denen im Art. 103 die Rede ist, und bis zur Einberufung der Organe in den neu gebildeten Gemeinden bleibt der Kreis der Tätigkeit der bisherigen Wojte und der Wojtschafts-Ausschüsse in Kraft.

4. Der Innenminister hat das Recht, gewisse bisherige Pflichten der Wojte den zuständigen Kreisbehörden der allgemeinen Verwaltung zuzuweisen.

Art. 92. 1. **Aufgehoben werden die Gutsbezirke.** Ihre Gebiete wird der Innenminister **mit den Dorfgemeinden vereinigen**, die auf Grund des Art. 103 entstanden sind.

2. Die bisherige Tätigkeit der Vorstände der Gutsbezirke geht auf die entsprechenden Organe der Dorfgemeinde über, und zwar in den Grenzen, die sich aus den bisherigen Gesetzen und dem vorliegenden Gesetze ergeben. Die anderen Tätigkeiten in Sachen der allgemeinen Verwaltung gehen auf den Gemeindevorsteher (Soltys) über.

3. Bis zum Inkrafttreten der Verordnungen des Innenministers, von denen im Art. 103 die Rede ist, **bleibt der Umfang der Tätigkeit der Gutsbezirke, sowie der Rechte und Pflichten der Eigentümer oder der Vorstände der Gutsbezirke in Kraft.**

4. Die Regelung der öffentlich-rechtlichen Fragen sowie der Vermögensrechte und Pflichten zwischen den Eigentümern der aufgehobenen Gutsbezirke und den Gemeinden erfolgt auf Grund direkter Verständigung. Wenn eine solche Verständigung nicht erfolgt, entscheidet in den obigen Fragen der zuständige Kreisausschuß.

5. Auf Antrag einer interessierten Person kann die zuständige Behörde Bescheinigungen ausstellen, von denen im Art. 20 der Ausführungsverordnung zum Gesetz über die Führung von Grundbüchern vom 26. September 1899 die Rede ist.

Art. 93. 1. Es bleiben in Kraft die Bestimmungen, die in den §§ 36 und 56 Punkt 2 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 (Preuß. Gesetzsammlung S. 261) und in den §§ 15 und 17 Punkt 1 des Gesetzes vom 1. September 1882 über die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden und der verwaltungsgerichtlichen Behörden (Preuß. Gesetzsammlung S. 237) mit ihren späteren Abänderungen und mit der Abänderung, daß die Befugnisse des Magistrats, die im § 15 des Gesetzes vom 1. August 1883 vorgesehen sind, auf den Vorsteher der Gemeinde übertragen werden.

2. Auf dem Gebiete der Wojewodschaften Posen und Pommerellen bleiben in Kraft die Bestimmungen der §§ 72 und 73 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 mit dem Vorbehalt, daß die Bestimmungen des Art. 43 des vorliegenden Gesetzes unangetastet bleiben, und daß auf den Bürgermeister die Kompetenzen des Magistrats, die im Art. 44 vorgesehen sind, übergehen.

3. Aufgehoben wird der Art. 9 der Verordnung des Ministers für das frühere preußische Teilgebiet vom 20. Januar 1920 über die bisherige Organisation der kommunalen Selbstverwaltung auf dem Gebiet der Posener Wojewodschaft, das am 31. Dezember 1919 nicht unter polnischer Hoheit stand. (Dz. Ust. des Ministeriums für das frühere preußische Teilgebiet Nr. 3, Poz. 3.)

Art. 94. Die Mitglieder der Wojewodschaftskammer, von denen im Art. 98 der Verordnung des Staatspräsidenten vom 19. Januar 1928 über die Organisation und den Tätigkeitsumfang der allgemeinen Verwaltungsbehörden (Dz. Ust. Nr. 11, Poz. 86) die Rede ist, wählt der Wojewodschafts-Ausschuß auf Grund der Verhältniswahl aus den Bewohnern der Wojewodschaft, die das passive Wahlrecht zum Wojewodschafts-Landtag besitzen. In die Wojewodschaftskammer können als Mitglieder oder deren Vertreter zusammen nicht mehr als zwei Mitglieder des Wojewodschafts-Ausschusses und des Wojewodschafts-Landtages gewählt werden. Im Falle der Wahl einer größeren Anzahl entscheidet über den Vorrang das höhere Alter in der Arbeit und im öffentlichen Dienste im Polnischen Staate, bei gleicher Zahl der Arbeitsjahre entscheidet das Los.

Art. 95. 1. Die Aufsicht über die Städte, die aus den Selbstverwaltungs-Kreisverbänden nicht ausgeschieden sind, übt in der ersten Instanz der Kreis-Ausschuß aus, in der zweiten der Wojewode, unter Beachtung der Vorschriften, die eine Zusammenarbeit der Wojewodschaftskammer mit ihm vorbehalten.

(Die Nr. 2. des Art. 95 ist augenblicklich von geringerem Interesse.)

Art. 96. Wenn dies eine größere Entwicklung der städtischen Wirtschaft und der Stand der städtischen Anlagen und Unternehmungen erfordert, kann der Innenminister durch Verordnung die einzelnen Städte, die nicht aus dem Kreisverbande ausgeschieden sind, vollständig oder zum Teil aus der Aufsicht der Behörden, die diese in der ersten Instanz über diese Städte führen, ausscheiden und sie der direkten Aufsicht des Wojewoden zuweisen (mit dem im Art. 95 bezeichneten Vorbehalt).

Art. 97. 1. Über Proteste gegen die Gültigkeit der Wahl des Gemeindevorstehers und des Untergemeindevorstehers, sowie der Wahlen zum Gemeinderat und zu den Organen der Landgemeinden und der Städte, die nicht aus dem Kreise ausgeschieden sind, entscheidet der Kreisstarost zusammen mit dem Kreis-Ausschuß. Über die Proteste gegen die Wahlen der Organe der Städte, die selbständige Kreise sind, entscheidet der Wojewode unter Teilnahme der Wojewodschaftskammer.

2. Gegen die Entscheidung des Kreisstarosten ist die Klage an das Wojewodschafts-Verwaltungsgericht und gegen die Entscheidung des Wojewoden die Klage beim Obersten Verwaltungsgericht zulässig.

Art. 98. Aufgehoben wird die Einrichtung der Kreisdeputierten, die im § 75 der Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 in der Fassung des Gesetzes vom 19. März 1881 (Preuß. Gesetzsammlung S. 179) vorgesehen ist.

Art. 99. Die Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 mit den Abänderungen, die sich aus den späteren Gesetzen und dem vorliegenden Gesetz ergeben, wird auf das Gebiet der Posener Wojewodschaft ausgedehnt.

Art. 100. Auf das Gebiet der Wojewodschaften Posen und Pommerellen werden die Bestimmungen in den §§ 11, 12 und 13 der Verordnung des Staatspräsidenten vom 30. Dezember 1924 über die Angleichung der Besoldung der Mitglieder des Vorstandes und der Angestellten der Kommunalverbände an die Gehaltsbezüge der Staatsbeamten (Dz. Ust. Nr. 118, Poz. 1073) mit den späteren Abänderungen ausgedehnt, wobei der § 10 dieser Verordnung aufgehoben wird.

Der in den vorstehenden Artikeln mehrfach angezogene **Art. 103** lautet: 1. Die **Festsetzung des Gebiets der Landgemeinden,** ihres Sitzes und ihrer Namen in den Wojewodschaften Krakau, Lemberg, Stanislau, Tarnopol, **Posen und Pommerellen,** trifft gemäß den Vorschriften dieses Gesetzes der Innenminister **durch Verordnung im Laufe von 18 Monaten** nach Inkraftsetzung des gegenwärtigen Gesetzes, nach Anhörung der in Betracht kommenden Gemeinderäte.

2. Der Ministerrat kann durch Verordnung den Zeitabschnitt, der im Abs. 1 vorgesehen ist, für die Gebiete der einzelnen Kreise um weitere 12 Monate verlängern.

Rundfunk-Programm.

Sonnabend, den 20. Mai.

Königswusterhausen.

06.35: Konzert. 11.30: Zeitfunk. 12.00: Von Berlin: **Eröffnungsfeier der 39. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft.** 14.00: Eine heitere Sonnabendstunde (Schallplatten). 15.00: Kinderbastelstunde. 15.45: Carl von Bremen: „Schwarzer Stein in der Heide". 16.00: Von Hamburg: Konzert. 17.30: Jubiläum der Stadt Salzwedel. 18.00: Das Gedicht. 18.05: Italienische Gesänge. 18.30: Dramatiker ohne Bühne: Dr. Junghans: „Otto Brues". 18.50: Wetter. Anschl.: Kurzbericht d. Drahtlosen Dienstes. 19.00: **Stunde der Nation. Sinfonie der Arbeit.** 20.00: **Funk-Kabarett: Die Brennessel.** Gleiche Brüder, gleiche Klappen. 20.30: **Kasernenhofblüten.** 22.00: Nachr., Sport. 22.45: Seewetterbericht. 23.00—24.00: Von München: Nachtmusik.

Königsberg-Danzig.

06.35: Konzert. 11.30: Schallpl. 12.00: S. Königswusterhausen. 16.00: Von Berlin: Konzert. 17.40: Erich Meyer-Geweke: Zwei ostpreußische Sagen. 18.20: Gedanken zum neuen Staat. Ministerialrat Dr. Usadel: Zur Neugestaltung des deutschen Schulwesens. 19.00: **Stunde der Nation.** Vom Deutschlandsender: Sinfonie der Arbeit. 20.10: **Von allem etwas. Bunter Abend.** 22.10: Nachr., Sport. Anschl. bis 00.30: Von Berlin: Tanzmusik.

Breslau-Gleiwitz.

06.35: Von Königsberg: **Konzert.** 11.30 ca.: Von Königsberg: Konzert. 12.00: Von Berlin: **Eröffnungsfeier der 39. Großen Landwirtschaftlichen Wanderausstellung.** 13.05 u. 14.05: Schallplattenkonzert. 16.30: Von Hamburg: Bordkonzert. 17.30: Buch des Tages. 17.50: Zeitdienst. 19.00: **Stunde der Nation.** Vom Deutschlandsender: **Sinfonie der Arbeit.** 20.00: **„Die lustige Witwe",** Operette von Franz Lehár.

Leipzig.

06.35: Von Berlin: **Eröffnungsfeier der 39. Großen Landwirtschaftlichen Wanderausstellung.** 13.15: Bauernkapellen spielen (Schallpl.). 14.00: Zupfinstrumente (Schallpl.). 15.45: Kinderstunde. 16.00: Von Berlin: Konzert. 18.30: Zerbst. Eine heimatliche Studie. 19.00: **Stunde der Nation.** Vom Deutschlandsender: **Sinfonie der Arbeit.** 22.05: Nachrichten. Anschl. bis 24.00: Frühling.

Warschau.

12.10: Schallplatten. 16.00: Schallplatten. 17.00: Schallplatten. 20.00: **Leichte Musik.** Orch., Chansons und Saxofon-Duos. 22.05: **Chopin-Klavierkonzert.** 23.00: Tanzmusik.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache" anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

H. Byszewo. Seit dem 1. April 1933 beträgt die Wegesteuer von einem Personenauto für je 100 Kilogr. Eigengewicht 15 Złoty jährlich. 50 Kilogramm Übergewicht werden nicht berücksichtigt, ein Übergewicht von mehr als 50 Kilogramm wird als volle 100 Kilogramm gerechnet.

„Vorkriegshypothek". Wie wir Ihnen schon in unserer Auskunft in der Nr. 48 vom 28. 2. 33 mitgeteilt haben, ist der gegebene Weg, um zum Ziele zu gelangen, die Inanspruchnahme des Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit, worin in den §§ 86 ff. das Verfahren im einzelnen dargelegt wird. Die vorherige Einigung der Erben untereinander, die das Amtsgericht in seiner Zuschrift an Sie fordert, ist unserer Ansicht nach überflüssig, da es sich hier nur um eine genau bezeichnete Hypothek handelt, und wie wir annehmen, in dem Testament der Erblasserin ausdrücklich gesagt sein wird, daß die Erben zu gleichen Teilen erben. Durch diese Bestimmung des Testaments ist die Frage der Verteilung der Anteile von vornherein gelöst und die Formalität der vorheriger gegenseitiger Übereignung der verschiedenen Anteile gegenstandslos geworden. Und wenn kein Testament vorläge, wäre die Sachlage dieselbe, da die Erben gleichberechtigte gesetzliche Erben wären. Unserer Ansicht nach wäre der Antrag auf Teilung und Umschreibung der Teile auf die einzelnen Erben völlig ausreichend, es müßte ihm aber eine beglaubigte Abschrift des Testaments beigefügt werden. Sollte das Gericht dieser Auffassung nicht beipflichten, was wir kaum glauben können, so wäre es zweckmäßig, den Antrag auf Teilung zurückzuziehen und auf Grund der §§ 86 ff. a. a. O. bei dem Nachlaßgericht den Antrag zu stellen, die Auseinandersetzung zwischen den Beteiligten zu vermitteln. Das Gericht spielt dabei allerdings nur eine vermittelnde Rolle, aber da über die Teilung der Hypothek zwischen den Erben kaum Streitpunkte bestehen dürften, könnte das Gericht einen Auseinandersetzungsplan aufstellen (nach § 91 a. a. O. gibt es sogar ein Versäumnisverfahren gegen einen Nichterschienenen), auf Grund dessen die Umschreibung der Anteile der Hypothek im Grundbuch auf die einzelnen Miterben würde erfolgen können. Dann dürfen die einzelnen Erben ihre Teilhypotheken kündigen — allerdings wohl nur, da es sich um eine Aufwertungshypothek handelt, wie Ihnen schon früher mitgeteilt worden ist, mit einjähriger Kündigungsfrist. Selbstverständlich könnten die einzelnen Erben nach erfolgter Teilung auch einem von ihnen ihre Hypothekenanteile abtreten, und dieser könnte dann gegen den Eigentümer vorgehen. Allerdings kann man bei dem Verfahren auf Grund der freiwilligen Gerichtsbarkeit die Erben nicht zwingen, sich an dem Auseinandersetzungsverfahren zu beteiligen. Lehnt die eine Interessentin die Beteiligung ab, so kann das Verfahren nicht fortgeführt werden. Dann bleibt nur die Erbteilungsklage übrig, die auch ihre Schwierigkeiten bietet u. a. dadurch, daß die Beteiligten nicht alle in demselben Staate ihren Wohnsitz haben. Aber das Verfahren würde sehr vereinfacht, wenn das Gericht sich der eingangs bezeichneten Ansicht anschlösse. Alle diese Schwierigkeiten sind verschuldet durch das übereilte Verfahren einer Miterbin. Deren Absicht konnte in viel einfacherer, billigerer und die Miterben nicht schädigender Weise verwirklicht werden, nämlich wenn die Miterbin vorher ihren Anteil einkassiert und den Betrag der Pflegerin dann in bar übergeben hätte. Der bereits von Ihnen gestellte Antrag auf Umschreibung Ihres Anteils auf Sie wäre ohne weiteres giltig, wenn das Gericht unserer eingangs bezeichneten Auffassung zustimmte. Ob Sie auf das Armenrecht Anspruch haben, darüber haben wir kein Urteil.